



Wir erarbeiten unsere **ZUKUNFT.**

FINANZBERICHT 2012 DER HSH NORDBANK AG
STARK FÜR UNTERNEHMER

LAGEBERICHT

der HSH NORDBANK AG

GESCHÄFT UND RAHMENBEDINGUNGEN

KONZERNSTRUKTUR UND GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Die HSH Nordbank AG ist im Juni 2003 aus der Fusion der Hamburgischen Landesbank mit der Landesbank Schleswig-Holstein (LB Kiel) hervorgegangen. Die Hauptsitze der Bank liegen in Hamburg und Kiel.

In unserer norddeutschen Kernregion sind wir fest verankert und als „Bank für Unternehmer“ ein führender Partner der mittelständischen Wirtschaft und der Sparkassen. Über die Kernregion hinaus konzentrieren wir uns auf Märkte, in denen wir über umfassende Branchenkenntnisse und anerkanntes Spezial-Know-how verfügen.

Unsere strategischen Geschäftsfelder sind in der Kernbank zusammengefasst. Zum 31. Dezember 2012 bündelte das Segment Unternehmens- und Privatkunden unser Geschäft mit Firmenkunden, Immobilienkunden, Privatkunden, Schifffahrtskunden und Kunden im Bereich Energy & Infrastructure. Die Produkt- und Kapitalmarktverantwortung einschließlich unserer Kooperation mit den Sparkassen war zum Jahresultimo 2012 zusammen mit Gesamtbankpositionen im Segment Products, Capital Markets und Corporate Center konzentriert.

Die bankinterne Restructuring Unit steuert seit Dezember 2009 den Abbau der nicht-strategischen Kredit- und Kapitalmarktgeschäfte, die im Rahmen der Neuausrichtung organisatorisch abgetrennt wurden und nicht in der Kernbank fortgeführt werden.

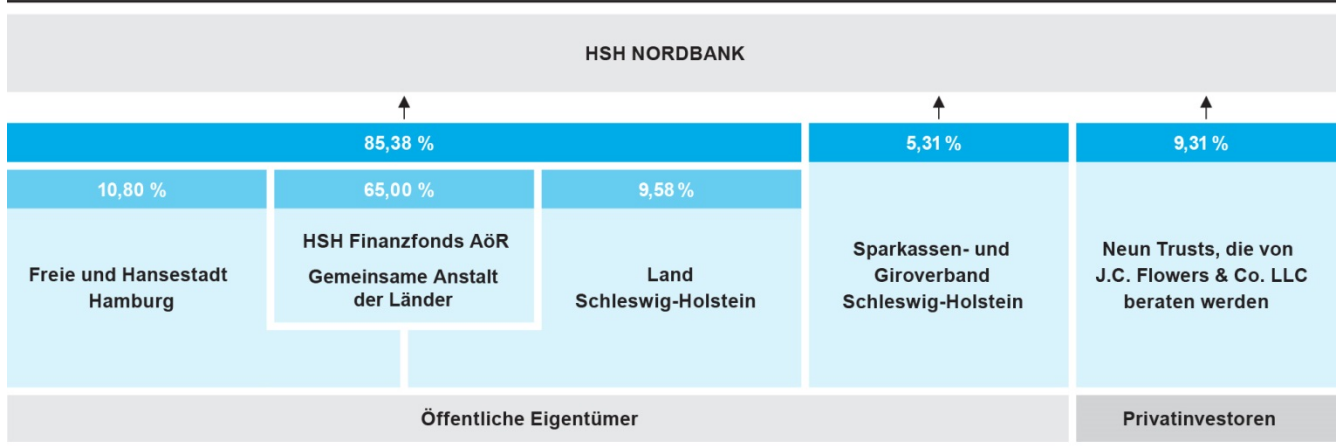
Zu Jahresbeginn 2013 wurde im Zuge der Neuregelung von Vorstandsverantwortlichkeiten die Zuordnung der Geschäftsbereiche in der Kernbank angepasst. Das Ressort Unternehmens- und Privatkunden wurde umgewandelt in das Ressort Shipping-, Projekt- & Immobili-

enkunden und umfasst künftig das asset- und projektbasierte Geschäft mit Schifffahrtskunden, Immobilienkunden und Kunden im Bereich Energy & Infrastructure. Das neue Ressort Corporates & Markets (ehemals Products and Capital Markets) umfasst zusätzlich die Bereiche Firmenkunden und Private Banking. Darüber hinaus ist diesem Ressort der neu gegründete Unternehmensbereich Sparkassen und Institutionelle Kunden zugeordnet.

Unser Standortnetz haben wir im Zuge der Fokussierung unseres Geschäfts weiter verkleinert. Im abgelaufenen Jahr wurden die Niederlassungen in Kopenhagen und London sowie unsere Repräsentanz in Shanghai geschlossen. Für unsere Kunden im Ausland bleiben wir weiterhin in Athen, Hongkong, New York und Singapur präsent. Unsere Niederlassung in Luxemburg ist überwiegend Buchungsstandort für die Restructuring Unit. Im Inland bleibt die HSH Nordbank neben den beiden Hauptsitzen in Hamburg und Kiel an den Standorten Berlin, Düsseldorf, Hannover, München und Stuttgart vertreten.

Haupteigentümer der HSH Nordbank mit einem Anteil von gut 85% sind die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein. Von diesem Anteil entfallen 65% auf die HSH Finanzfonds AöR, eine gemeinsame Anstalt öffentlichen Rechts der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Weitere Eigentümer sind der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein sowie Privatinvestoren, die von J.C. Flowers & Co. LLC beraten werden.

Über die HSH Finanzfonds AöR haben Hamburg und Schleswig-Holstein der HSH Nordbank eine kapitalentlastende Garantie gewährt (Zweitverlustgarantie), mit der tatsächliche Zahlungsausfälle in einem definierten Portfolio abgesichert werden. Mehr Informationen hierzu unter „Geschäftsüberblick“ und im „Ausblick“.

EIGENTÜMERSTRUKTUR

Als Mitglied der Sparkassen-Finanzgruppe ist die HSH Nordbank AG der Sicherungsreserve der Landesbanken und damit auch dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen. Dieses System sichert den Bestand der angeschlossenen Institute und gewährleistet deren Liquidität und Solvenz.

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Abkühlung der Weltkonjunktur

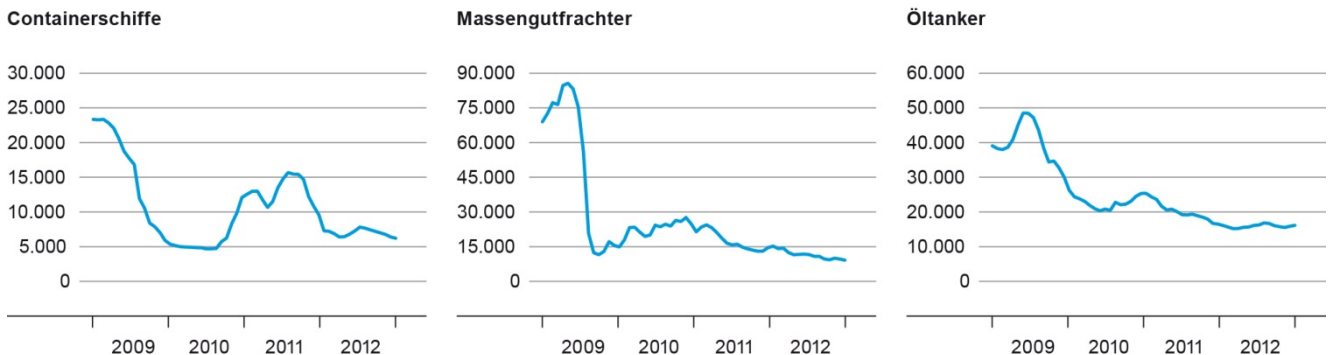
Nach einem robusten globalen Wirtschaftswachstum im Jahr 2011 hat sich die wirtschaftliche Dynamik im vergangenen Jahr abgeschwächt. Die Entwicklung war jedoch regional sehr unterschiedlich. Während in den USA und in Japan die Wirtschaft stärker expandierte als im Vorjahr, rutschte die Eurozone zurück in die Rezession. Letzteres hinterließ deutliche Spuren bei den aufstrebenden Volkswirtschaften. Da die Nachfrage der Euroländer nach importierten Gütern und Dienstleistungen nachließ, litt beispielsweise der Exportsektor in China und trug dazu bei, dass das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in China nur noch 7,8% betrug (nach 9,3% im Jahr 2011). Die Wachstumsverlangsamung in China wie-

derum machte sich in den anderen asiatischen Ländern sowie Lateinamerika negativ bemerkbar.

Die Eintrübung der Weltwirtschaft, vor allem aber die tiefe Rezession in den südeuropäischen Ländern, hinterließ auch in Deutschland Spuren. Das BIP konnte hier 2012 nur um 0,7% ausgeweitet werden. Stabilisierend wirkten der inländische Konsum sowie neue Absatzmärkte außerhalb der Eurozone. Im zweiten Halbjahr hat sich das Wirtschaftswachstum insbesondere in China wieder etwas beschleunigt. In Deutschland signalisierte der Ifo-Index zum Jahresende hin, dass sich die konjunkturelle Lage wieder bessern dürfte.

In der internationalen Schifffahrt hat sich die Lage im abgelaufenen Jahr weiter deutlich eingetrübt. Die meisten Marktsegmente waren von fallenden oder sich auf niedrigem Niveau bewegenden Fracht- und Charterspreisen und rückläufigen Schiffspreisen geprägt. Die negativen Tendenzen haben sich im Jahresverlauf in manchen Bereichen noch einmal verstärkt. Teilweise haben die Preisniveaus historische Tiefststände erreicht, was auch die Reeder erheblich unter Druck setzte.

ENTWICKLUNG DER ZEITCHARTERRATEN IN DER SCHIFFFAHRT (Marktdurchschnitt, USD/Tag)



Mehr Informationen zur Entwicklung in der Schifffahrt sowie in weiteren für das Geschäft der HSH Nordbank wesentlichen Märkten sind im Kapitel „Segmente“ enthalten.

Finanzmärkte entspannen sich gegen Jahresende 2012

An den Finanzmärkten haben die Spannungen in den ersten Monaten des Jahres 2012 zunächst abgenommen. Ausschlaggebend war der Zufluss an zusätzlicher Notenbankliquidität von der EZB, der die Liquiditätslage der europäischen Banken sowie die Refinanzierungsbedingungen der Peripherieländer verbesserte. Im Frühjahr kam es allerdings zu neuerlicher Unruhe an den Finanzmärkten. Verantwortlich dafür war vor allem die Sorge um einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Eurozone nach der Parlamentswahl am 17. Juni, aber auch um den spanischen Bankensektor sowie die weitere konjunkturelle Entwicklung in der Eurozone. In der Folge ließ die Wirkung der zusätzlichen Zentralbankliquidität nach, und die europäische Staatsschuldenkrise spitzte sich erneut zu.

Anfang August verkündete die EZB jedoch ein Staatsanleiheankaufprogramm unter Auflagen. Demnach werde die EZB im Rahmen von OMTs (Outright Monetary Transactions) Staatsanleihen von den Ländern mit Kapitalmarktzugang kaufen, die einen Antrag beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) stellen, der als dauerhafte Institution für Krisenfälle etabliert wurde. Dazu kam die Vereinbarung der Staats- und Regierungschefs, eine gemeinsame Bankenaufsicht für die Eurozone einzuführen. Auch die Verabschiedung des Fiskalpaktes,

deren Kernstück die Einführung einer Schuldenbremse in den jeweiligen nationalen Verfassungen ist, überzeugte viele Investoren davon, dass die Politik an der Eurozone langfristig festhalten möchte. Positiv wirkte auch die Restrukturierung im spanischen Bankensektor. Die jüngste Maßnahme, die zu dem signifikanten Rückgang der Risikoprämien für Anleihen der Peripherie-Staaten beigetragen hat, war die Verabschiedung eines neuen Rettungspakets für Griechenland, das unter anderem einen Schuldentrückkauf durch den griechischen Staat beinhaltete.

Im Verlauf des zweiten Halbjahres verlagerte sich der Fokus zusehends von der Eurozone in Richtung USA, wo die Budgetverhandlungen zwischen den führenden politischen Parteien die Befürchtung einer politischen Blockade aufkommen ließen, die die USA in eine Rezession hätte stürzen können. Vor diesem Hintergrund beschloss die US-Notenbank eine weitere Lockerung ihrer Geldpolitik. So wurde zunächst im September ein erneutes Ankaufprogramm beschlossen, das sich dieses Mal auf verbrieft Hypothekenkredite der staatlichen Immobilienfinanzierer bezog.

Im November wurde dann das zum Jahresende auslaufende Programm „Operation Twist“ (Ankauf von langfristigen Staatsanleihen, Verkauf von kurzlaufenden Papieren) abgelöst durch die Ankündigung, monatlich 45 Mrd. US-Dollar an Staatsanleihen auf die Bilanz zu nehmen. Während die Risikoprämien für Peripherieanleihen auf die politischen Risiken in den USA nur moderat reagierten, kam es weiterhin zu starken Käufen von Bundesanleihen, wodurch die Rendite im zehnjährigen Bereich zeitweise auf unter 1,3% fiel. Am Neujahrstag

kam es in den USA zu einer vorläufigen Einigung über die haushaltspolitischen Maßnahmen.

Die Entwicklung des Euros gegenüber dem US-Dollar hat das Auf und Ab der Schuldenkrise nachvollzogen. So wertete die Gemeinschaftswährung im ersten Quartal 2012 auf und notierte deutlich über 1,30. Mit der Zuspitzung der Krise zogen viele Investoren ihr Vermögen aus der Eurozone ab, wodurch der Euro im Juli sein Jahrestief bei 1,21 erreichte. Das OMT-Programm der EZB sowie die signifikante Lockerung der US-Geldpolitik bewirkten dann jedoch erneut eine Euro-Aufwertung, so dass dieser das Jahr bei einem Stand von 1,32 beendete.

An den internationalen Aktienmärkten dominierten die Themen Euro-Staatsschuldenkrise, Budgetstreit in den USA und globale Wachstumsaussichten. Entsprechend gaben die Kurse nach einem freundlichen Jahresauftakt nach, um dann im Sommer zu einer Rallye anzusetzen. Diese wurde in den USA durch die drohende politische Blockade kurzzeitig unterbrochen, während es in Deutschland kaum zu Rückschlägen kam. Während der Dow Jones Industrial auf Jahressicht um 7% stieg und der EuroStoxx 50 das Jahr mit einem Zuwachs von 14% beendete, legte der Dax im Jahresverlauf sogar um rund 29% zu.

Banken stellen sich auf verändertes Risiko- und Regulierungsumfeld ein

Der deutsche Bankensektor hat sich im abgelaufenen Jahr weiter an die erhöhten Risiken im Umfeld der Staatsschuldenkrise angepasst. Zum einen haben die Kreditinstitute die Forderungen gegenüber Ländern und Banken, die von der Staatsschuldenkrise stark betroffen sind, deutlich reduziert. Gegenüber dem griechischen Staat etwa würden, dem Finanzstabilitätsbericht 2012 der Deutschen Bundesbank zufolge, demnach kaum noch direkte Forderungen von deutschen Banken bestehen. In Spanien und Italien haben die deutschen Banken vor allem ihre Engagements gegenüber Finanzinstituten zurückgeführt.

Zum anderen haben die deutschen Kreditinstitute ihre Ausstattung mit Kernkapital weiter erhöht. Damit reagierten sie auf gestiegene Anforderungen der Kapitalmärkte und regulatorische Vorgaben der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA). Die EBA hatte von den

großen Banken des Europäischen Wirtschaftsraums gefordert, bis Ende Juni 2012 eine harte Tier-1-Kapitalquote von mindestens 9% vorzuhalten. Die teilnehmenden deutschen Institute haben die strengen Vorgaben der EBA erfüllt. Ein erheblicher Kapitalbedarf ergab sich für Institute in Spanien. Der ESM hat Ende 2012 eine erste Hilfstranche für deren Rekapitalisierung bereitgestellt.

Auch die näher rückende Einführung der schärferen Vorschriften nach Basel III erhöhte den Druck auf die Banken, ihre Kapitalausstattungen weiter zu stärken und Risikoaktiva abzubauen. Das Basel-III-Regelwerk sieht in den kommenden Jahren schrittweise steigende Kapital- und Liquiditätsanforderungen für Banken vor, um das internationale Bankensystem sicherer zu machen und besser gegen Krisen zu wappnen.

Das Firmen- und Privatkundengeschäft der deutschen Banken wurde im abgelaufenen Jahr durch die international schwächere Konjunktur sowie die Rezession in der Eurozone beeinflusst. Zudem waren einige Institute stärker von den gestiegenen Risiken durch die Schifffahrtskrise betroffen. Gestützt wurde die Geschäftssituation der Banken durch die vergleichsweise robuste Konjunktur in Deutschland.

GESCHÄFTSÜBERBLICK

Fortgeschrittene Anpassung des Geschäftsmodells

Den grundlegenden Umbau der HSH Nordbank, der 2011 im Zuge des abgeschlossenen EU-Beihilfverfahrens zur Bank eingeleitet wurde, haben wir im abgelaufenen Jahr weiter vorangetrieben. Mit der konsequenten Umsetzung unseres Strategieprogramms sind wir unserem Ziel, die HSH Nordbank zu einer fokussierten und nachhaltig profitablen Bank für mittelständische Unternehmen umzubauen („Bank für Unternehmer“), ein gutes Stück näher gekommen. Damit sind zugleich wichtige Voraussetzungen für eine dauerhaft erfolgreiche Zukunft der Bank geschaffen worden. Die erzielten Fortschritte wurden in den Jahresergebnissen und in zentralen Kennzahlen der HSH Nordbank zum Jahresultimo 2012 allerdings durch die Auswirkungen des deutlich verschlechterten Markt- und Branchenumfelds überlagert,

besonders der erheblich verschärften Krise in der Schifffahrt.

Mit dem Umbau der Bank wollen wir zum einen die Profitabilität im Kundengeschäft steigern, indem wir Potenziale in den Geschäftsfeldern ausschöpfen, und zum anderen effiziente Betriebsstrukturen schaffen und damit verbundene Kosteneinsparungen erzielen. Auch Optimierungen in den Bereichen Funding und Banksteuerung standen 2012 im Vordergrund. Das Strategieprogramm setzen wir im Rahmen von Projekten um, die bis zum Jahresende 2012 weit fortgeschritten waren.

Bei der Anpassung des Geschäftsmodells hat die Bank Vereinbarungen mit der EU-Kommission zu beachten, die mit der Beendigung des EU-Verfahrens im September 2011 verknüpft worden waren. Dazu zählen unter anderem die Begrenzung der Bilanzsumme im Konzern bis 2014 auf 120 Mrd. Euro, die Fokussierung auf Kerngeschäfte, der Abbau von Beteiligungen und die Schließung ausländischer Geschäftsstellen. Die Umsetzung der einzelnen Auflagen und Zusagen wird seit Jahresbeginn 2012 von einem unabhängigen Treuhänder für die EU-Kommission überwacht.

Unsere Organisationsstruktur haben wir im abgelaufenen Jahr weiter auf das fokussierte Geschäftsmodell ausgerichtet. Bereits im Jahr 2011 hatten wir die Verantwortung für Produktentwicklung gebündelt und einen integrierten Betreuungsansatz mit den Kreditbereichen auf den Weg gebracht. Dies hat sich zusammen mit verstärkten Vertriebsmaßnahmen bereits positiv auf den Absatz unserer Produktpalette ausgewirkt. Um die Effizienz und Leistungsfähigkeit der gesamten Bankorganisation weiter zu erhöhen, haben wir 2012 zuvor dezentral angesiedelte Stabsfunktionen in Zentralbereichen der Bank konzentriert. Dies betrifft zum Beispiel die Bereiche Controlling und Portfoliomanagement. Daneben wurde ein so genanntes Lean-Management-Programm auf den Weg gebracht, mit dem wir weitere Qualitäts- und Prozessoptimierungen in den Unternehmensbereichen umsetzen.

Darüber hinaus haben wir die Steuerung der Bank weiterentwickelt und damit deren Effektivität erhöht. Mit der Integration einheitlich definierter Steuerungsgrößen in die Systeme der Bank wollen wir künftig eine operative

und strategische Gesamtbanksteuerung von der Einzelgeschäftsebene über die Segmente bis hin zum Konzern sicherstellen. Zudem wurde eine integrierte Controlling-Datenbasis als Grundlage für eine umfassende Portfolio-Steuerung geschaffen. Mit dem so genannten Business Review Meeting hat die Bank 2012 ein zentrales Steuerungsgremium unter Vorstandsführung etabliert. Dieses kontrolliert regelmäßig die Zielerreichung der Geschäftsbereiche im Hinblick auf Neugeschäft, Erträge, Risiken, Kosten, Liquidität und Kapital sowie die Einhaltung der EU-Anforderungen. Zudem überwacht das Gremium den Umsetzungsstand operativer Maßnahmen.

Mit unserem Ziel, den Verwaltungsaufwand im Konzern bis 2014 signifikant zu senken, sind wir durch die Umstrukturierungen und Effizienzsteigerungen im abgelaufenen Jahr planmäßig vorangekommen. Hierzu hat der fortgeschrittene Personalabbau der Bank wesentlich beigetragen. Die Zahl der Mitarbeiter ging weiter deutlich zurück, und bis Jahresultimo 2012 konnten bereits mehr als drei Viertel des geplanten Abbaus vertraglich realisiert werden. Daneben konnte auch der Sachaufwand durch Einsparungen bei diversen Kostenpositionen planmäßig reduziert werden. Auch die Schließungen von Auslandsstandorten entlasten die Kostenseite der Bank. Die Umsetzung der Kostenvorgaben wird im Rahmen eines aktiven Kostenmanagements laufend überprüft.

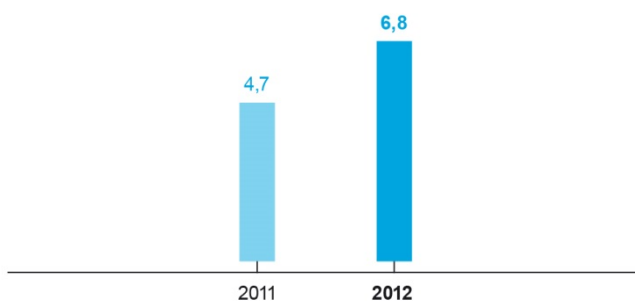
Erfolge zeigten sich 2012 ferner beim risikobewussten Ausbau des Kundengeschäfts. Trotz schwieriger Marktbedingungen konnten wir das Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich steigern. Die erzielten Volumensteigerungen und Cross-Selling-Erfolge im Neugeschäft sowie stabile Margen waren in den Erträgen der Kernbank im Jahresverlauf zunehmend erkennbar. Zur Ausschöpfung von Geschäftspotenzialen haben wir im abgelaufenen Jahr zielgerichtete Initiativen am Markt durchgeführt und die Verzahnung der Produkt- mit den Vertriebsbereichen optimiert. Durch den Fokus auf risikoarme Neuengagements und den Bestandsabbau durch Portfoliobereinigungen konnte zudem die Qualität der Engagements in der Kernbank weiter verbessert werden. In der positiven Entwicklung des Neugeschäfts spiegeln sich die Fortschritte bei der Anpassung des Geschäftsmodells und der Neupositionierung der Geschäftsbereiche in den Märkten. Die Kunden profitieren von unseren Spezialkenntnissen in den von uns fokussierten Bran-

chen und Sektoren. Ausgangsbasis für die Nutzung weiterer Potenziale im Kundengeschäft sind unter anderem die starken Marktstellungen der Kerngeschäftsbereiche,

so etwa die führende Position im Firmenkundengeschäft in der Kernregion sowie die Position als einer der weltweit führenden Anbieter in der Schiffsfinanzierung.

Neugeschäft ausgebaut und Risikoabbau fortgesetzt

NEUGESCHÄFT DER KERNBANK
(Mrd. €)

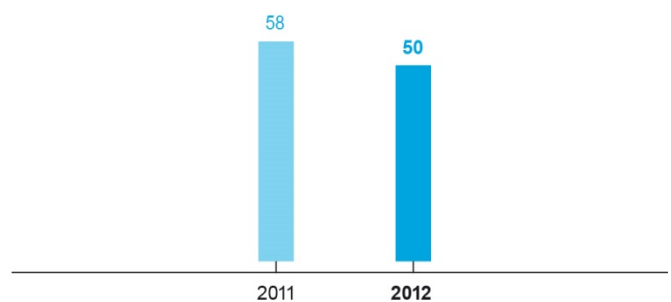


Die Erträge aus dem wachsenden Neugeschäft wurden auf Gesamtbankebene insgesamt noch von dem Abbau von Risikopositionen überlagert, der mit einem sinkenden Kreditvolumen einherging. Das Segmentvermögen unserer Restructuring Unit, die den Abbau der risikobehafteten Altbestände der Bank verantwortet, konnte im Jahr 2012 weiter auf 50 Mrd. Euro zurückgeführt werden. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein weiterer Rückgang um 8 Mrd. Euro.

Auch mit dem Abbau von Beteiligungen, die nicht im Rahmen des Kerngeschäfts fortgeführt werden, sind wir weiter vorangekommen. Bis Ende 2012 konnte das gemäß den EU-Rahmenbedingungen für den Abbau vorgesehene Beteiligungsportfolio durch zahlreiche Verkäufe bereits um mehr als 85% auf einen Beteiligungsbuchwert von rund 124 Mio. Euro reduziert werden. Im Berichtsjahr haben wir darüber hinaus weitere Beteiligungen identifiziert, die nicht mehr dem Kerngeschäft zugeordnet und deshalb zusätzlich abgebaut werden sollen.

Darüber hinaus wurden das Funding und die Liquiditätssteuerung der Bank weiter auf die Anforderungen des neuen Geschäftsmodells ausgerichtet und die Refinanzierungsstrategie im Rahmen einer Neuorganisation des Bereichs Treasury weiter optimiert. Im abgelaufenen Jahr konnten wir unsere Refinanzierungsziele nicht zuletzt durch den Vertrieb von Anleiheprodukten im Spar-

SEGMENTVERMÖGEN RESTRUCTURING UNIT
(ohne Konsolidierungseffekte), Mrd. €



kassenverbund und durch die Emission von Pfandbriefen am öffentlichen Kapitalmarkt übertreffen. Zudem wurde das assetbasierte US-Dollar-Funding weiter ausgebaut. Darüber hinaus wurde im abgelaufenen Jahr die Implementierung neuer Liquiditätskennzahlen vorangetrieben, die im Zuge der Einführung des Basel-III-Regelwerks künftig zur Anwendung kommen.

Erhöhung der Zweitverlustgarantie angestrebt
Um die steigenden regulatorischen Vorgaben und die Anforderungen des Kapitalmarkts an die Kapitalquoten der Bank nachhaltig zu erfüllen, haben wir eine Reihe von Einzelmaßnahmen in die Wege geleitet. Ein wesentliches Ziel ist dabei, die kapitalentlastende Garantie (Zweitverlustgarantie) wieder auf das ursprüngliche Volumen von 10 Mrd. Euro zu erhöhen; derzeit beläuft sie sich nach Teilrückführungen im Jahr 2011 auf 7 Mrd. Euro. Zu Jahresbeginn 2013 befand sich die HSH Nordbank dazu in einem engen Austausch mit ihren Eigentümern. Die Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein haben dieser Maßnahme bereits zugestimmt und nötige Schritte für deren Umsetzung eingeleitet. Zudem wurden bereits erste Gespräche mit der EU-Kommission geführt, welche die Garantierhöhung als zu genehmigenden Beihilfetatbestand einstufen könnte. Weitere Informationen zur angestrebten Wiederaufstockung der Garantie enthält der „Ausblick“ in diesem Lagebericht.

Stellenabbau zu großem Teil umgesetzt
Im Rahmen der Fokussierung unseres Geschäfts und der Schaffung effizienter Organisationsstrukturen haben wir im vergangenen Jahr einen deutlichen Stellenabbau auf den Weg gebracht und diesen bis zum Jahresultimo 2012 bereits zu einem großen Teil umgesetzt. Vereinbart worden war eine Reduktion der Mitarbeiterzahl um rund ein Drittel bis 2014 im Vergleich zu Ende 2010. Bis zum 31. Dezember sank die Zahl der Mitarbeiter im Einzel-

institut auf 2.542 gegenüber 2.965 zum Jahresultimo 2011 (gerechnet in Vollzeitmitarbeitern, VAK). Insgesamt konnten bis Ende 2012 bereits mehr als drei Viertel des bis 2014 geplanten Personalabbaus vertraglich realisiert werden. Gleichzeitig wurden die Stellen für die Zielstrukturen in den neu ausgerichteten Unternehmensbereichen im Rahmen eines effizienten Auswahlverfahrens erfolgreich besetzt.

Zahl der Mitarbeiter reduziert

	31.12.2012	31.12.2011
Vollzeitmitarbeitern (VAK) in der HSH Nordbank AG ¹⁾	2.542	2.965
Gesamtzahl Beschäftigte in der HSH Nordbank AG ²⁾	2.951	3.327

Kennzahlen HSH Nordbank AG

	31.12.2012	31.12.2011
Mutterschaft und Elternzeit	106	87
Neueinstellungen	72	196
Teilzeitbeschäftigungsquote (%)	18,2	18,5
Fluktuationsquote ³⁾ (%)	9,7	4,2
Durchschnittsalter ³⁾ (Jahre)	43,1	41,9
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit ³⁾ (Jahre)	12,5	11,5

¹⁾ Gesamtzahl der Beschäftigten ohne Auszubildende, Aushilfen und Praktikanten

²⁾ Kopfzahlen

³⁾ Nur Hauptsitze, ohne Niederlassungen und Tochtergesellschaften

Vorstand der HSH Nordbank verstärkt

Zum 1. November 2012 hat der Aufsichtsrat der Bank Constantin von Oesterreich, zuvor Finanzvorstand (Chief Financial Officer) der Bank, als neuen Vorstandsvorsitzenden bestellt. Er folgt damit Dr. Paul Lerbinger, der Ende Oktober aus der Bank ausgeschieden ist.

Darüber hinaus wurde die Führung der HSH Nordbank im abgelaufenen Jahr mit der Ernennung neuer Vorstände gestärkt. Die Nachfolge Constantin von Oesterreichs als Finanzvorstand hat zum 1. Dezember 2012 Stefan Ermisch übernommen. Herr Ermisch verfügt über langjährige Vorstandserfahrung in anderen Banken. Zuletzt war er für die BayernLB tätig. Dort war er unter anderem Chief Financial Officer, Chief Operating Officer sowie stellvertretender Vorstandsvorsitzender.

Bereits zum 1. Juni 2012 wurde Edwin Wartenweiler zum Risikovorstand (Chief Risk Officer) bestellt. Herr Wartenweiler verfügt über gut drei Jahrzehnte Erfahrung im Bankwesen und ist ausgewiesener Experte in allen für die Bank wichtigen Bereichen des Kredit- und Risikomanagements.

Zudem wurde Matthias Wittenburg zum Vorstand Corporates & Markets der Bank bestellt. Herr Wittenburg hat seine neue Funktion zum 1. Januar 2013 übernommen. Zuvor leitete er bei der Commerzbank als Bereichsvorstand Corporates & Markets die Kundenbetreuung mit führenden Industrieunternehmen, Versicherungen und Finanzinvestoren.

Corporate Governance und Vergütungssysteme in der HSH Nordbank

Vor dem Hintergrund veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen hat die HSH Nordbank bereits im Jahr 2009 ein neues Vergütungssystem für Vorstände der Bank verabschiedet, das alle maßgeblichen regulatorischen Anforderungen berücksichtigt und seit 2010 zur Anwendung kommt. Zusätzlich wurde besonderes Augenmerk darauf gerichtet, dem Garantievertrag der Länder sowie dem EU-Auflagenkatalog zu entsprechen.

Im bisherigen Vergütungssystem umgesetzt ist die Beschränkung der fixen monetären Vergütung eines jeden Vorstandsmitglieds auf maximal 500.000 Euro pro Jahr, solange die HSH Nordbank AG nicht dividendenfähig ist. Zusätzlich zum Festgehalt können die Mitglieder des Vorstands in Abhängigkeit vom Erreichen bestimmter strategischer Ziele sowie dem finanziellen Erfolg der Bank unter Berücksichtigung der individuellen Leistung Ansprüche auf eine variable Erfolgsvergütung erwerben. Diese stehen allerdings unter der Bedingung, dass die Bank zum 31. Dezember 2015 oder spätestens zum 31. Dezember 2016 dividendenfähig ist und die Europäische Kommission kein Missbrauchsverfahren eröffnet hat. Erst dann können die bis 2015 bzw. 2016 erworbenen Ansprüche auf eine variable, erfolgsbezogene Vergütung in drei Jahrestanchen zur Auszahlung kommen.

Die Europäische Kommission hat mit Schreiben vom 23. August 2012 die HSH Nordbank AG über ihre Auslegung der im EU-Beihilfverfahren festgesetzten Zusagen, die Vorstandsvergütung betreffend, in Kenntnis gesetzt. Danach umfasst die Vergütungs-Obergrenze von 500.000 Euro p. a. auch variable Vergütungsbestandteile soweit hierfür bereits Rückstellungen zu bilden sind. Das bisherige variable Vergütungssystem ist nach dieser Auslegung daher mit den EU-Bedingungen und -Auflagen nicht vereinbar. Der Aufsichtsrat hat daher die Änderung des Vorstandsvergütungssystems und die Änderung der Vorstandsverträge eingeleitet. Für das Geschäftsjahr 2012 wurden keine Rückstellungen mehr gebildet. Die bis einschließlich des Geschäftsjahres 2011 gebildeten Rückstellungen für eine variable Erfolgsvergütung nach Erreichen der Dividendenfähigkeit bleiben bestehen. Weitere Instrumente mit langfristiger Anreizwirkung, wie Aktienoptionspläne, bestehen bei der Bank nicht. Weitere Informationen zur Vergütung des

Vorstands enthält der Anhang zum Jahresabschluss, Ziffer 75.

Parallel zur Neuregelung der Vorstandsvergütung wurden ebenfalls die Anforderungen der im Oktober 2010 in Kraft getretenen Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV) für das variable Vergütungssystem unterhalb der Vorstandsebene umgesetzt. Die Höhe der variablen Vergütung der Mitarbeiter ergibt sich mit der erfolgten Neuregelung aus einer Kombination von Bank-, Unternehmensbereichs- und individueller Zielerreichung. Zudem wurden für alle Mitarbeiter des Konzerns feste Obergrenzen für das Verhältnis der variablen Vergütung zur Fixvergütung definiert.

Besondere Regelungen gelten für jene konzernweit identifizierten Mitarbeiter, die aufgrund ihrer Funktion einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil der Bank haben, so genannte Risk Taker. Teile von deren variabler Vergütung werden entsprechend der Instituts-VergV zeitverzögert ausgezahlt und sind von der nachhaltigen Entwicklung der Bank abhängig. Das Vergütungssystem findet, den Anforderungen der Instituts-VergV entsprechend, auch für das Geschäftsjahr 2011 Anwendung. Weitere Details werden der Anforderung der Verordnung entsprechend in einem gesonderten Vergütungsbericht auf der Internetseite der HSH Nordbank veröffentlicht.

Die HSH Nordbank hat den Deutschen Corporate Governance Kodex freiwillig anerkannt; als ein nicht börsennotiertes Unternehmen ist die HSH Nordbank dazu nicht verpflichtet. Die Entsprechenserklärung der HSH Nordbank im Sinne des § 161 AktG ist im Corporate-Governance-Bericht im Geschäftsbericht des Konzerns enthalten. Abweichungen zu einzelnen Empfehlungen des Kodex werden in der Entsprechenserklärung begründet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und die Mitglieder der vom Aufsichtsrat gebildeten Ausschüsse werden im Anhang (Ziffer 76) genannt. Zur Arbeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse im Geschäftsjahr 2012 informiert der Bericht des Aufsichtsrats, der ebenfalls Teil des Geschäftsberichtes ist.

ERTRAGS-, VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

GESCHÄFTSVERLAUF IM ÜBERBLICK

Schwieriges Umfeld und Sondereffekte prägen Jahresabschluss 2012

Die zunehmenden Fortschritte im Neugeschäft und bei der Strategieumsetzung wurden im abgelaufenen Jahr in ihrer Ergebniswirkung von Belastungen aus dem sehr schwierigen Kreditumfeld überlagert. Neben dem eingetrübten Konjunkturmilieu und der Unsicherheit in den Märkten über die Entwicklung der Staatsschuldenkrise hat vor allem die im Jahresverlauf erheblich verschlechterte Situation in der Schifffahrt und im Immobiliensektor einzelner europäischer Länder deutliche Spuren im Jahresabschluss der HSH Nordbank hinterlassen. Insgesamt entwickelte sich das Umfeld für unser Geschäft im vergangenen Jahr deutlich ungünstiger, als wir es vor einem Jahr erwartet hatten.

Die Auswirkungen der schwierigen Rahmenbedingungen zeigten sich vor allem in Altportfolien, die vor Beginn der weltweiten Finanzkrise aufgebaut worden waren, während die strategischen Kernbereiche zunehmend von steigendem Neugeschäft profitierten. Darüber hinaus hatten Sonder- und Bewertungseffekte erheblichen Einfluss auf die Ergebnisentwicklung der Bank. Vor diesem Hintergrund weisen wir für das Jahr 2012 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -391 Mio. Euro aus, gegenüber -330 Mio. Euro ein Jahr zuvor.

Der Ausbau des Neugeschäfts zeigte im Jahresverlauf in den Erträgen der Kundenbereiche zunehmend Wirkung. Beeinflusst durch Sondereffekte stieg der Gesamtertrag der Bank deutlich über Vorjahresniveau.

Aufgrund der angespannten Lage in einzelnen Märkten haben wir die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Jahr 2012 deutlich aufgestockt. Da die erforderliche Risikovorsorge vorwiegend in Beständen anfiel, die von der Zweitverlustgarantie der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein abgedeckt werden, ist die Auslastung dieser Garantie angestiegen.

Die Bilanzsumme der Bank ist durch den fortlaufenden Abbau der risikobehafteten Bestände weiter um mehr als 7 Mrd. Euro auf 136 Mrd. Euro gesunken. Der Risikoabbau spiegelt sich insbesondere in einem Rückgang der Bestände der Restructuring Unit wider.

Die erhöhten regulatorischen Anforderungen an die Kapitalausstattung hat die HSH Nordbank zum 31. Dezember 2012 erfüllt. Die harte Kernkapitalquote (Kernkapitalquote ohne Hybridinstrumente) erreichte zum Jahresresultimo 9,9% im Konzern (nach Feststellung des Jahresabschlusses) und lag damit über der von der EBA vorgegebenen Quote von mindestens 9%. Ursächlich für den leichten Rückgang im Vorjahresvergleich (31. Dezember 2011: 10,3%) sind vor allem verschlechterte Risikoparameter infolge der eingetrübten Rahmenbedingungen im Berichtsjahr, die nur zum Teil durch positive Effekte kompensiert wurden. Zur nachhaltigen Sicherung der aufsichtsrechtlich und vom Kapitalmarkt geforderten Kapitalquoten streben wir eine Wiederaufstockung des kapitalentlastenden Garantierahmens an und setzen laufend weitere Einzelmaßnahmen um. Mehr Informationen hierzu unter „Geschäftsüberblick“ und „Ausblick“.

Auf die einzelnen Entwicklungen und Ereignisse, die für den Geschäftsverlauf im Jahr 2012 ursächlich waren, wird nachfolgend in den Kapiteln „Ertragslage“ und „Vermögens- und Finanzlage“ eingegangen.

ERTRAGSLAGE

Gewinn und Verlustrechnung (HGB Einzelinstitut)

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	1.432	1.490	-58	-4
Provisionsüberschuss	-198	-286	88	31
davon: Provisionen für Zweitverlustgarantie	-284	-313	29	9
davon: Provisionen für SoFFin-Garantien	-18	-69	51	74
Nettoergebnis des Handelsbestands	-21	-227	206	91
Verwaltungsaufwand	-667	-730	63	-9
davon: Personalaufwand	-320	-352	32	-9
davon: Sachaufwand	-347	-378	31	-8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	335	67	268	> 100
Betriebsergebnis vor Risikoversorge/Bewertung	881	314	567	> 100
Risikoversorge/Bewertung	-1.021	149	-1.170	> 100
davon: Kreditgeschäft	-111	208	-319	> 100
davon: Wertpapiergeschäft	127	-94	221	> 100
davon: Beteiligungsergebnis	-125	35	-160	> 100
davon: Zuführung zum Fonds für allg. Bankrisiken	-980	-	-980	-
Betriebsergebnis nach Risikoversorge/Bewertung	-140	463	-603	> 100
außerordentliches Ergebnis	-44	-712	668	94
Ertragsteuern	-364	-234	-130	56
Erträge aus Verlustübernahme	157	153	4	3
Jahresfehlbetrag	-391	-330	-61	-18

Gesamtertrag von Bilanzabbau und Sondereffekten geprägt

Die einzelnen Ertragspositionen waren im Berichtsjahr von den folgenden Entwicklungen geprägt:

Der Zinsüberschuss belief sich auf 1.432 Mio. Euro gegenüber 1.490 Mio. Euro im Vorjahr. Auf Gesamtbankebene belasteten im Zinsüberschuss erneut die Reduktion des zinstragenden Kreditvolumens durch den kontinuierlichen Abbau der risikobehafteten Altbestände in der Restructuring Unit und planmäßige Kreditrückführungen in der Kernbank. Darüber hinaus hat das niedrige Marktzinzniveau den Zinsüberschuss belastet.

Profitiert hat der Zinsüberschuss dagegen von dem deutlichen Ausbau des Neugeschäfts im Jahresverlauf 2012, der mit zunehmendem Auszahlungsfortschritt des Geschäfts zu steigenden Zinserträgen in den Kernbereichen der Bank führte. Neben dem Neugeschäftsvolumen haben dazu auch risikoadäquate Zinsmargen beigetragen. Dem positiven Margeneffekt in der Kernbank stand in der Restructuring Unit im Vorjahresvergleich ein negativer Effekt gegenüber. Die größten Fortschritte im Neugeschäft wurden in den Bereichen Energy und Immobilien erzielt. Aus den laufenden Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen verzeichnete die Bank einen leichten Anstieg. Dagegen haben die Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungsverträgen spürbar abgenommen.

Der Provisionsüberschuss in Höhe von -198 Mio. Euro (Vorjahr: -286 Mio. Euro) war von Gebühren für öffentliche Garantien in Höhe von -302 Mio. Euro belastet. Gegenüber dem Vorjahr (-382 Mio. Euro) reduzierten sich diese jedoch aufgrund von Garantierückführungen. Seit April 2009 hat die Bank für die Bereitstellung der Zweitverlustgarantie die an die Garantiegeber zu zahlende Grundprämie in Höhe von nahezu 1,4 Mrd. Euro als Aufwand verarbeitet. Für die Garantien des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) sank der Aufwand durch Rückführungen auf nur noch -18 Mio. Euro (Vorjahr: -69 Mio. Euro). Im Juli 2012 hat die Bank ihre letzte vom SoFFin garantierte Anleihe in Höhe von 3 Mrd. Euro planmäßig zurückgezahlt. Das um den Aufwand für öffentliche Garantien bereinigte Provisionsergebnis in Höhe von 104 Mio. Euro zeigt gegenüber dem Vorjahr (96 Mio. Euro) einen leichten Anstieg. Darin machten sich gestiegene Einnahmen aus dem Cross-Selling-Geschäft der Kernbank bemerkbar, das auf Basis forcierter Vertriebsmaßnahmen gestärkt werden konnte. Die Erfolge zeigten sich im Provisionsüberschuss vor allem bei den Kreditprovisionen. Auch Erträge aus Restrukturierungen einzelner Engagements haben zum verbesserten Cross-Selling-Ergebnis beigetragen.

Das Nettoergebnis des Handelsbestands belief sich auf -21 Mio. Euro (Vorjahr: -227 Mio. Euro). Die Ergebnisverbesserung ist zum Teil auf Sondereffekte zurückzuführen, die im Vorjahr das Ergebnis belastet hatten. So hatte die Bank im Jahr 2011 im Rahmen der Bewertung von Derivaten des Handelsbestands die bonitätsspezifische Bewertung auf nicht akut ausfallgefährdete Kontrahenten ausgeweitet. Weiteren Einfluss auf das Ergebnis hatten Wechselkurseffekte.

Der sonstige betriebliche Überschuss in Höhe von 335 Mio. Euro (Vorjahr: 67 Mio. Euro) enthält Erträge aus einem im ersten Quartal des Berichtsjahres durchgeführten Rückkauf öffentlicher Nachranganleihen in Höhe von 261 Mio. Euro. Die Erträge ergaben sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und Rückkaufpreis der Anleihen.

Insgesamt belief sich der Gesamtertrag – als Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Sonstigem betrieblichen Ergebnis – auf 1.548 Mio.

Euro. Dies ist ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr (1.044 Mio. Euro).

Kostensenkungsmaßnahmen greifen
Der Verwaltungsaufwand konnte im abgelaufenen Jahr weiter auf -667 Mio. Euro (Vorjahr: -730 Mio. Euro) vermindert werden. Im Personalaufwand, der mit -320 Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau von -352 Mio. Euro lag, spiegelte sich die weiter reduzierte Mitarbeiterzahl wider. Der Sachaufwand konnte durch Einsparungen bei diversen Kostenpositionen, vor allem im IT-Bereich und bei externen Beratungsleistungen auf -347 Mio. Euro (Vorjahr: -378 Mio. Euro) reduziert werden.

Risikoversorge aufgestockt

In der Position Risikoversorge/Bewertung weist die Bank einen Wert von -1.021 Mio. Euro gegenüber 149 Mio. Euro im Vorjahr aus.

In der Entwicklung spiegeln sich zum einen die Auswirkungen des schwachen gesamtwirtschaftlichen Umfelds und die verschärfte Krise in der Schifffahrtsbranche wider. Entsprechend waren vor allem höhere Wertberichtigungen in den Shipping-Portfolien zu berücksichtigen. Daneben fiel in der Restructuring Unit höherer Vorsorgebedarf insbesondere für Immobilienkredite in einzelnen europäischen Ländern an, hauptsächlich in den Niederlanden.

Zusätzlich zu den Wertberichtigungen im Kreditgeschäft wurden in der Risikoversorge erstmalig zukünftig zu erwartende Gebühren für die Garantie berücksichtigt. Dies resultiert aus der erwarteten tatsächlichen Inanspruchnahme der Garantie in den Jahren 2019 bis 2025 entsprechend unserer langfristigen Risikoversorgeplanung, die wir angesichts der sich im abgelaufenen Jahr erheblich eingetrübten Rahmenbedingungen, insbesondere im Schifffahrtsumfeld, überarbeitet haben. Die zukünftig erwarteten Gebühren umfassen die Grund- und Zusatzprämie für die voraussichtliche Inanspruchnahme der Zweitverlustgarantie. Entlastet wurde der Risikoversorgeaufwand durch die bilanzielle Sicherungswirkung der Zweitverlustgarantie. Nach Abzug der zukünftig erwarteten Gebühren in Höhe von -351 Mio. Euro sowie der Zusatzprämie für die abgelaufene Berichtsperiode (-287 Mio. Euro) betrug die Entlastung der Risikoversor-

ge durch die Garantie 1.635 Mio. Euro (Kompensationsposten). In Summe weist die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ein negatives Ergebnis in Höhe von -111 Mio. Euro auf (Vorjahr: 208 Mio. Euro).

Die Garantiegeber Hamburg und Schleswig-Holstein haben über die HSH Finanzfonds AöR zum 31. Dezember 2012 auf ihren Anspruch aus der Zusatzprämie gegen Gewährung eines Besserungsscheins verzichtet, um im Einklang mit EU-Anforderungen eine angemessene harte Kernkapitalquote (Kernkapitalquote ohne Hybridinstrumente) sicherzustellen. Der Ertrag aus der Auflösung der Zusatzprämie wurde zur Stärkung des Kernkapitals in den Fonds für allgemeine Bankrisiken eingestellt. Insgesamt beläuft sich die Dotierung des Fonds auf 980 Mio. Euro (Vorjahr: 0 Mio. Euro). Darin enthalten sind auch Erträge aus dem Rückkauf von Nachranganleihen.

Zum 31. Dezember 2012 resultiert aus der Sicherungswirkung der Garantie keine zahlungswirksame Inanspruchnahme. Der Selbstbehalt der Bank war zum Jahresultimo 2012 mit tatsächlichen Zahlungsausfällen in Höhe von 332 Mio. Euro ausgelastet (zur Abrechnung eingereichte Verluste). Weitere Informationen zur Zweitverlustgarantie im Anhang, Ziffer 2.

Im Wertpapiergeschäft konnte das Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis deutlich auf 127 Mio. Euro verbessert werden (Vorjahr: -94 Mio. Euro). Ursächlich für die positive Veränderung waren vor allem im Vorjahr vorgenommene Abschreibungen auf Staatsanleihen, die im Berichtsjahr nicht in gleichem Umfang anfielen sowie Kurserholungen bei Beständen der Liquiditätsreserve.

Das Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis aus Beteiligungen in Höhe von -125 Mio. Euro (Vorjahr: 35 Mio. Euro) resultiert insbesondere aus Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und aus Aufwendungen aus Verlustübernahmen, hauptsächlich aus der HSH Real Estate GmbH, die im Jahr 2013 veräußert werden soll.

Das Betriebsergebnis nach Risikovorsorge/Bewertung reduzierte sich infolge der beschriebenen Entwicklungen, insbesondere des negativen Ergebnisses aus Risikovorsorge/Bewertung auf -140 Mio. Euro (Vorjahr: 463 Mio. Euro).

Das außerordentliche Ergebnis belief sich auf -44 Mio. Euro gegenüber -712 Mio. Euro im Vorjahr. Der hohe Wert im Geschäftsjahr 2011 resultierte aus einer von der EU auferlegten Einmalzahlung an die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Höhe von 500 Mio. Euro sowie erhöhten Restrukturierungsmaßnahmen für den Umbau der Bank, im Wesentlichen Rückstellungen für den Personalabbau der Bank. Im abgelaufenen Jahr entfielen die außerordentlichen Aufwendungen vor allem auf Sachaufwendungen im IT-Bereich.

Jahresfehlbetrag durch schwieriges Umfeld und Sonderbelastungen

Nach Berücksichtigung von Ertragsteuern in Höhe von -364 Mio. Euro (Vorjahr: -234 Mio. Euro) und den Erträgen aus Verlustübernahme von 157 Mio. Euro (Vorjahr: 153 Mio. Euro) aus der Partizipation der Stillen Einleger und Genussrechtsinhaber am Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust weist die Bank für das Geschäftsjahr 2012 einen Jahresfehlbetrag von -391 Mio. Euro aus (Vorjahr: -330 Mio. Euro). Der gestiegene Steueraufwand resultiert maßgeblich aus der überarbeiteten Unternehmensplanung. Aus den Ertragserwartungen für die Zukunft resultieren geringere Ansätze für aktive latente Steuern, zum Beispiel auf steuerliche Verlustvorträge. Darüber hinaus haben erhöhte Zuführungen zu Rückstellungen für originäre Steuern das Ergebnis belastet.

In der Ertragslage des Berichtsjahres 2012 zeigen sich unsere Fortschritte beim Umbau der HSH Nordbank sowie die erzielten Erfolge im Kundengeschäft. In ihrer Ergebniswirkung wurden diese jedoch von den Auswirkungen des erheblich verschlechterten Umfelds und des weiteren Abbaus der zinstragenden Altbestände überdeckt, so dass nicht alle finanziellen Ziele der Bank für das Berichtsjahr erreicht werden konnten. Insgesamt wird deutlich, dass wir mit dem Umbau der Bank auf dem richtigen Weg sind und die eingeleiteten Maßnahmen weiterhin konsequent umgesetzt werden müssen, um die HSH Nordbank für die Zukunft nachhaltig stabil und erfolgreich auszurichten.

Aufgrund des Jahresfehlbetrags und eines korrespondierenden Bilanzverlusts erfolgen für 2012 keine Ausschüttungen auf Stille Einlagen und Genussrechte. Zudem partizipieren die Stillen Einlagen und das Genussrechtskapital an dem Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust der

Bank. Zur Vermeidung einer Doppelbelastung der Hybridkapitalgläubiger wurde der bestehende Verlustvortrag aus dem Jahr 2011 in Höhe von -330 Mio. Euro durch Entnahme aus der Kapitalrücklage im Geschäftsjahr 2012 ausgeglichen.

Die Stillen Einlagen haben mit 153 Mio. Euro am Verlust der Bank teilgenommen. Das Genussrechtskapital wurde mit 4 Mio. Euro am Verlust des Geschäftsjahres 2012

beteiligt. Dies entspricht Herabsetzungen der Buchwerte der Stillen Einlagen und des Genussrechtskapitals um 9,03%. Für 2011 wurde der Buchwert der Stillen Einlagen und des Genussrechtskapitals infolge der Verlustbeteiligung bereits um rund 7,95%, für 2010 um 5,01% und für 2009 um 16,40% reduziert. Die Buchwerte der Hybridinstrumente belaufen sich infolge der Verlustbeteiligungen auf 66% des ursprünglichen Nominalwertes.

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Bilanz (HGB Einzelinstitut)

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung absolut	Veränderung in %
Aktiva				
Barreserve, Schuldtitel öff. Stellen, rediskontf. Wechsel	6.681	1.803	4.878	> 100
Forderungen an Kreditinstitute	9.758	8.898	860	10
Forderungen an Kunden	77.842	88.125	-10.283	-12
Wertpapiere	25.799	28.242	-2.443	-9
Handelsbestand	11.729	12.423	-694	-6
Beteiligungen und Anteile an verb. Unternehmen	1.773	1.301	472	36
Treuhandvermögen	322	323	-1	0
Restliche Aktiva	2.176	2.553	-377	-15
Bilanzsumme	136.080	143.668	-7.588	-5
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.628	27.434	4.194	15
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.955	44.844	-889	-2
Verbriefte Verbindlichkeiten	32.989	42.313	-9.324	-22
Handelsbestand	10.874	11.398	-524	-5
Treuhandverbindlichkeiten	322	323	-1	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	4.181	5.095	-914	-18
Genussrechtskapital	36	68	-32	-47
Fonds für allgemeine Bankrisiken	2.032	1.052	980	93
Eigenkapital	5.477	5.530	-53	-1
Restliche Passiva	4.586	5.611	-1.025	-18
Bilanzsumme	136.080	143.668	-7.588	-5
Eventualverbindlichkeiten	4.569	6.335	-1.766	-28
Andere Verpflichtungen	5.026	6.877	-1.851	-27
Derivate des Anlagebestands (Kreditäquivalente)	2.844	3.005	-161	-5
Summe außerbilanzielles Geschäft	12.439	16.217	-3.778	-23
Geschäftsvolumen	148.519	159.885	-11.366	-7
Kreditvolumen	142.325	153.036	-10.711	-7

Bilanzsumme sinkt durch weiteren Abbau von Risikopositionen
 Die Bilanzsumme konnten wir im abgelaufenen Jahr weiter auf 136.080 Mio. Euro reduzieren (31. Dezember

2011: 143.668 Mio. Euro). In der Entwicklung spiegelt sich die konsequente Rückführung von risikobehafteten Altportfolien in unserer Restructuring Unit wider.

Der fortgesetzte Abbau von Risikopositionen zeigt sich auf der Aktivseite insbesondere bei den Forderungen an Kunden, die auf 77.842 Mio. Euro (31. Dezember 2011: 88.125 Mio. Euro) zurückgingen. Hierfür sorgten insbesondere Tilgungen in Kreditportfolien der Restructuring Unit, die der erfreulichen Entwicklung im Neugeschäft gegenüber standen. Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen im Vergleich zum Jahresultimo 2011 und betrugen 9.758 Mio. Euro (31. Dezember 2011: 8.898 Mio. Euro). Ein Rückgang bei täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute wurde durch eine Zunahme bei besicherten Geldmarktgeschäften kompensiert. Die Barreserve zeigt im Vergleich zum Vorjahresultimo einen deutlichen Anstieg von 1.803 Mio. Euro auf 6.681 Mio. Euro. Dies ist unter anderem auf erhöhte Einlagen bei der EZB im Rahmen der Steuerung der Liquiditätsposition zurückzuführen. Das Wertpapiervermögen reduzierte sich von 28.242 Mio. Euro auf 25.799 Mio. Euro. Dies ist unter anderem auf den fortgesetzten Abbau des Credit Investment Portfolios zurückzuführen. Der aktive Handelsbestand betrug zum Bilanzstichtag 11.729 Mio. Euro (31. Dezember 2011 12.423 Mio. Euro). Der Rückgang beruht insbesondere auf rückläufigen Wertpapierbeständen des Handelsbestands.

Auf der Passivseite der Bilanz zeigten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten einen deutlichen Anstieg von 27.434 Mio. Euro auf 31.628 Mio. Euro. Ein gestiegenes Volumen bei Refinanzierungsgeschäften mit Zentralbanken sowie Repo-Geschäfte sorgten für diese Entwicklung. In dem Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden auf 43.955 Mio. Euro (31. Dezember 2011: 44.844 Mio. Euro) spiegeln sich Tilgungen im Bereich Schuldscheindarlehen wider, denen höhere Termin- und Sichteinlagen von Unternehmens- und Privatkunden der Bank gegenüber standen.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beliefen sich auf 32.989 Mio. Euro (31. Dezember 2011: 42.313 Mio. Euro). Dieser deutliche Rückgang ist zum Teil auf ausgelassene SoFFin-garantierte Emissionen sowie Fälligkeiten weiterer Emissionen zurückzuführen.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten sowie das Genussrechtskapital reduzierten sich im Wesentlichen aufgrund des Rückkaufs eigener Nachranganleihen im ersten Quartal 2012 sowie aufgrund von Fälligkeiten. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde gestärkt durch Einstellungen aus Erträgen, die aufgrund des Verzichts der Garantiegeber auf die Zusatzprämie entstanden und zur Stärkung des Kernkapitals verwendet wurden. Darüber hinaus wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken Erträge aus dem Rückkauf von Nachranganleihen zugeführt.

Das bilanzielle Eigenkapital verringerte sich zum Jahresultimo 2012 leicht auf 5.477 Mio. Euro (31. Dezember 2011: 5.530 Mio. Euro). Im ersten Quartal 2012 wurde das Grundkapital durch die Wiedereinbringung der im Jahresabschluss 2011 aufwandswirksam erfassten Einmalzahlung an die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein gestärkt; der im Jahresabschluss 2012 erzielte Jahresfehlbetrag wirkte dem entgegen.

Geschäftsvolumen rückläufig
Das Geschäftsvolumen verringerte sich auf 148.519 Mio. Euro (31. Dezember 2011: 159.885 Mio. Euro). Neben den Effekten für die reduzierte Bilanzsumme war insbesondere der Rückgang der Eventualverbindlichkeiten auf 4.569 Mio. Euro (31. Dezember 2011: 6.335 Mio. Euro) sowie der unwiderruflichen Kreditzusagen auf 5.026 Mio. Euro (31. Dezember 2011: 6.877 Mio. Euro) maßgeblich.

Kernkapitalquote (inkl. Marktrisikopositionen) für Einzelinstitut erreicht 11,8%

Aufsichtsrechtliche Kapitalquoten (nach Feststellung des Jahresabschlusses)

%	31.12.2012	31.12.2011
Eigenkapitalquote (Solvabilitätskoeffizient)	18,9	20,3
Gesamtkennziffer/ Eigenmittelquote	18,0	19,2
Kernkapitalquote	12,6	13,5
Kernkapitalquote (inkl. Marktrisikopositionen)	11,8	12,5
Harte Kernkapitalquote (inkl. Marktrisikopositionen)	9,4	9,2

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen*

%	31.12.2012	31.12.2011
Eigenkapitalquote (Solvabilitätskoeffizient)	17,7	20,0
Gesamtkennziffer/ Eigenmittelquote	16,9	18,9
Kernkapitalquote	11,7	13,6
Kernkapitalquote (inkl. Marktrisikopositionen)	11,0	12,5
Harte Kernkapitalquote (inkl. Marktrisikopositionen)	8,4	8,9

Anrechenbare Eigenmittel nach KWG für Solvenzzwecke und Eigenmittelanforderungen gemäß Solvabilitätsverordnung*

Mrd. €	31.12.2012	31.12.2011
Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 2 Abs. 6 Satz 1 SolV	10,5	9,3
Darunter: Kernkapital für Solvenzzwecke	6,8	6,1
Risikoaktiva Gesamt (inkl. Marktrisiken und Operationellen Risiken)	62,3	49,2
Darunter: Risikoaktiva Adressenausfallrisiko	55,2	41,8

*) Zahlenangaben vor Feststellung des Jahresabschlusses der HSH Nordbank AG

Zum 31. Dezember 2012 erfüllt die HSH Nordbank die regulatorischen Anforderungen an die Kapitalausstattung. Die Kernkapitalquote inklusive der Marktrisikopositionen belief sich für das Einzelinstitut zum Jahresultimo 2012 auf 11,8% (31. Dezember 2011: 12,5%). Die harte Kernkapitalquote erreichte im Einzelinstitut zum Jahresende 9,4% (31. Dezember 2011: 9,2%). Die Angaben berücksichtigen die Feststellung des Jahresabschlusses 2012.

Wesentlichen Einfluss auf die Kernkapitalquoten hatte im abgelaufenen Jahr ein Anstieg der Risikoaktiva. Dieser resultierte aus verschlechterten Risikoparametern (z. B. höhere Ausfallwahrscheinlichkeiten) infolge der

eingetrübten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, besonders in der Schifffahrtsbranche. Diese Entwicklung konnte nur teilweise durch den fortgesetzten Abbau von risikobehafteten Altbeständen und die Abwertung des US-Dollar im Stichtagsvergleich ausgeglichen werden. Positiv auf die Kapitalquoten wirkte der Anstieg des Kernkapitals. Darin zeigten sich zum einen die zu Jahresbeginn 2012 durchgeführte Kapitalerhöhung in Höhe von 500 Mio. Euro, mit der die im Vorjahr erfolgte Einmalzahlung an die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein wieder in die Bank eingebracht wurde. Zum anderen haben der Rückkauf nachrangiger Anleihen sowie der Forderungsverzicht der Garantiegeber gegen Besserungsschein für die Zusatzprämie positiv gewirkt.

Weitere Einzelheiten zum Forderungsverzicht gegen Besserungsschein enthält der Anhang, Ziffer 2.

Die Angaben berücksichtigen die entlastende Wirkung der Zweitverlustgarantie auf die Risikoaktiva.

Refinanzierung ausgebaut

Die Refinanzierungsbasis der Bank konnten wir im abgelaufenen Jahr trotz des schwierigen Kapitalmarktumfelds stärken und die Emissionsplanung für 2012 durch Nutzung einer Reihe unterschiedlicher Funding-Quellen erfolgreich umsetzen.

Angesichts unserer festen Verankerung im Sparkassenverbund leistete der Vertrieb von Anleihen an Sparkassen und deren Kunden 2012 erneut einen maßgeblichen Beitrag zur Refinanzierung unseres Geschäfts. Zudem konnten wir das Volumen der platzierten Pfandbriefe deutlich steigern. So haben wir 2012 das positive Umfeld für deutsche Pfandbriefe genutzt und am öffentlichen Kapitalmarkt zwei Hypothekendarlehen mit einem Volumen von jeweils 500 Mio. Euro und Laufzeiten von fünf bzw. vier Jahren platziert. Die Emissionen stießen auf breite Nachfrage bei institutionellen Investoren aus dem In- und Ausland. Weitere Pfandbriefe hat die Bank im Rahmen von Privatplatzierungen begeben, einen Teil davon in Fremdwährungen.

Zusätzlich haben wir das assetbasierte Funding weiter ausgebaut. Diesem Instrument messen wir besonders im Hinblick auf die Refinanzierung unseres Fremdwährungsgeschäfts eine zunehmende Bedeutung bei. Im abgelaufenen Jahr konnten wir eine Reihe von US-Dollar-Transaktionen durchführen, darunter zwei bilaterale Repo-Geschäfte im Volumen von 500 Mio. bzw. 450 Mio. US Dollar. Die derivative Fremdwährungsrefinanzierung durch EUR/USD-Basiswaps konnte durch diese Geschäfte zielgerichtet reduziert werden. Ausführliche Informationen zum Derivategeschäft der Bank enthält der Anhang zum Jahresabschluss, Ziffer 69.

Insgesamt konnten wir die durchschnittliche Laufzeit gegenüber dem Vorjahr zu weiterhin attraktiven Refinanzierungskosten deutlich erhöhen und auf diese Weise unser Refinanzierungsprofil stärken.

Neben der erfolgreichen Emissionstätigkeit konnte der Bestand an Termin- und Sichteinlagen von Unternehmenskunden, Finanzinstituten und anderen institutionellen Anlegern im Berichtsjahr ausgebaut werden. Dazu haben gezielte Initiativen bei Kernkunden aus dem Firmenkundenbereich spürbar beigetragen.

Ausführliche Informationen zur Liquiditäts- und Risikolage der HSH Nordbank enthält der Risikobericht in diesem Lagebericht.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Zu Jahresbeginn 2013 befand sich die HSH Nordbank in einem engen Austausch mit ihren Eigentümern über die angestrebte Wiederaufstockung der kapitalentlastenden Garantie (Zweitverlustgarantie). Die Landesregierungen in Hamburg und Schleswig-Holstein haben diesen Maßnahmen bereits zugestimmt und nötige Schritte für deren Umsetzung eingeleitet. Zudem wurden erste Gespräche mit der EU-Kommission geführt, welche die Garantierhöhung als zu genehmigenden Beihilfetatbestand einstufen könnte. Weitere Informationen zu diesem Thema enthalten die Kapitel „Geschäftsüberblick“ und „Ausblick“.

Weitere wesentliche Ereignisse mit Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage waren nach dem Bilanzstichtag nicht zu verzeichnen.

AUSBLICK

Der nachfolgende Abschnitt sollte im Zusammenhang mit den anderen Kapiteln in diesem Lagebericht gelesen werden. Die hierin enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf Einschätzungen und Schlussfolgerungen aus den uns zum jetzigen Zeitpunkt vorliegenden Informationen. Die Aussagen stützen sich auf eine Reihe von Annahmen, die sich auf zukünftige Ereignisse beziehen und die ebenfalls mit in unsere Unternehmensplanung eingeflossen sind. Bezüglich des Eintritts der zukünftigen Ereignisse bestehen Ungewissheiten, Risiken und andere Faktoren, von denen eine Vielzahl außerhalb der Möglichkeit unserer Einflussnahme steht. Entsprechend können tatsächliche Ereignisse von den nachfolgend getätigten Zukunftsaussagen abweichen. Auf

die von uns im Rahmen der Planung getroffenen Annahmen gehen wir in diesem Ausblick näher ein.

Unsere Einschätzungen zur langfristigen Entwicklung der Risikovorsorge sowie insbesondere der Planung von Zahlungsausfällen und daraus folgend der tatsächlichen Inanspruchnahme der Zweitverlustgarantie sind aufgrund des sehr langen Planungshorizonts mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Dies gilt zum Beispiel hinsichtlich der Entwicklung der maßgeblichen Marktparameter wie Fracht- und Charraten sowie des US-Dollar-Wechselkurses. Diese Unsicherheitsfaktoren können die zukünftige Entwicklung stärker beeinflussen als erwartet. Die Entwicklung der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass die Prognosefähigkeit in einem volatilen Umfeld für Banken nur eingeschränkt gegeben ist. So hat sich etwa die Weltwirtschaft schlechter als erwartet entwickelt, mit der Folge einer zusätzlichen Eintrübung der von Überkapazitäten geprägten Schiffahrtsmärkte.

Für die Zukunft kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Schuldenkrise in Europa fortsetzt, was zu einer Schwächung der Märkte und des Euro führen könnte. Dies wiederum könnte zu zusätzlichem Wertberichtigungsbedarf in den risikobehafteten Portfolien der Banken führen. Künftige Chancen und Risiken für die Kapitalquote resultieren insbesondere aus der unsicheren Entwicklung der Bestandsabläufe, der Markt- und Risikoparameter sowie des regulatorischen Umfelds.

VORAUSSICHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Weltwirtschaft gewinnt leicht an Fahrt

Wir gehen davon aus, dass das Wachstum der Weltwirtschaft leicht an Fahrt gewinnt. Eine wichtige Stütze stellt China dar, wo die jüngsten Konjunkturindikatoren auf eine Stabilisierung der Expansionsrate hindeuten. In den USA werden Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen den Trend der wirtschaftlichen Erholung dämpfen. Das Wachstum dürfte sich in diesem Jahr in einer ähnlichen Größenordnung bewegen wie im Jahr 2012.

In der Eurozone rechnen wir in der zweiten Hälfte des Jahres mit einer allmählichen Belebung, die zu einem marginalen Wachstumsplus im Gesamtjahr führen dürfte. Grundlage dafür sollten unter anderem bessere Refinanzierungsbedingungen für Unternehmen und Banken

sowie eine robustere Weltwirtschaft sein. In Deutschland dürfte das Wirtschaftswachstum im Vergleich zu den meisten anderen Eurostaaten überdurchschnittlich ausfallen. Die deutsche Wirtschaft profitiert in einem besonders hohen Maße von der Nachfrage aus den aufstrebenden Volkswirtschaften und hat im Gegensatz zu anderen Mitgliedstaaten haushaltspolitischen Spielraum.

Bei der Euro-Staatsschuldenkrise rechnen wir trotz vermuntlicher Rückschläge mit weiteren Reformfortschritten auf Ebene der betroffenen Länder sowie den entscheidungsrelevanten Institutionen der Eurozone. Dadurch dürfte das Vertrauen der Investoren allmählich wieder zurückkehren.

Vor dem Hintergrund eines nur langsamen Erstarkens der Weltwirtschaft gehen wir davon aus, dass sich die Situation für die internationale Seeschifffahrt vorerst nicht nennenswert verbessern wird. Für die Container- und Bulkermärkte erwarten wir frühestens 2014 erste Anzeichen einer Erholung, bei Rohöltankern verbessert sich die Lage wahrscheinlich erst im Jahr 2015.

Die Geldpolitik dürfte insbesondere in den USA und in Japan von anhaltenden Liquiditätsmaßnahmen geprägt bleiben, auch wenn in den USA Diskussionen über ein vorzeitiges Ende der Maßnahmen geführt werden. Die Politik der Notenbanken sowie der weitere Verlauf der Staatsschuldenkrise dürften auch im Jahr 2013 die Entwicklung des Euro wesentlich beeinflussen. Wir erwarten ausgehend vom Jahresende 2012 eine Seitwärtsentwicklung des Euro/US-Dollar-Wechselkurses. Die langsame Aufhellung der Konjunkturaussichten und zunehmendes Vertrauen an den Märkten bei weiteren Fortschritten in der Euro-Staatsschuldenkrise sollten in den kommenden Jahren zu allmählich steigenden Renditen zehnjähriger US-amerikanischer und deutscher Staatsanleihen führen.

Während sich für die Banken in diesem Umfeld die Refinanzierungssituation verbessern sollte, bleiben das konjunkturelle Gesamtumfeld sowie die zunehmenden Anforderungen an Kapital und Liquidität herausfordernd. Daneben dürfte die künftige Ergebnissituation von einem intensiven Wettbewerb im Einlagen- und Kreditgeschäft beeinflusst werden. Darüber hinaus belasten Kosten aus den für das gesamte Bankgewerbe immer intensiveren regulatorischen Anforderungen, etwa im

Zusammenhang mit der Umsetzung der Vorgaben von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), Basel III sowie Beiträge zum Restrukturierungsfonds. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen stehen die Institute daher weiterhin vor der Aufgabe, ihre Geschäftsmodelle kontinuierlich zu überprüfen und an neue Anforderungen anzupassen.

VORAUSSICHTLICHE GESCHÄFTSLAGE

Umbau der HSH Nordbank von zusätzlichen Herausforderungen begleitet

Im Jahr 2013 setzen wir den Umbau der Bank auf Basis der erkennbaren Fortschritte fort, die wir seit Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens im Jahr 2011 erzielt haben. Unser Ziel bleibt, die HSH Nordbank als eine fokussierte und nachhaltig profitable „Bank für Unternehmer“ zu positionieren. Mit der fortgesetzten Umsetzung unserer Strategie wollen wir trotz des herausfordernden Marktumfelds im Jahr 2013 auf dem Weg zu diesem Ziel weiter vorankommen.

Im Neukreditgeschäft wollen wir 2013 an die Markterfolge des abgelaufenen Jahres anknüpfen und unser Engagement in den Zielmärkten weiter ausbauen. Im Neugeschäft wurden in 2012 sowohl bei der Quantität als auch bei der Qualität deutliche Fortschritte erzielt. Das gilt insbesondere für die Kerngeschäftsfelder Energy und Immobilien. Durch ein breit angelegtes Angebot unserer gesamten Leistungspalette, durch gezielte Vertriebsmaßnahmen sowie eine risikoadäquate Preissetzung wollen wir die Ertragskraft im Kundengeschäft in den folgenden Jahren kontinuierlich steigern.

Zugleich planen wir, das Risikoprofil der Kernbank mit der Konzentration auf qualitativ hochwertiges und risikoarmes Geschäft sowie effektives Management der vorhandenen Kreditbestände weiter zu verbessern. Neben der Ausweitung des Kundengeschäfts in der Kernbank treiben wir den Abbau der risikobehafteten Portfolien in der Restructuring Unit weiter voran. Die fortlaufende Reduktion der zinstragenden Altbestände wird die Ertragskraft der Bank erwartungsgemäß belasten, gleichzeitig aber unsere Risiko- und Liquiditätssituation entsprechend unserer Strategie sukzessive verbessern.

Die Neuausrichtung der Organisationsstruktur und Prozesse auf das neue Geschäftsmodell ist bereits weit fortgeschritten. Davon ausgehend setzen wir die beschlossenen Kosteneinsparungen und alle erforderlichen Schritte zur Schaffung einer effizienten Organisation weiter konsequent um. Einen wesentlichen Beitrag leistet dabei das Personalabbauprogramm, das bisher planmäßig verläuft und bis zum Jahr 2014 vollständig abgeschlossen sein wird.

Angesichts der sich im abgelaufenen Jahr erheblich eingetrübten Rahmenbedingungen, insbesondere in der Schifffahrt, haben wir ab dem dritten Quartal 2012 unsere Risikovorsorgeplanung angepasst. Wir sehen auf dieser Grundlage einen deutlich erhöhten langfristigen Risikovorsorgebedarf. Unsere Risikovorsorgeplanung basiert dabei auf Bewertungsmodellen, die neben Bestandsentwicklung und den gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten auch das regulatorische Umfeld, Risikoparameter im Zeitablauf sowie Erfahrungswerte der Bank in einem krisenhaften Umfeld berücksichtigen.

Im Rahmen dieser Planung erwarten wir, dass die angespannte Lage in der Schifffahrtsbranche und in anderen Märkten im Jahr 2013 zu einem weiteren signifikanten Vorsorgebedarf für Kreditrisiken in den Altportfolien führen wird. Maßgeblich für die Risikoeinschätzung im Schifffahrtsbereich ist das aktuell sehr geringe Niveau von Fracht- und Charterraten, das derzeit nicht immer ausreicht, die operativen Kosten der Reedereien zu decken. In Erwartung sich langsam erholender Märkte gehen wir für das Jahr 2014 von einem im Vergleich zu 2013 rückläufigen Wertberichtigungsbedarf aus. Soweit die Risikovorsorge im von der Zweitverlustgarantie abgedeckten Portfolio anfällt, werden die Belastungen durch die bilanzielle Sicherungswirkung der Garantie weitgehend kompensiert. Die Risikovorsorge in Portfolien, die nicht unter die Garantie fallen, wird dagegen vollständig ergebniswirksam.

Auf der Basis der Neubewertung der Kreditrisiken gehen wir in unserer Risikovorsorgeplanung davon aus, dass die Zahlungsausfälle aus dem von der Garantie abgedeckten Portfolio ab 2019 über den Selbstbehalt der Bank in Höhe von 3,2 Mrd. Euro steigen werden. Dieser ist aufgrund der seit Bestehen der Garantie gebildeten Risikovorsorge – insbesondere der Jahre 2009 und 2010

– bereits ergebniswirksam voll verarbeitet. Effektive Zahlungen aus der Zweitverlustgarantie werden erstmals ab dem Jahr 2019 erwartet. Unter Berücksichtigung der von der Bank selbst zu tragenden Erstverlusttranche summieren sich diese nach unserer aktuellen Einschätzung bis zum Jahr 2025 auf 1,3 Mrd. Euro. Über Einzelheiten zur Planung der Risikovorsorge und der erwarteten Zahlungsausfälle informiert der Risikobericht im Kapitel „Ausfallrisiko“ („Risikovorsorge- und Verlustplanung“).

Planungen zur Stärkung der Kapitalbasis
Um den gestiegenen Risiken in den Altbeständen, den geänderten regulatorischen Rahmenbedingungen, den Anforderungen der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) sowie des Kapitalmarkts und der Ratingagenturen auch künftig zu genügen, hat die Bank entschieden, Maßnahmen zur Stärkung der Kernkapitalquoten zu ergreifen.

Im Fokus steht neben internen Einzelmaßnahmen vor allem die von der Bank angestrebte Wiedererhöhung der Garantie auf das ursprüngliche Niveau von 10 Mrd. Euro. Dadurch soll dauerhaft eine angemessene Kapitalquote ausgewiesen werden. Wir haben daher in der Unternehmensplanung die Wiederaufstockung der Garantie auf 10 Mrd. Euro berücksichtigt. Nachdem wir das Jahr 2012 mit einer harten Kernkapitalquote von 9,9% im Konzern abgeschlossen haben, planen wir unter Berücksichtigung der Wiederaufstockung der Garantie für das Jahr 2013, eine harte Kernkapitalquote von mindestens 10% im Konzern zu erreichen.

Zur Wiederaufstockung des Garantierahmens ist eine entsprechende Anpassung des bestehenden Garantievertrags erforderlich, da diese in der aktuellen Garantievereinbarung nicht vorgesehen ist. Darüber hinaus soll der angepasste Garantievertrag die volle aufsichtsrechtliche Wirksamkeit einer im Einklang mit EU-Anforderungen geltenden Kapitalschutzklausel unter der ab 2014 geltenden IFRS-Kapitalermittlung sicherstellen.

Hierzu befand sich die Bank zu Jahresbeginn 2013 in einem engen Austausch mit ihren Anteilseignern. Die Landesregierungen in Hamburg und Schleswig-Holstein haben diesen Maßnahmen bereits zugestimmt. Zudem wurden erste Gespräche mit der EU-Kommission geführt, welche die Garantierhöhung als zu genehmigen-

den Beihilfetatbestand einstufen könnte. Weitere Einzelheiten zur Kapitalschutzklausel und zum Garantievertrag enthält der Anhang zum Jahresabschluss, Ziffer 2.

Den strukturellen Herausforderungen auf der Refinanzierungsseite – unter anderem vor dem Hintergrund des Auslaufens der Gewährträgerhaftung – begegnen wir mit einer diversifizierten Funding-Strategie. Diese werden wir in den kommenden Jahren im Einklang mit dem geplanten Neugeschäft der Bank weiter umsetzen. Ein Schwerpunkt unserer Refinanzierung bleibt die vom Geschehen an den Kapitalmärkten weitgehend unabhängige und bewährte Ausrichtung auf den deutschen Sparkassensektor. Ein weiterer Fokus liegt auf der Emission von Pfandbriefen und ungedeckten Anleihen bei institutionellen Investorengruppen – im Rahmen von Privatplatzierungen wie auch am öffentlichen Kapitalmarkt. Weiteres Funding-Potenzial bietet der Ausbau der forderungs-basierten Transaktionen, denen wir vor allem bei der Refinanzierung des US-Dollar-Aktivgeschäfts eine zunehmende Bedeutung beimessen. Gleichzeitig wollen wir den Anteil der US-Dollar-Refinanzierung über Derivate weiter reduzieren. Eine wichtige Stütze bleibt zudem das Einlagengeschäft, das insbesondere mit den Unternehmenskunden der Bank weiter gestärkt werden soll.

Im Januar 2013 haben sich die Ratingagenturen Moody's und Fitch zu den Lang- und Kurzfrustratings der Bank geäußert. Während Fitch das Langfrustrating der Bank auf A- mit stabilem Ausblick bestätigt hat, hat Moody's angekündigt, nach Abschluss der angestrebten Maßnahmen zur Kapitalstärkung durch die Anteilseigner das zunächst bestätigte Rating von Baa2 nochmals zu überprüfen. Moody's geht davon aus, dass das Langfrustrating der Bank auch nach der erneuten Prüfung weiterhin im Investmentgrade-Bereich verbleibt. Gleichwohl bestätigen die Einschätzungen der Ratingagenturen die Herausforderung einer diversifizierten Strategie für das langfristige Kapitalmarktfunding sowie die hohe Bedeutung der Unterstützung durch die Länder und der Umsetzung wirksamer Maßnahmen zur Sicherung angemessener Kapitalquoten.

Jahresergebnis
Angesichts der beschriebenen Belastungen aus den Altportfolien der Restructuring Unit sowie der erhöhten Garantiekosten (Grund- und Zusatzprämie) infolge der

geplanten Wiederaufstockung des Garantierahmens, erwarten wir nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB für 2013 und 2014 im Einzelinstitut jeweils einen Verlust ausweisen zu müssen. Die Ergebnisse der Jahre 2015, 2016 sowie teilweise 2017 werden nach unserer aktuellen Einschätzung benötigt, um das durch aufgelaufene Verlustbeteiligungen herabgesetzte Hybridkapital wieder aufzufüllen. Vor diesem Hintergrund werden Kuponzahlungen auf Stille Einlagen und Genussrechtskapital voraussichtlich wieder für das Geschäftsjahr 2017 geleistet.

Der fortschreitende Umbau der Bank und die zunehmenden Erfolge im Kundengeschäft der Kernbank bestärken uns darin, den eingeschlagenen Weg mit unveränderter Konsequenz fortzusetzen. Auf dieser Grundlage sind wir zuversichtlich, trotz aller zuvor genannten Herausforderungen, diese aus einer gefestigten Position zu bewältigen, die Umstrukturierung erfolgreich weiter umzusetzen und die HSH Nordbank nachhaltig profitabel in den relevanten Märkten positionieren zu können.

Geschäftsfortführung

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern). Dabei wird insbesondere davon ausgegangen, dass die Wiederaufstockung des kapitalentlastenden Garantierahmens mit Unterstützung aus dem Eigentümerkreis

erfolgt, um die aufsichtsrechtlich geforderten Kapitalquoten für die Bank nachhaltig sicherzustellen.

Die getroffene Annahme der Unternehmensfortführung basiert darauf, dass die erfolgte Zustimmung der Landesregierungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Garantierhöhung durch die Parlamente der beiden Länder bestätigt wird und die Europäische Kommission der Garantierhöhung zunächst bis zum Zeitpunkt einer abschließenden Entscheidung zustimmt. Darüber hinaus ist der Garantievertrag so anzupassen, dass die darin enthaltene Kapitalschutzklausel auch nach Umstellung der Kapitalermittlung auf IFRS uneingeschränkt wirksam bleibt. Sofern die EU-Kommission die Wiederaufstockung der kapitalentlastenden Garantie oder die Änderung des Garantievertrags als neuen zu genehmigenden Beihilfetatbestand einstuft, ist es notwendig, dass eine abschließende EU-Genehmigung erteilt und nur mit solchen Auflagen verbunden wird, die im Rahmen einer betriebswirtschaftlich tragfähigen Unternehmensplanung umsetzbar sind. Weiterhin darf die aufsichtsrechtliche Wirksamkeit der durch die Garantierhöhung erreichten Stärkung der Kapitalquoten nicht gefährdet werden. Ferner ist erforderlich, dass die für die erfolgreiche Umsetzung des Geschäftsmodells der HSH Nordbank die benötigte Akzeptanz durch Marktteilnehmer und sonstige relevante Stakeholder auch im Falle potenzieller Auflagen erhalten bleibt.

RISIKOBERICHT

RISIKEN IM KONZERN DER HSH NORDBANK

Die HSH Nordbank steuert Ihre Risiken einheitlich nach dem Global Head-Prinzip. Sämtliche Steuerungsinstrumente einschließlich der Risikoberichterstattung an den Vorstand und den Risikoausschuss, einem Gremium des Aufsichtsrats, folgen diesem Grundsatz. In gleicher Weise stellt die Sicherstellung unserer Risikotragfähigkeit auf den Konzern ab. Da sich die Darstellung der für die HSH Nordbank relevanten Risiken nicht sinnvoll nach den einzelnen rechtlichen Einheiten trennen lässt, betrachten wir im Folgenden die Risiken des Konzerns, das heißt der HSH Nordbank AG sowie der für das Risikomanagement als relevant identifizierten Tochtergesellschaften.

RISIKOMANAGEMENTSYSTEM

GRUNDSÄTZE DES RISIKOMANAGEMENTS

Das aktive Risikomanagement ist eine wesentliche Komponente der Gesamtbanksteuerung der HSH Nordbank. Vor diesem Hintergrund hat die Bank ihre Risikokultur sowie die verwendeten Methoden und Verfahren des Risikomanagements konsequent weiterentwickelt.

Unter Risiko versteht die HSH Nordbank ungünstige zukünftige Entwicklungen, die sich nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage der Bank auswirken können. Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk werden Ausfallrisiken, Marktrisiken, operationelle Risiken, Liquiditätsrisiken, strategische Risiken und Reputationsrisiken unterschieden. Die einzelnen Elemente des Risikomanagements bilden in ihrer Gesamtheit ein System zur Identifizierung, Analyse, Bewertung, Steuerung, laufenden Überwachung und Berichterstattung von Risiken.

Die Zuständigkeiten im Risikomanagement sind in der Bank eindeutig geregelt. Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement der Bank einschließlich der anzuwendenden Methoden und Verfahren zur Risikomesung, -steuerung und -überwachung trägt der Gesamtvorstand.

Zur Identifizierung der im Sinne der MaRisk wesentlichen Risiken führt die HSH Nordbank eine jährliche Risikoinventur durch. Dabei werden unter Berücksichtigung der Risikotoleranz der Bank die bestehenden quantitativen und qualitativen Kriterien zur Bestimmung der Wesentlichkeit überprüft und gegebenenfalls neu festgelegt. Zu den wesentlichen Risikoarten, die quantifiziert werden können, zählen in der HSH Nordbank das Ausfallrisiko, das Marktrisiko, das Liquiditätsfristentransformationsrisiko als eine Ausprägung des Liquiditätsrisikos sowie das operationelle Risiko, das auch Rechts- und Compliance-Risiken beinhaltet. Diese Risikoarten werden entsprechend in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Neben dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko als zweite Ausprägung des Liquiditätsrisikos gehören zu den weiteren wesentlichen Risikoarten der Bank das strategische Risiko und das Reputationsrisiko, die über stringente prozessuale Regelungen gesteuert werden.

Unter Einbeziehung der wesentlichen Risikoarten stellt die Risikostrategie der HSH Nordbank die organisatorische und strategische Ausrichtung des Risikomanagements des Konzerns dar. Sie berücksichtigt die in der Geschäftsstrategie geplante Entwicklung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten unter risikostrategischen Gesichtspunkten und unter besonderer Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Liquidität. Sie wird konkretisiert durch einzelne Teilstrategien für Ausfallrisiken, Liquiditätsrisiken, Marktrisiken und operationelle Risiken. Die Risikostrategie wird mindestens jährlich überprüft, bei Bedarf angepasst und vom Vorstand beschlossen. Zudem wird sie mit dem Risikoausschuss, einem Gremium des Aufsichtsrats, erörtert. Die Risikostrategie wird ergänzt durch Kreditvergaberichtlinien („Kreditstandards“) und Investment Guidelines, die detaillierte Regelungen zu den einzelnen Geschäftsfeldern der Bank enthalten.

Die wesentlichen methodischen, prozessualen und aufbauorganisatorischen Regelungen für das Risikomanagement werden im Kredithandbuch der HSH Nordbank, in Prozessbeschreibungen zu den einzelnen Risikoarten sowie in verschiedenen Darstellungen zur Aufbauorganisation dokumentiert und bankweit veröffentlicht. Ein umfassender Risikobericht informiert sowohl den Vorstand als auch den Risikoausschuss viertel-

jährlich über die Risikosituation des Konzerns. Die Restructuring Unit ist als bankinterne Abbaueinheit in vollem Umfang in das Risikomanagement des Konzerns integriert. Für sie gelten grundsätzlich die gleichen Risikomethoden und Prozesse wie für die Kernbank.

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Die Organisation des Risikomanagements der HSH Nordbank orientiert sich an den Erfordernissen des Geschäftsmodells und trägt den regulatorischen Anforderungen Rechnung.

Der Gesamtvorstand beschließt im Rahmen seiner Gesamtverantwortung jährlich die Risikostrategie des Konzerns. Der Chief Risk Officer (CRO) ist als Mitglied des Vorstands verantwortlich für das Risikocontrolling einschließlich der Risikoüberwachung sowie für die Marktfolge in der Kernbank. In diesem Zusammenhang ist er zuständig für die Bereiche Group Risk Management, Kreditrisikomanagement, Loan and Collateral Management, Sanierung und Operations, in denen jeweils die Aufgaben der Marktfolge gebündelt sind, sowie für den Bereich Compliance.

Der Bereich Group Risk Management entwickelt die Methoden und Verfahren zur Messung, Steuerung und Überwachung der Risiken und verantwortet wesentliche Teile der operativen Portfoliosteuerung. Dabei wird sichergestellt, dass die wesentlichen Risiken des Konzerns transparent und steuerbar sind. Die eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die ermittelten Kennzahlen werden vom Group Risk Management regelmäßig auf Angemessenheit bzw. Plausibilität überprüft.

Das Kreditrisikomanagement verantwortet unter anderem die Erstellung der Risikoanalyse einschließlich des internen Ratings und der Kreditentscheidungsvorlagen für die Geschäfte der Kernbank sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäfts der gesamten Bank. Das Loan and Collateral Management ist zuständig insbesondere für die Abwicklung und Verwaltung des Kreditgeschäfts sowie für die Kreditsicherheiten. Die Verantwortung für die Sanierungsfälle der Kernbank liegt im Unternehmensbereich Sanierung.

Die Abwicklung und Kontrolle der Handelsgeschäfte erfolgt in den Bereichen Operations und Group Risk Management.

Die Restructuring Unit ist aufbau- und ablauforganisatorisch auf der Marktfolgeseite eingerichtet und für die Positionen der nicht-strategischen Geschäftsbereiche und für spezielle Risikopositionen zuständig. Hierzu zählt auch die zentrale Verantwortung für den risikoorientierten und wertschonenden Abbau des Credit Investment Portfolios. Die Restructuring Unit trifft alle erforderlichen Entscheidungen für die ihr übertragenen Engagements selbstständig. Diese Zuständigkeit umfasst auch Sanierungs- und Abwicklungsfälle. Zudem verantwortet die Restructuring Unit die Bearbeitung und Beschlussfassung bezüglich der Abwicklungsendagements der Kernbank.

Das Risikoreporting für die Restructuring Unit wird generell durch Steuerungs- und Reportingsysteme im Bereich Group Risk Management sichergestellt. Zusätzlich zum regulären Risikoreporting erfolgt für die Restructuring Unit ein erweitertes Abbau- und Management-Reporting auf Portfolioebene.

Der CRO und der für die Restructuring Unit zuständige Vorstand entscheiden unabhängig von den für die Marktbereiche und den Handel zuständigen Vorstandsmitgliedern. Auf diese Weise wird der aufsichtsrechtlich geforderten Funktionstrennung zwischen den Markt- und Handelsbereichen einerseits und dem Risikocontrolling, der Abwicklung und Kontrolle sowie der Marktfolge andererseits auf allen Ebenen aufbauorganisatorisch Rechnung getragen. Der CRO informiert regelmäßig den Gesamtvorstand sowie den Risikoausschuss über die Risikolage des Konzerns.

Die Geschäfts- und Handelsbereiche nehmen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit unmittelbare Risiko- und Ergebnisverantwortung wahr und tragen damit aktiv zur Risikosteuerung in der Kernbank bei.

Der Unternehmensbereich Group Finance and Financial Controlling verantwortet die Ausgestaltung der Gesamtbanksteuerung einschließlich des Gesamtbankplanungsprozesses.

Der Bereich Compliance überwacht die Einhaltung der an die Bank gestellten Anforderungen in den Themen Wertpapier-Compliance, Geldwäscheprävention, Finanzsanktionen und Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen gemäß § 25c KWG. Das Compliance berichtet über die Ergebnisse seiner Kontroll- und Überwachungstätigkeiten jährlich an den Vorstand und an den Prüfungsausschuss als zuständiges Gremium des Aufsichtsrats.

Der Bereich Recht überwacht und steuert als unabhängige Einheit die Rechtsrisiken der Bank und ist Ansprechpartner in allen Rechtsfragen. Er informiert den Vorstand regelmäßig über wesentliche Rechtsrisiken und -streitigkeiten.

Die Interne Revision prüft risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Dabei bezieht sie Kernbank, Restructuring Unit, Auslagerungen und Beteiligungen mit ein. Unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und unter Vermeidung von Interessenkonflikten ist sie bei wesentlichen Projekten begleitend tätig.

Mit Hilfe eines Global-Head-Prinzips wird eine konzernweit einheitliche Geschäftsfeldsteuerung erreicht. Auf dieser Grundlage sind die Leiter der einzelnen Unternehmensbereiche als jeweilige Global Heads weltweit für die Strategie der ihnen zugeordneten Geschäftsfelder bzw. Stabs- und Serviceleistungen verantwortlich. Bei der Umsetzung in den ausländischen Niederlassungen werden die Global Heads vom Leiter der jeweiligen Niederlassung unterstützt. Das Global-Head-Prinzip gilt gleichermaßen für das Risikocontrolling, so dass ein konzernweit aufeinander abgestimmtes Risikocontrolling gewährleistet ist.

Die Bank hat Regelungen festgelegt, nach denen vor Geschäften mit neuen Produkten oder in neuen Märkten formalisierte Prüfprozesse durchlaufen werden. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die risikogerechte Abbildung der Produkte in den relevanten Systemen und ihre Berücksichtigung in den relevanten Prozessen gewährleistet ist und Geschäfte in neuen Produkten oder

auf neuen Märkten nur mit Zustimmung des Vorstands abgeschlossen werden.

Im Rahmen unseres konzernweiten Risikomanagements berücksichtigen wir bei der Steuerung und dem Controlling der einzelnen Risikoarten die jeweils wesentlichen Tochtergesellschaften.

PORTFOLIOSTEUERUNG DURCH ZENTRALE KOMITEE-STRUKTUR

Aufgabe des „Asset Liability Committee“ (ALCO) ist unter anderem die Steuerung der Risikotragfähigkeit, die Begrenzung von Risikokonzentrationen sowie die Steuerung des Verbrauchs der begrenzten Ressourcen Liquidität/Funding, Bilanzkapazität, RWA und ökonomisches Eigenkapital. Das ALCO setzt sich zusammen aus dem Gesamtvorstand sowie den Leitern der Bereiche Strategic Treasury (Geschäftsführung), Group Risk Management, Group Finance and Financial Controlling und Capital Markets. Basis der Entscheidungen sind unter anderem die derzeitige und erwartete Geschäftsentwicklung der Bank, die aktuelle Auslastung der relevanten Steuerungs-limite sowie die Liquiditätsablaufbilanz, die im Einklang mit der Geschäftsplanung der Bank aufgestellt und regelmäßig aktualisiert wird. Die Bank ist somit in der Lage, flexibel auf die Entwicklungen an den Märkten zu reagieren und eine bedarfsgerechte Ressourcenallokation zu gewährleisten.

Eine wesentliche Basis der zentralen Kreditportfoliosteuerung der HSH Nordbank bilden die durch das Group Risk Management regelmäßig durchgeführten Geschäftsfeldanalysen. Auf Basis eingehender Untersuchungen zurückliegender Entwicklungen und zukunftsgerichteter Markt- und Portfolioeinschätzungen werden hierbei detaillierte Erwartungen zu der möglichen Entwicklung einzelner Assetklassen bzw. Teilportfolien entwickelt. Dabei kommt den Risikokonzentrationen ein besonderer Stellenwert zu. Die aus den Analyseergebnissen abgeleiteten Handlungsempfehlungen, deren Umsetzung das Erreichen der Unternehmensziele unterstützt, werden dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt. Die Umsetzung von Entscheidungen wird durch ein regelmäßiges Controlling unterstützt.

Ein weiterer Baustein der Portfoliosteuerung stellt das zentrale Frühwarnsystem zur rechtzeitigen Identifizie-

zung von für die Bank nachteiligen Entwicklungen dar. Dieses Frühwarnsystem wurde im Berichtszeitraum prozessual und inhaltlich weiterentwickelt. So konnte zum Beispiel durch die Implementierung zusätzlicher Frühwarnsignale die Steuerung des relevanten Kreditportfolios weiter verbessert werden.

Das sogenannte „Business-Review-Meeting“ kontrolliert unter Leitung des Vorstands und unter Einbindung des Managements seit 2012 quartalsweise die Zielerreichung der Geschäftsbereiche im Hinblick auf Neugeschäft, Erträge, Risiken, Kosten, Kapital und Liquidität sowie die Einhaltung der EU-Anforderungen. Die Analyse dient der frühzeitigen Identifikation etwaiger Planabweichungen sowie der möglichen Einleitung von Maßnahmen, zum Beispiel die strategische Reallokation von Ressourcen.

Die operative Steuerung der Ressourcenverbräuche des Kreditgeschäfts auf Ebene wesentlicher Einzelgeschäfte erfolgt durch das „Transaction Committee“, das selbstständig über die Allokation dieser Ressourcen entscheidet. Hierbei steht auch die kontinuierliche Erhöhung der Portfolioqualität durch eine aktive Neugeschäftssteuerung im Fokus. Stimmberechtigte Mitglieder dieses Gremiums sind neben den Leitern des Group Risk Managements (Vorsitz) und des Strategic Treasury die Leiter der Marktbereiche und der Managementebene der Restructuring Unit. Beschlüsse können nur einstimmig gefasst werden. In Einzelfällen – zum Beispiel in Abhängigkeit des Ressourceneinsatzes oder der Auslastung von Steuerungslimiten – werden Geschäfte mit einem entsprechenden Votum an das ALCO zur Entscheidung weitergereicht.

INTERNES KONTROLLSYSTEM

Bankweites internes Kontrollsystem

Der Vorstand der HSH Nordbank trägt die Gesamtverantwortung für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation des HSH Nordbank Konzerns einschließlich eines angemessenen und wirksamen internen Kontrollsystems (IKS).

Das IKS der HSH Nordbank basiert auf einer bankweiten Haupt- und Teilprozessstruktur (Prozesslandkarte), die auch die in- und ausländischen Niederlassungen ein-

schließt. Für alle Hauptprozesse ist ein Prozessverantwortlicher benannt. Zudem ist ein sogenannter IKS-Regelkreis implementiert, der regelmäßig durchlaufen wird und die folgenden Stufen umfasst:

- ▶ Priorisierung der zu bearbeitenden Prozesse (jährlich)
- ▶ Aktualisierung der Prozess-, Risiko- und Kontrolldokumentation
- ▶ Beurteilung der Angemessenheit der Kontrollen
- ▶ Beurteilung der Wirksamkeit der Kontrollen (Testing)
- ▶ Festlegung von Maßnahmen bei festgestellten Mängeln in den Kontrollen
- ▶ abschließende Beurteilung nach Umsetzung der Maßnahme (Re-Testing).

Oberstes Ziel dieser IKS-Betrachtung ist die strukturierte und systematische Auseinandersetzung mit potenziellen oder bereits bekannten Schwachstellen in Prozessen sowie die Definition und Entscheidung von Maßnahmen zu deren Behebung. Der IKS-Regelkreis stellt die kontinuierliche Weiterentwicklung des IKS hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit und Funktionsfähigkeit sicher. Die zentrale Verantwortung für die Steuerung und Überwachung des IKS liegt bei der IKS-Stelle im Unternehmensbereich Organisation.

Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung im Rahmen des IKS-Regelkreises sind Verantwortlichkeiten und Rollen etabliert. Dies sind insbesondere die Prozessverantwortlichen, die Linienverantwortlichen und die IKS-Stelle. Die Prozessverantwortlichen geben den am Prozess beteiligten Linienverantwortlichen die übergreifenden Prozessziele und Kontrollen auf Basis der getroffenen Risikobeurteilung vor und überwachen deren Einhaltung. Die Linienverantwortlichen gestalten den Prozessabschnitt in ihrer Organisationseinheit entsprechend den Vorgaben und Vereinbarungen und führen im Rahmen eines Self-Assessments den Nachweis über Angemessenheit und Wirksamkeit des IKS im jeweiligen Prozessabschnitt. Die IKS-Stelle verantwortet gemeinsam mit den Prozessberatern für die einzelnen Fachbereiche die Durchführung der mit dem Regelkreis verbundenen Schritte auf Basis eines Meilensteinplans. Sie führt eine prozessunabhängige Qualitätssicherung, insbesondere des Testings, durch und gibt die IKS-Methodik zentral vor. Zudem stellt die IKS-Stelle die

ordnungsgemäße Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat sicher.

Um eine nachhaltige Funktionsfähigkeit des Systems sicherzustellen, erfolgt eine enge Begleitung durch eine kontinuierliche bankweite Kommunikation und Governance. Die IKS-Expertise in den Fachbereichen wird durch Schulungsmaßnahmen aufgebaut, so dass die Instrumente für Prozessmanagement und IKS in den einzelnen Bereichen der Bank eigenständig angewendet werden können.

Die Hauptprozesse der Bank werden jährlich für das Durchlaufen des Regelkreises priorisiert. Insgesamt befanden sich Ende 2012 ca. 85% der Hauptprozesse im IKS-Regelkreis. Für den Großteil dieser priorisierten Hauptprozesse wurden die für das Berichtsjahr geplanten Meilensteine gemäß dem IKS-Regelkreis erreicht. Damit wurde der erste Regelkreisdurchlauf nach Neugestaltung des IKS in den Jahren 2009/2010 beendet. Aufgrund von Umstrukturierungsmaßnahmen bzw. der Nichtanwendung von Prozessen wurde der Regelkreis im Berichtsjahr für ca. 8% der relevanten Kontrollen unterbrochen. Eine Wiederaufnahme dieser Prozesse in den Regelkreis ist für das Jahr 2013 vorgesehen. Im Berichtsjahr wurde die Steuerung des IKS für die Auslagerungen von wesentlichen Tätigkeiten auf externe Dienstleister weiterentwickelt. Insgesamt konnten weitere Fortschritte bei der Minderung operationeller Risiken erzielt werden. Für 2013 plant die Bank, bisher noch nicht berücksichtigte Hauptprozesse in das IKS-Verfahren zu integrieren.

Darüber hinaus erfolgte im Jahr 2012 eine Einstufung der Tochterunternehmen der HSH Nordbank hinsichtlich der Wesentlichkeit ihrer jeweiligen Prozesse für das IKS der Bank. Im Ergebnis wurde der überwiegende Teil der Tochterunternehmen als unwesentlich klassifiziert. Der Fokus für 2013 liegt auf der fortgesetzten Integration der relevanten Prozesse von Tochterunternehmen der höchsten Wesentlichkeitsklasse in das IKS-Regelkreis-Schema der Bank.

Internes Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Verantwortung für den Prozess zur Erstellung des Konzern- und Jahresabschlusses der HSH Nordbank und die Ordnungsmäßigkeit der Konzernrechnungslegung

liegt im Unternehmensbereich Group Finance and Financial Controlling. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem soll sicherstellen, dass die anzuwendenden Vorschriften und die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten werden. Hierdurch soll ein Qualitätsstandard gesichert werden, der eine zuverlässige und korrekte Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gewährleistet. Darüber hinaus trägt das IKS durch einheitliche Vorgaben wesentlich zur Wirtschaftlichkeit des Rechnungslegungsprozesses bei. Wesentliche Grundlage des IKS ist die schriftlich fixierte Ordnung, die sämtliche internen Anweisungen und Regelungen umfasst.

Der Rechnungslegungsprozess wird regelmäßig von den zuständigen Prozessverantwortlichen überprüft und auf die aktuellen Rahmenbedingungen und Erfordernisse angepasst. Im Vordergrund stehen die Identifizierung wesentlicher Risiken und die Umsetzung von Maßnahmen, um diesen entgegenzuwirken. Zusätzlich erfolgt eine prozessunabhängige Prüfung durch die interne Revision. Im Berichtsjahr wurde die Dokumentation der Prozesse erweitert, zum Beispiel hinsichtlich der Bilanzierung des Handelsergebnisses und der Abstimmung von Intercompany-Salden. Darüber hinaus wurden weitere Maßnahmen zur Risikoreduktion umgesetzt, beispielsweise wurden manuelle Kontrollen durch automatisierte, technische Abläufe ersetzt.

Durch die Nutzung unterschiedlicher IT-Systeme innerhalb des Prozesses kommt den Datenströmen und Systemfunktionalitäten eine besondere Rolle zu. Die manuellen Arbeitsschritte werden grundsätzlich durch ein Vier-Augen-Prinzip abgesichert.

Die Aufbauorganisation des Bereichs Group Finance and Financial Controlling unterstützt das interne Kontrollsystem. So unterliegen die organisatorisch getrennten Funktionen zur Bilanzierung der Kreditgeschäfte und der Kapitalmarktgeschäfte in Deutschland sowie der Geschäfte in Tochterunternehmen und ausländischen Stützpunkten einer übergreifenden Qualitätssicherung durch eine weitere Organisationseinheit, die auch für die Zusammenführung und Erstellung der Jahres- und Konzernabschlüsse zuständig ist. Zusätzlich überwacht eine Einheit zentral rechnungslegungsrelevante Rechtsände-

rungen, um eine einheitliche Anwendung der Normen sicherzustellen.

AUFSICHTSRECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Die Bank ermittelt die Höhe der erforderlichen Eigenkapitalunterlegung für Ausfall-, Markt- und operationelle Risiken auf Basis der Solvabilitätsverordnung. Hierbei wird für Ausfallrisiken der sogenannte IRB Advanced Approach verwendet, für den die Aufsicht der Bank die entsprechende Zulassung erteilt hat. Damit berücksichtigt die Bank für die regulatorische Meldung und das interne Ausfallrisikomanagement konsistente Parameter. Die Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen ermitteln wir nach den vorgegebenen bzw. wählbaren Standardverfahren. Operationelle Risiken berücksichtigen wir gemäß dem Standardansatz. Alle in diesem Zusammenhang geltenden Grenzen wurden im Berichtsjahr jederzeit eingehalten. Aufsichtsrechtliche Kennzahlen enthält das Kapitel „Vermögens- und Finanzlage“. Die zukünftigen Anforderungen, die sich aus dem Basel III-Regelwerk ergeben, insbesondere in Form der Capital Requirements Directive (CRD) IV und der Capital Requirements Regulation (CRR), werden im Rahmen von Projekten umgesetzt. So wurde im Berichtsjahr zum Beispiel die Implementierung neuer Liquiditätskennzahlen vorangetrieben.

Im Dezember 2012 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eine neue Fassung der MaRisk veröffentlicht, die schwerpunktmäßig vor dem Hintergrund verschiedener internationaler Regulierungsvorhaben überarbeitet worden sind. Hervorzuheben sind insbesondere die Regelung zum Kapitalplanungsprozess, die Stärkung der Risikocontrolling- und der Compliance-Funktion sowie die Anforderungen an ein Liquiditätstransferpreissystem. Die neuen MaRisk sind zum 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Die darin enthaltenen neuen Anforderungen, die nicht nur der Klarstellung bereits bestehender Regelungen dienen, sind von den Instituten bis Ende 2013 umzusetzen. Die Bank hat Maßnahmen ergriffen, um die fristgerechte Umsetzung der MaRisk sicherzustellen.

Entsprechend den Anforderungen des § 26a KWG bzw. der Solvabilitätsverordnung veröffentlichen wir in einem separaten Offenlegungsbericht wesentliche qualitative und quantitative Informationen über Eigenkapital, ein-

gegangene Risiken, Risikomessverfahren und Risikomanagement. Als Institut, das den IRB Advanced Approach anwendet, gelten hier für die HSH Nordbank besondere Anforderungen. Inhaltlich geht das Dokument über die Offenlegung auf Basis der angewandten Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen dieses Geschäftsberichts hinaus, indem es einen umfassenden Einblick in die regulatorischen Rahmenbedingungen und die aktuelle Risikosituation der Bank auf Basis aufsichtsrechtlicher Zahlen gibt. Die Berichte können auf unserer Internetseite www.hsh-nordbank.de unter „Investor Relations“ eingesehen werden. Mit der Veröffentlichung setzt die HSH Nordbank die Anforderungen der dritten Baseler Säule (Marktdisziplin) um.

Zur Analyse, Überwachung und zum Reporting von Risiken verfügt die HSH Nordbank über ein zentrales Datenhaltungssystem, das die Anforderungen der Solvabilitätsverordnung berücksichtigt. Das umfasst insbesondere die Bereitstellung von Daten und Informationen für die aufsichtsrechtliche Meldung und die Offenlegung nach Basel II.

RISIKOTRAGFÄHIGKEIT

Um ihre Risikotragfähigkeit zu überwachen und nachhaltig zu sichern, hat die HSH Nordbank einen Kapitaladäquanzprozess (ICAAP) gemäß MaRisk in ihr Risikomanagement integriert. Die Steuerung der Risikotragfähigkeit erfolgt im Zusammenhang mit der Eigenkapital- und Deckungsbeitragssteuerung.

Der ökonomische Eigenkapitalbedarf zur Absicherung der erwarteten und unerwarteten Verluste (Gesamtrisiko) wird regelmäßig dem verfügbaren ökonomischen Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Diese Gegenüberstellung erfolgt innerhalb eines integrierten Limitsystems, das Basis für die konzernweite ökonomische Limitierung der für die Bank wesentlichen Risikoarten ist. Die umfassende Analyse der Risikotragfähigkeit erfolgt in der HSH Nordbank vierteljährlich sowie im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses.

Grundlage unserer Risikotragfähigkeitsrechnung ist ein Liquidationsansatz, der den Schutz der Fremdkapitalgeber in den Fokus stellt (sogenannte Gone Concern-Sicht). Das Risikodeckungspotenzial berücksichtigt neben dem für ökonomische Zwecke modifizierten Eigenkapital

unter anderem stille Reserven und stille Lasten aus Wertpapieren, Derivaten, Beteiligungen und dem Kreditgeschäft sowie Effekte aus der von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein bereitgestellten Zweitverlustgarantie. Durch die Zweitverlustgarantie reduziert sich das Risikodeckungspotenzial um den Selbstbehalt der HSH Nordbank in Höhe von 3,2 Mrd. Euro.

Das Risikodeckungspotenzial lag per 31. Dezember 2012 bei 10,1 Mrd. Euro (31. Dezember 2011: 9,2 Mrd. Euro). Im ersten Quartal 2012 erfolgte planmäßig eine Kapitalerhöhung um 500 Mio. Euro durch die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, die zu einem entsprechenden Anstieg des Risikodeckungspotenzials führte. Durch diese Maßnahme wurde die 2011 an die Länder geleistete Einmalzahlung gemäß den EU-Auflagen in gleicher Höhe wieder in die Bank eingebracht. Deckungspotenzialmindernd wirkte der im Februar 2012 erfolgreich durchgeführte Rückkauf zweier Nachranganleihen der HSH Nordbank.

Im Rahmen der jährlichen Erstellung der Risikostrategie wird die Risikotoleranz der HSH Nordbank festgelegt. Hierzu gehört unter anderem die Höhe des Puffers zwischen dem Risikodeckungspotenzial und dem maximal akzeptierten Gesamtrisiko (Globallimit). Der Puffer dient zur Abdeckung eines möglichen erhöhten Kapitalbedarfs im Fall von für die Bank ungünstigen Entwicklungen sowie nicht quantifizierter Risiken. Das Globallimit wird im Rahmen der Risikostrategie auf Limite für die einzelnen Risikoarten heruntergebrochen.

Das Gesamtrisiko berücksichtigt das Ausfallrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko sowie das Liquiditätsfristentransformationsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos. Der ökonomische Eigenkapitalbedarf für unerwartete Verluste wird für Ausfall-, Liquiditäts- und Marktrisiken monatlich methodisch konsistent mit einem Konfidenzniveau von 99,9% und einem Risikohorizont von einem Jahr ermittelt. Die Berechnung der operationellen Risiken erfolgt nach dem Standardansatz der Solvabilitätsverordnung. Die ökonomischen Eigenkapitalbedarfe der einzelnen Risikoarten werden zum ökonomischen Gesamtrisiko aggregiert. Hierbei werden keine risikomindernden Korrelationen angesetzt.

Bei Verlusten aus Ausfallrisiken unterscheiden wir zwischen dem erwarteten und dem unerwarteten Verlust. Der erwartete Verlust entspricht dem Ausfall bzw. dem Wertverlust durch Bonitätsveränderung, der bei gegebener Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD), Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD) und Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default, EaD) für einen Kreditnehmer innerhalb eines Jahres erwartet wird. Der EaD berücksichtigt neben dem ausstehenden Kreditbetrag auch die erwartete Inanspruchnahme für Eventualverbindlichkeiten und Zusagen. Der maximale Betrag, um den ein tatsächlicher Verlust den erwarteten Verlust mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (99,9%) innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (1 Jahr) übersteigen kann, wird als unerwarteter Verlust bezeichnet. Zur Ermittlung des unerwarteten Verlustes verwendet die HSH Nordbank einen modifizierten IRBA-Ansatz, dem zum Beispiel eine Durchschau auf die Einzelpositionen der als ökonomisch wesentlich eingestuften Tochtergesellschaften zugrunde liegt und der auf das Grandfathering bei Beteiligungen verzichtet. Relevante Risikoparameter sind hierbei ebenfalls PD, LGD und EaD. Ausgehend von der Berechnung der Eigenkapitalunterlegung gemäß der Solvabilitätsverordnung erfolgt die Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs für die interne Steuerung unter Berücksichtigung ökonomisch begründeter Anpassungen, zum Beispiel bei als ausgefallen eingestuften Engagements. Seit dem 31. März 2012 werden bei der Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs für Ausfallrisiken institutsspezifische Asset-korrelationen berücksichtigt. Davor wurden die Korrelationen der Solvabilitätsverordnung für den IRB Advanced Approach verwendet, die den individuellen Portfolien eines Instituts weniger gerecht werden. Zudem wurde Ende 2012 erstmalig ökonomischer Eigenkapitalbedarf für sogenannte Credit Valuation Adjustments (CVA) veranschlagt, um auch Risiken kreditinduzierter Bewertungsanpassungen von OTC-Derivaten zu berücksichtigen; der Kapitalbedarf erhöhte sich hierdurch ceteris paribus um 0,4 Mrd. Euro. Der ökonomische Eigenkapitalbedarf für Ausfallrisiken betrug zum Berichtsstichtag 2,6 Mrd. Euro (31. Dezember 2011: 2,1 Mrd. Euro).

Dem Risikotragfähigkeitskonzept folgend wird das täglich ermittelte Marktrisiko (Value-at-Risk) auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99,0% und einer Haltedauer

von einem Tag zu einem ökonomischen Eigenkapitalbedarf für Marktrisikopositionen zur Steuerung der Risikotragfähigkeit mit einem Konfidenzniveau von 99,9% und einem Risikohorizont von einem Jahr hochskaliert. Die Kapitalbedarfe für die einem Marktrisiko unterliegenden Positionen des Kernbankportfolios und der Restructuring Unit werden mit einem einheitlichen Liquidierungshorizont von 250 Handelstagen ermittelt. Dabei werden die Diversifikationseffekte zwischen Kernbank und Restructuring Unit berücksichtigt. Insgesamt sank der ökonomische Eigenkapitalbedarf für Marktrisiken gegenüber dem 31. Dezember 2011 um 0,2 Mrd. Euro auf 0,9 Mrd. Euro per 31. Dezember 2012.

Zur Quantifizierung des Liquiditätsfristentransformationsrisikos verwendet die HSH Nordbank einen Value-at-Risk-Ansatz. Dieses langfristige/strukturelle Liquiditätsrisiko ist Ausdruck für die Gefahr einer Erhöhung der Refinanzierungskosten aus dem Liquiditätsbedarf der Bank. Der Liquidity-Value-at-Risk (LVaR) als Maß für dieses Risiko ist gegenüber dem Wert zum Jahresultimo 2011 um 0,2 Mrd. Euro auf 0,3 Mrd. Euro gesunken. Ursache hierfür ist unter anderem eine methodische Verbesserung der LVaR-Ermittlung im September 2012, die ceteris paribus zu einem Rückgang des LVaR um knapp 0,1 Mrd. Euro führte. Im Zuge dieser Weiterentwicklung wurden unter anderem der Kreis der möglichen Refinanzierungsquellen erweitert (z. B. um Kundeneinlagen, assetbasierte Transaktionen) und verbesserte Marktdaten herangezogen. Das Zahlungsunfähigkeitsri-

siko, das gegenüber dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko grundsätzlich die bedeutendere Ausprägung des Liquiditätsrisikos darstellt, wird hingegen mit einem Puffer an liquiden Mitteln unterlegt. Angaben unter anderem zum Management des Zahlungsunfähigkeitsrisikos enthält der Abschnitt „Liquiditätsrisiko“.

Die operationellen Risiken werden gemäß dem Standardansatz der Solvabilitätsverordnung ermittelt. Der entsprechende ökonomische Eigenkapitalbedarf betrug zum 31. Dezember 2012 0,3 Mrd. Euro (31. Dezember 2011: 0,3 Mrd. Euro).

Das ökonomische Gesamtrisiko ist aufgrund der zuvor genannten Effekte gegenüber dem Jahresende 2011 um 0,2 Mrd. Euro gestiegen und betrug zum Berichtsstichtag 4,2 Mrd. Euro (31. Dezember 2011: 4,0 Mrd. Euro). Die Auslastung des Risikodeckungspotenzials lag zum Berichtsstichtag bei insgesamt 42%. Die Risikotragfähigkeit war damit sichergestellt.

Die folgende Tabelle zeigt das ökonomische Risikodeckungspotenzial des Konzerns, den ökonomischen Eigenkapitalbedarf für die einzelnen Risikoarten, den verbleibenden Risikodeckungspotenzial-Puffer sowie die Auslastung des Risikodeckungspotenzials. Bei der Bildung von Summen und bei der Ermittlung von Prozentangaben kann es durch Rundungen zu geringfügigen Abweichungen kommen.

Risikotragfähigkeit des Konzerns

Mrd. €	31.12.2012	31.12.2011
Ökonomisches Risikodeckungspotenzial¹⁾	10,1	9,2
Ökonomischer Eigenkapitalbedarf	4,2	4,0
davon: für Ausfallrisiken ²⁾	2,6	2,1
davon: für Marktrisiken	0,9	1,1
davon: für Liquiditätsrisiken	0,3	0,5
davon: für operationelle Risiken	0,3	0,3
Risikodeckungspotenzial-Puffer	5,9	5,2
Auslastung des Risikodeckungspotenzials (in %)	42	43

¹⁾ nach Abzug des Selbstbehalts aus der Zweitverlustgarantie der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Höhe von 3,2 Mrd. Euro

²⁾ unter Berücksichtigung der Zweitverlustgarantie.

Um über den Normal Case hinaus die Auswirkungen potenzieller Krisen auf die Gesamtrisikolage der HSH Nordbank besser einschätzen zu können, führen wir regelmäßig einen makroökonomischen, risikoartenübergreifenden Stresstest durch. Für die Risikotragfähigkeitsrechnung wird zum einen ein verringertes Risikodeckungspotenzial unterstellt, das insbesondere aus der Annahme eines höheren erwarteten Verlustes resultiert. Zum anderen wird der Anstieg des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs simuliert, der sich aus speziellen Szenarien für Ausfall-, Markt- und Liquiditätsrisiken ergeben würde, die eine massive Verschlechterung der Risikoparameter gegenüber der jeweils aktuellen Situation unterstellen. Zum Berichtsstichtag stand dem ökonomischen Kapitalbedarf auch in diesem Stressszenario ausreichend Risikodeckungspotenzial gegenüber.

AUSFALLRISIKO

Die HSH Nordbank differenziert das Ausfallrisiko nach Kredit-, Länder-, Beteiligungs- und Erfüllungsrisiko. Bestandteile des Kreditrisikos sind neben dem klassischen Kreditrisiko das Kontrahentenrisiko und das Emittentenrisiko. Das Erfüllungsrisiko setzt sich aus dem Abwicklungs- und dem Vorleistungsrisiko zusammen. Das Abwicklungsrisiko besteht in einem möglichen Wertverlust, wenn aus einem bereits fälligen Geschäft Liefer- oder Abnahmeansprüche bestehen, die beidseitig

noch nicht erfüllt wurden. Ein Vorleistungsrisiko liegt vor, wenn die Bank ihre Verpflichtung bereits vertragsgemäß erfüllt hat, die Gegenleistung durch den Vertragspartner jedoch noch aussteht. Alle genannten Bestandteile des Ausfallrisikos werden im Rahmen der Eigenkapitalsteuerung berücksichtigt. Für Risikokonzentrationen und Beteiligungsrisiken gibt es zusätzliche Steuerungsmaßnahmen.

Die Organisation und die Methoden des Managements von Ausfallrisiken werden laufend weiterentwickelt, um dem sich verändernden Marktumfeld und neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung zu tragen.

ORGANISATION DES AUSFALLRISIKOMANAGEMENTS

Die Aufbauorganisation der HSH Nordbank gewährleistet für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge bzw. dem Risikocontrolling. Diese Trennung schließt die Vorstandsebene ein.

Der Unternehmensbereich Kreditrisikomanagement verantwortet für das Kreditgeschäft der Kernbank die Analyse einschließlich der Erstellung und Festsetzung des Ratings sowie die Erstellung der Kreditentscheidungsvorlagen. Ausgenommen hiervon ist die Risikoanalyse für das stark strukturierte Geschäft, die unter enger Einbindung der Marktfolge im vom jeweiligen Marktbe-

reich durchgeführt wird. Zudem verantwortet das Kreditrisikomanagement die Gestaltung der Regelwerke des Kreditgeschäfts einschließlich der entsprechenden Prozesse. Der Bereich Loan and Collateral Management ist insbesondere für die Abwicklung des Kreditneugeschäfts, die Verwaltung des Bestandsgeschäfts sowie die Bewertung und Überwachung der Sicherheiten zuständig.

Die Kreditentscheidungen in der Kernbank werden vom jeweiligen Marktbereich und der Marktfolge gemeinschaftlich getroffen. Eine Entscheidung ohne Zustimmung der Marktfolge ist nicht möglich. Der Unternehmensbereich Sanierung trifft als ein Marktfolgebereich der Kernbank seine Entscheidungen auf der Grundlage des Vier-Augen-Prinzips selbstständig. Die Kompetenzstufen orientieren sich grundsätzlich am Nominalvolumen und an der internen Ratingklasse.

Für Kreditgeschäfte in bestimmten Geschäftsarten und unterhalb bestimmter Größenordnungen, die als nicht risikorelevant eingestuft werden, macht die HSH Nordbank im Sinne der MaRisk-Öffnungsklausel von der Möglichkeit Gebrauch, von der Einbindung der Marktfolge abzusehen.

Der Bereich Group Risk Management ist sowohl hinsichtlich der Kernbank als auch der Restructuring Unit verantwortlich für die unabhängige Analyse und Überwachung der Risiken auf Portfolioebene, das unabhängige Berichtswesen sowie die Steuerung der Länderrisiken. Die Einheit Portfoliomanagement stellt dabei die Portfoliotransparenz sicher und ist zuständig für die unabhängige Geschäftsfeldanalyse (einschließlich Szenario-Simulationen) sowie den Betrieb eines Frühwarnsystems zur rechtzeitigen Identifikation von Kreditengagements, bei denen sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen.

In der Restructuring Unit, die aufbau- und ablauforganisatorisch auf der Marktfolgeseite eingerichtet ist, ist die Expertise für den Abbau von Portfolien gebündelt. Die Restructuring Unit trifft alle erforderlichen Entscheidungen für die ihr übertragenen Engagements selbstständig. Diese Zuständigkeit umfasst auch Sanierungs- und Abwicklungsfälle. Zudem verantwortet die Restructuring Unit die Bearbeitung und Beschlussfassung von Abwicklungseingagements der Kernbank.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die im Kredithandbuch der HSH Nordbank enthaltenen Grundsätze und Regelungen, insbesondere zu Kreditkompetenzen, zur Rating-Ermittlung, zur Behandlung von Sicherheiten und zur Engagement-Überwachung. Danach werden Kreditrisiken, die nach dem erweiterten Kreditbegriff des § 19 Abs.1 KWG erfasst werden, in Abhängigkeit von Besicherung, Kreditart, Ratingklasse sowie Ausprägung des Kreditrisikos differenziert betrachtet und behandelt. Zugrunde gelegt wird das Gesamtengagement, das die HSH Nordbank Gruppe mit der Kreditnehmereinheit nach § 19 Abs. 2 KWG unterhält, wobei als relevanter Kreditnehmer stets der wirtschaftliche Risikoträger betrachtet wird.

Für die Unterscheidung von besicherten und unbesicherten Krediten hat die Bank die für sie werthaltigen Sicherheiten festgelegt. Dabei wird auf die Erfüllung der Anforderungen aus der Solvabilitätsverordnung (z. B. Vorhandensein eines Marktwertes, Verwertungsmöglichkeiten, fehlende Korrelation zum besicherten Kredit, rechtliche Durchsetzbarkeit, Laufzeitkongruenz) abgestellt. Der Kreis der anerkannten Sicherheiten kann nach Prüfung durch ein marktunabhängiges Team aus Spezialisten der Bereiche Kreditrisikomanagement, Group Risk Management sowie Recht erweitert werden.

Das einzelrisikobezogene Kreditrisikomanagement wird insbesondere ergänzt durch Regelungen zur Engagement-Überwachung und Früherkennung von Risiken.

Zur Sicherstellung des konzernweiten Controllings von Ausfallrisiken werden im Rahmen der Risikoberichterstattung die relevanten Tochtergesellschaften HSH Nordbank Securities S.A. und HSH Real Estate Konzern in besonderem Maße berücksichtigt.

MANAGEMENT DES AUSFALLRISIKOS

Den größten Teil des Risikopotenzials der HSH Nordbank bilden die Ausfallrisiken, für deren Management die Bank ein fortgeschrittenes Instrumentarium zur Analyse, Bewertung und aktiven Steuerung aufgebaut hat.

Unter Berücksichtigung der von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellte Zweitverlustgarantie ergibt sich ein wesentlich verringerter ökonomischer Eigenkapitalbedarf für Ausfallrisiken. Die

HSH Nordbank steuert sowohl das garantierte als auch das nicht-garantierte Portfolio nach regulatorischen und ökonomischen Grundsätzen.

Ausfallrisikoengagement

Der ausstehende Kreditbetrag beschreibt das im Risiko stehende Volumen der Kreditforderungen, Wertpapiere, Beteiligungen, derivativen Finanzinstrumente, sonstigen außerbilanziellen Geschäfte sowie unwiderruflichen, nicht ausgenutzten Kreditzusagen. Zum 31. Dezember 2012 belief sich der ausstehende Kreditbetrag insgesamt auf 137.004 Mio. Euro.

In der folgenden Tabelle ist der ausstehende Kreditbetrag nach den bankinternen Ratingklassen dargestellt.

Der ausstehende Kreditbetrag mit Investment-Grade-Rating (Ratingklasse 1 [AAAA] bis 5) umfasst auf Konzernebene mit 74.208 Mio. Euro 54% des Gesamtengagements (Vorjahr: 76.181 Mio. Euro bzw. 53%). Für die Kernbank beträgt der ausstehende Kreditbetrag für die Investment-Grade-Engagements 51.516 Mio. Euro bzw. 64% (Vorjahr: 48.832 Mio. Euro bzw. 62%) und für die Restructuring Unit 22.692 Mio. Euro bzw. 40% (Vorjahr: 27.349 Mio. Euro bzw. 42%). In der Position „Sonstige“ werden Geschäfte berücksichtigt, für die keine interne oder externe Ratingeinstufung vorliegt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen unserer konsolidierten Beteiligungen gegenüber Dritten.

Ausfallrisikostruktur nach Ratingklassen

Mio. €	Kernbank	Restructuring Unit	Gesamt 2012	Kernbank	Restructuring Unit	Gesamt 2011
1 (AAAA) bis 1 (AA+)	18.559	10.539	29.098	12.333	12.551	24.884
1 (AA) bis 1 (A-)	13.741	5.137	18.878	16.009	6.773	22.782
2 bis 5	19.216	7.016	26.232	20.490	8.025	28.515
6 bis 9	15.697	8.069	23.766	17.337	8.703	26.040
10 bis 12	3.839	3.107	6.946	4.399	6.475	10.874
13 bis 15	3.385	6.686	10.071	2.592	6.985	9.577
16 bis 18	4.494	15.909	20.403	4.146	15.483	19.629
Sonstige	1.226	384	1.610	1.288	391	1.679
Summe	80.157	56.847	137.004	78.594	65.386	143.980

In der folgenden Tabelle ist der ausstehende Kreditbetrag nach den für die Bank wesentlichen Branchen dargestellt.

Ausfallrisikostruktur nach Branchen

Mio. €	Kernbank	Restructuring Unit	Gesamt 2012	Kernbank	Restructuring Unit	Gesamt 2011
Industrie	9.296	3.486	12.782	9.354	4.624	13.978
Schifffahrt	17.722	10.909	28.631	20.354	11.629	31.983
Handel und Transport	5.637	3.746	9.383	5.915	4.623	10.538
Kreditinstitute	11.026	4.306	15.332	11.742	5.632	17.374
Sonstige Finanzinstitute	2.528	9.761	12.289	4.322	11.251	15.573
Grundstücke und Gebäude	8.639	11.379	20.018	8.476	12.562	21.038
Sonstige Dienstleistungen	8.082	4.510	12.592	8.200	5.325	13.525
Öffentlicher Sektor	15.537	7.572	23.109	8.378	8.355	16.733
Private Haushalte	1.648	1.175	2.823	1.814	1.371	3.185
Sonstige	42	3	45	39	14	53
Summe	80.157	56.847	137.004	78.594	65.386	143.980

In der folgenden Tabelle ist der ausstehende Kreditbetrag nach Restlaufzeiten dargestellt.

Ausfallrisikostruktur nach Restlaufzeiten

Mio. €	Kernbank	Restructuring Unit	Gesamt 2012	Kernbank	Restructuring Unit	Gesamt 2011
bis 3 Monate	12.620	5.273	17.893	12.103	4.208	16.311
> 3 Monate bis 6 Monate	3.434	1.214	4.648	2.484	1.731	4.215
> 6 Monate bis 1 Jahr	5.154	3.207	8.361	6.375	3.640	10.015
> 1 Jahr bis 5 Jahre	32.453	24.878	57.331	30.776	27.701	58.477
> 5 Jahre bis 10 Jahre	16.684	10.929	27.613	15.500	15.162	30.662
> 10 Jahre	9.812	11.346	21.158	11.356	12.944	24.300
Summe	80.157	56.847	137.004	78.594	65.386	143.980

Ratingverfahren/LGD

Bei der Weiterentwicklung und laufenden Validierung diverser interner Ratingmodule arbeitet die HSH Nordbank intensiv mit anderen Banken zusammen. Dies erfolgt im Landesbanken-Verbund über die RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG (RSU) sowie in Kooperation mit der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR), einer Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV).

Die RSU ist verantwortlich für die Neuentwicklung, einheitliche Validierung und Weiterentwicklung der Ratingssysteme unter Maßgabe der bankaufsichtsrechtlichen Qualitätsanforderungen sowie für den Betrieb der Ratingmodule in einer einheitlichen IT-Umgebung. Bei ihrer Tätigkeit wird die RSU methodisch und fachlich durch Spezialisten aus den beteiligten Instituten unterstützt. Neben den von der RSU betreuten Ratingmodulen nutzt die HSH Nordbank auch Ratingverfahren, die von der SR bereitgestellt, gepflegt und weiterentwickelt wer-

den. Die HSH Nordbank betreut federführend die Ratingmodule Schiffe und Leveraged Finance. Zudem ist sie mitverantwortlich für die Ratingmodule Internationale Immobilien sowie Länder- und Transferrisiko.

Um für Eventualverbindlichkeiten und Zusagen die bei einem möglichen Ausfall zu erwartende Inanspruchnahme zu ermitteln, werden so genannte Credit Conversion Factors (CCF) empirisch ermittelt und angewendet. Der mit einem CCF gewichtete ausstehende Kreditbetrag wird als Exposure at Default (EaD) bezeichnet. Zur Prognose der Verlustquoten bei Ausfällen (Loss Given Default, LGD) verwendet die HSH Nordbank für alle Ratingverfahren eine differenzierte LGD-Methodik. Dabei werden auf Basis historischer Verlustinformationen objektspezifische Sicherheitenerlösquoten und kreditnehmerspezifische Einbringungsquoten geschätzt. Aus dem EaD wird mittels der LGD der jeweils erwartete Ausfallbetrag ermittelt.

Im Rahmen des jährlichen Validierungsprozesses wurde im Berichtsjahr auf Basis der anonymisierten, gebündelten Daten die Vorhersagekraft der Ratingmodule hinsichtlich der prognostizierten Ausfallwahrscheinlichkeiten überprüft. Zudem wurden auch die LGD- und CCF-Verfahren überprüft und fortlaufend weiterentwickelt.

Die in der HSH Nordbank verwendeten Ratingmodule Banken, Corporates, Internationale Gebietskörperschaften, Länder- und Transferrisiko, Versicherungen, Leveraged Finance, Leasing und Fonds sowie das für kleinere inländische Firmenkunden verwendete Standardrating basieren auf so genannten Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden quantitative und qualitative Merkmale und Faktoren identifiziert, mit deren Hilfe Kreditnehmer unterschiedlichen Bonitätsklassen zugeordnet werden können. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, werden hier vorwiegend Simulationstechniken eingesetzt. So wird beispielsweise die Bewertung von Spezialfinanzierungen in den Bereichen Schiffe, Immobilien, Projekte und Flugzeuge mit Hilfe von Cash-

Flow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte aus dem finanzierten Objekt. Der Cash Flow des Objektes wird in verschiedenen Szenarien simuliert, die hinsichtlich der makroökonomischen und der industriespezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie zum Beispiel Mieten, Leerstände oder Charterraten simulieren. Im Ergebnis erhält man für jeden Kreditnehmer eine individuelle Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability at Default, PD) und damit die Zuordnung zu einer konkreten Bonitätsklasse.

Die Bank verwendet für alle Module eine identische Rating-Masterskala, die nicht nur unterschiedliche Portfoliosegmente vergleichbar macht, sondern auch ein Mapping mit externen Ratings ermöglicht. Im Zuge der methodischen Entwicklungen und Validierungen werden die internen Richtlinien laufend angepasst.

Steuerung des Ausfallrisikos in der Vor- und Nachkalkulation

In der HSH Nordbank wird bankweit ein einheitliches Verfahren zur Vorkalkulation von Kreditgeschäften mit einer barwertigen Berechnung der erwarteten und unerwarteten Verluste aus Ausfallrisikopositionen unter Berücksichtigung gegebenenfalls bestehender Devisentransferrisiken verwendet. Die Kalkulation bildet das gesamte Deckungsbeitragschema ab. In die Vorkalkulation gehen dabei neben Liquiditäts- und Standardbearbeitungskosten die intern ermittelten geschäftsindividuellen Risikoparameter Rating, LGD und CCF ein. Analog findet monatlich eine Nachkalkulation (Profit-Center-Rechnung) der Geschäfte statt. Auf Basis der aktuellen Risikoparameter der einzelnen Geschäfte werden die Kosten und darauf aufbauend Deckungsbeiträge ermittelt.

Stresstests

Die HSH Nordbank führt quartalsweise Stresstests zur Ermittlung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs für Ausfallrisiken durch. Hierfür werden die bei der Berechnung des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs relevanten Risikoparameter variiert, zum Beispiel durch Veränderungen der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten und der Ausfallquoten. Im Berichtsjahr wurden die bestehen-

den makroökonomisch ausgerichteten Szenarien weiterentwickelt.

Darüber hinaus wurden 2012 planmäßig inverse Stress-tests hinsichtlich der Ausfallrisiken durchgeführt. Dabei wurde zum einen das szenariobasierte Vorgehen aus dem Vorjahr beibehalten, zum anderen wurden ergänzende Sensitivitätsanalysen durchgeführt.

Risikokonzentrationen

Im Rahmen regelmäßiger Geschäftsfeldanalysen werden unter anderem potenzielle Risikokonzentrationen zum Beispiel bezüglich Regionen, Branchen und Kreditnehmereinheiten identifiziert und deren systematischer Abbau überwacht. Die wesentlichen Risikokonzentrationen der HSH Nordbank lagen Ende 2012 zum einen in den Shipping-Portfolien der Kernbank und der Restructuring Unit mit einem Anteil von 22% am Gesamtportfolio, zum anderen im US-Dollar-Geschäft mit einem entsprechenden Anteil von 32%. Weitere Informationen zu den Geschäftsfeldanalysen finden sich im Kapitel „Portfoliosteuerung durch zentrale Komitee-Struktur“.

Zudem erfolgt eine Limitierung der Risikokonzentrationen auf Länderebene, die im folgenden Abschnitt „Länderrisiko“ erläutert wird. Bei einem bereits vollständig ausgelasteten Limit liegt die Entscheidung über jedes Neugeschäft beim Gesamtvorstand. Im Rahmen des vierteljährlichen Risikoberichts wurde der Vorstand im Berichtsjahr über alle Limitüberschreitungen auf Ebene der Kreditnehmereinheiten und der Länder sowie den Stand der eingeleiteten wesentlichen Maßnahmen informiert.

Risikokonzentrationen auf Adressebene werden im Rahmen der Großkredite gemäß § 13a und b KWG regulatorisch begrenzt. Durch die interne Großrisikosteuerung, die zusätzlich zu den Inanspruchnahmen und offenen externen Zusagen auch interne Linien einbezieht, wird die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Obergrenze bei Kreditnehmer- und Risikoeinheiten nach § 19 Abs. 2 KWG überwacht.

Zusätzlich erfolgt eine Limitierung von klassischen Kredit- und Handelsgeschäften. Bei der Steuerung und Limi-

tierung des Kontrahentenrisikos im Rahmen der Handelslinienüberwachung wird das sogenannte Potential Future Exposure von Währungs- und Zinsderivaten auf Basis eines 95%-Quantils für jeden Kunden täglich neu berechnet und dem jeweiligen Handelslimit gegenübergestellt.

Zur Berücksichtigung von Konzentrationen in der Risikotragfähigkeit wird zudem ein Aufschlag auf den ökonomischen Eigenkapitalbedarf für Ausfallrisiken ermittelt (sogenannte Granularitätsanpassung).

Länderrisiko

Unter Länderrisiko versteht die HSH Nordbank das Risiko, dass vereinbarte Zahlungen aufgrund von staatlich verfügbaren Beschränkungen des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs nicht oder nur unvollständig bzw. verspätet erbracht werden (Transferrisiko). Das Risiko ist nicht in der Bonität des Schuldners begründet.

Im Rahmen des Managements von Risikokonzentrationen stellt die Länderrisikolimitierung eine zusätzliche Steuerungsdimension dar. Wesentliche Parameter zur Erfassung des Länderrisikos sind das Rating und die LGD des transferrisikorelevanten Landes. Länderrating und Länder-LGDs basieren auf Methoden, die im Landesbankenverbund innerhalb der RSU entwickelt wurden.

Die Länderrisikokonzentrationen werden auf Konzernebene durch Länderobergrenzen limitiert. Die Auslastung der Limite wird laufend zentral von der Länderrisikosteuerung überwacht.

Einen Überblick über die Aufteilung des Auslandsobligos nach Länderregionen, das per 31. Dezember 2012 70.147 Mio. Euro (Vorjahr: 77.665 Mio. Euro) erreichte, gibt die Tabelle „Auslandsobligo nach Regionen“. Als Auslandsobligo wird das nominale Exposure von Kredit- und Handelsgeschäften unter Berücksichtigung von transferrisikorelevanten Sicherheiten verstanden. Unter die Position Sonstige fallen zum Beispiel ABS und Fonds, die nicht eindeutig einem Land bzw. einer Region zugeordnet werden können.

Auslandsobligo nach Regionen

Ausstehender Kreditbetrag

Mio. €	Kernbank	Restructuring Unit	Gesamt 2012	Kernbank	Restructuring Unit	Gesamt 2011
Westeuropa	19.767	21.215	40.982	20.793	23.866	44.659
davon Länder der Eurozone	12.294	11.431	23.725	11.192	12.458	23.650
Mittel- und Osteuropa	1.467	840	2.307	1.533	900	2.433
davon Länder der Eurozone	91	161	252	101	164	265
Afrikanische Länder	918	406	1.324	1.103	410	1.513
Nordamerika	6.594	8.768	15.362	6.298	10.850	17.148
Lateinamerika	901	935	1.836	1.266	1.232	2.498
Mittlerer Osten	83	1.119	1.202	178	1.085	1.263
Asien-Pazifik-Raum	3.095	3.206	6.301	3.294	4.147	7.441
Internationale Organisationen	784	23	807	104	10	114
Sonstige	3	23	26	8	588	596
Summe	33.612	36.535	70.147	34.577	43.088	77.665

Aufgrund ihrer verschlechterten Fiskal- und Wirtschaftsdaten unterliegt eine Reihe europäischer Staaten einer verstärkten Überwachung. Hierzu zählen insbesondere die Euro-Mitgliedsländer Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien.

Die folgende Tabelle zeigt die ausstehenden Kreditbeträge der Engagements in den genannten europäischen

Ländern. Die Werte beinhalten das im Risiko stehende Volumen der Kreditforderungen, Wertpapiere, derivativen Finanzinstrumente und Garantien vor vorgenommenen Wertberichtigungen, ohne Fair Value-Bewertung und ohne Berücksichtigung anteiliger Zinsen. Der ausstehende Kreditbetrag für diese Länder betrug am 31. Dezember 2012 insgesamt 7.171 Mio. Euro.

Ausstehender Kreditbetrag in ausgewählten europäischen Ländern

Mio. €	Staat		Banken		Unternehmen/Sonstige		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Griechenland	7	258	-	-	1.780	1.256	1.787	1.514
Irland	-	-	158	354	411	486	569	840
Italien	565	598	122	221	821	831	1.508	1.650
Portugal	280	297	5	24	68	73	353	394
Spanien	228	233	1.332	1.320	1.394	1.490	2.954	3.043
Gesamt	1.080	1.386	1.617	1.919	4.474	4.136	7.171	7.441

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte unserer Engagements in den ausgewählten europäischen Ländern. Die Werte wurden unter Berücksichtigung von eventuellen

Wertberichtigungen ermittelt und beinhalten anteilige Zinsen. Der Buchwert für diese Länder betrug zum Berichtsstichtag insgesamt 6.369 Mio. Euro.

Buchwert in ausgewählten europäischen Ländern

Mio. €	Staat		Banken		Unternehmen/Sonstige		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Griechenland	2	71	-	-	1.351	1.126	1.353	1.197
Irland	-	-	155	348	318	385	473	733
Italien	523	546	124	210	736	709	1.383	1.465
Portugal	281	323	5	24	51	62	337	409
Spanien	177	181	1.333	1.342	1.313	1.436	2.823	2.959
Gesamt	983	1.121	1.617	1.924	3.769	3.718	6.369	6.763

Im Sinne einer konservativen Risikodarstellung wird eine First-to-Default Credit Linked Note (CLN) mit ihrem ausstehenden Kreditbetrag von 50 Mio. Euro jeweils in vollem Umfang in den entsprechenden Werten für Italien, Portugal und Spanien ausgewiesen. Hiervon abweichend erfolgt aus Bilanzsicht eine Berücksichtigung des Buchwerts dieser CLN in Höhe von 50 Mio. Euro ausschließlich bei Portugal, da diesem das schlechteste Rating der genannten Länder zugeordnet ist.

Weitere Informationen zu den ausgewählten europäischen Ländern werden in Ziffer 72 des Anhangs dargestellt.

Beteiligungsrisiko

Unter dem Beteiligungsrisiko wird die Gefahr eines finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen des Beteiligungsbesitzes verstanden.

Beteiligungen sind aufsichtsrechtlich entweder zu konsolidieren, vom Eigenkapital abzuziehen oder in der Forderungsklasse Beteiligungen mit Eigenkapital zu unterlegen. In diesem Zusammenhang betrachtet das Aufsichtsrecht das Beteiligungsrisiko als eine Unterart des Ausfallrisikos. Die Chancen und Risiken eines Beteiligungsengagements werden vor Geschäftsabschluss ausführlich analysiert. Es werden ausschließlich Beteiligungen eingegangen, die im Einklang mit den strategischen Zielen der Bank stehen.

Ein wesentliches Instrument zur Überwachung und Steuerung des Beteiligungsrisikos stellt die regelmäßige Unternehmensbewertung dar. Mindestens einmal jährlich wird die Werthaltigkeit aller unmittelbaren Beteili-

gungen sowie der relevanten indirekten Beteiligungen der HSH Nordbank überprüft. Dabei werden bedeutende Beteiligungen einer detaillierteren Analyse unterzogen.

Darüber hinaus werden einmal jährlich sämtliche direkten Beteiligungen des Portfolios einer Analyse unterzogen. Fokus hierbei ist unter anderem die Identifikation von potenziellen Risiken in den einzelnen Gesellschaften. Auf Basis dieser Analyse werden Maßnahmen abgeleitet, um identifizierten Risiken aktiv begegnen zu können.

Die Berichterstattung über die Geschäftsentwicklung und wirtschaftliche Lage der Gesellschaften erfolgt unter Beachtung der Wesentlichkeit für die Bank in unterschiedlichen Intervallen und Intensitäten. Durch die Gestaltung der Gesellschaftsverträge wird zudem sichergestellt, dass eine möglichst intensive Steuerung im Interesse der HSH Nordbank erfolgen kann. In diesem Zusammenhang wird bei besonders bedeutsamen Gesellschaften auf die Einrichtung und Besetzung von Aufsichtsgremien durch Vertreter der Bank geachtet.

Risikovorsorge

Im Rahmen des Risikomanagements richtet die Bank größte Aufmerksamkeit auf Ausfallrisiken. Bonitätsrisiken eines Kreditnehmers werden nach konzerneinheitlichen Maßstäben durch Einzelwertberichtigungen bei Forderungen und Rückstellungen bei Eventualverbindlichkeiten in Höhe des erwarteten Ausfalls abgesichert. Darüber hinaus bildet die Bank pauschale Wertberichtigungen auf den nicht mit Risikovorsorge belegten, aber mit latenten Risiken behafteten Forderungsbestand. Für Kredite an Kreditnehmer mit erhöhtem Länderrisiko

wird in Abhängigkeit vom jeweiligen internen Länder-rating sowie der Besicherung eine Länderpauschalwertberichtigung gebildet.

Für die Risikovorsorge ermitteln wir den erwarteten Ausfall aus der Forderungshöhe abzüglich des Barwerts aller noch erwarteten Zahlungseingänge. Die erwarteten Zahlungseingänge umfassen insbesondere alle erwarteten Zins- und Tilgungszahlungen sowie Eingänge aus der Verwertung von Sicherheiten; dabei werden entstehende Verwertungskosten berücksichtigt.

Die Basis für die jeweilige Höhe der Risikovorsorge bildet bei Problemengagements grundsätzlich das Impairment nach IFRS. Die Angemessenheit der Risikovorsorgebildung wird laufend im Rahmen der Problemkreditbearbeitung überwacht.

In den Forderungen an Kunden zeigte sich der fortgesetzte Abbau von Risikopositionen in der Restructuring Unit. In der Entwicklung spiegeln sich die Auswirkungen des schwachen gesamtwirtschaftlichen Umfelds und die verschärfte Krise in der Schifffahrtsbranche wider. Entsprechend waren vor allem höhere Wertberichtigungen in den Shipping-Portfolien zu berücksichtigen. Daneben fiel in der Restructuring Unit vor allem höherer Vorsorgebedarf für Immobilienkredite in einzelnen europäischen Ländern an, hauptsächlich in den Niederlanden. Nach Absetzung des gestiegenen Kompensationspostens aufgrund der bilanziellen Sicherungswirkung der Zweitverlustgarantie verringerte sich der Risikovorsorgebestand der Bank. Einen Überblick gibt die Tabelle „Risikovorsorgebestand“:

Risikovorsorgebestand

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kunden	77.842	88.125
Forderungen an Kreditinstitute	9.758	8.898
Wertberichtigtes Forderungsvolumen	13.830	12.933
Risikovorsorgebestand (EWB) für Forderungen an Kunden	-4.920	-4.274
Risikovorsorgebestand (Pauschalwertberichtigungen) für Forderungen an Kunden	-616	-289
Risikovorsorgebestand (EWB) für Forderungen an Kreditinstitute	-133	-187
Risikovorsorgebestand (Pauschalwertberichtigungen) für Forderungen an Kreditinstitute	-10	-3
Risikovorsorgebestand für Bilanzposten	-5.679	-4.753
Rückstellungen für Einzelrisiken im Kreditgeschäft	-388	-320
Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten (Pauschalwertberichtigungen) im Kreditgeschäft	-61	-11
Risikovorsorgebestand für außerbilanzielle Posten	-449	-331
Risikovorsorgebestand Gesamt (vor Kompensationsposten)	-6.128	-5.084
Kompensationsposten	2.778	1.145
Risikovorsorgebestand Gesamt (inkl. Kompensationsposten)	-3.350	-3.939

Die Verlustquote in der Bank betrug im Berichtsjahr 0,35% (Vorjahr: 0,39%). Die Verlustquote der Bank berechnet sich aus den tatsächlich realisierten Ausfällen (EWB-Verbrauch und Direktabschreibungen auf Kredite abzüglich Erträge aus dem Eingang abgeschriebener

Forderungen) im Verhältnis zum Kreditvolumen. Für das Jahr 2012 beträgt die Summe der Ausfälle 500 Mio. Euro (Vorjahr: 594 Mio. Euro), das Kreditvolumen liegt bei 142.325 Mio. Euro (Vorjahr: 153.036 Mio. Euro).

Die Risikovorsorge in der Bank in Form von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für Ausfallrisiken betrug per 31. Dezember 2012 -5.441,3 Mio. Euro (Vorjahr: -4.781,1 Mio. Euro) entsprechend einer Quote von 3,82% bezogen auf das Kreditvolumen (Vorjahr: 3,12%). Die Pauschalwertberichtigungen (einschließlich der pauschalen Länderwertberichtigungen) betragen -686 Mio. Euro (Vorjahr: -303 Mio. Euro).

Risikovorsorge- und Verlustplanung

Die Planung der Risikovorsorge erfolgt mit Hilfe von Modellen, die die Bestandsentwicklung, gesamtwirtschaftliche Rahmendaten, das regulatorische Umfeld, Risikoparameter im Zeitablauf sowie Erfahrungswerte der Bank unter krisenhaften Rahmenbedingungen berücksichtigen. Aus diesem ökonomischen Ansatz ergibt sich aus Sicht der Bank eine angemessenere Risikovorsorgeplanung, als es allein auf Basis von historischen Ausfalldaten möglich wäre. Dies resultiert unter anderem aus den umfassenden Erfahrungen in der Problemerkreditbearbeitung, dem vierteljährlichen Risikovorsorgeprozess und durchgeführten Restrukturierungen und Verwertungen.

Methodisch unterscheiden wir einerseits zwischen als ausgefallen eingestuften und nicht-ausgefallenen Engagements sowie andererseits zwischen Beständen, die unter die Zweitverlustgarantie fallen, den nicht von der Garantie abgedeckten Beständen sowie dem Neugeschäft.

Für die nicht-ausgefallenen Engagements wird der sogenannte erwartete Verlust (Expected Loss), der sich aus der Ausfallwahrscheinlichkeit und der Verlustquote im Fall eines Kreditausfalls ergibt, auf Einzelgeschäftsebene mit geschäftsspezifischen Parametern für mehrere Jahre simuliert. Dabei gehen im Rahmen von Szenarioanalysen auch Prognosen über die künftige konjunkturelle Entwicklung und damit über den angenommenen Verlauf der Risikoparameter ein. Die Höhe der Zuführungen zur Risikovorsorge wird anhand historischer Relationen von Einzelwertberichtigungen (EWB), Pauschalwertberichtigungen (PWB) bzw. Portfoliowertberichtigungen (PoWB) zum Expected Loss ermittelt.

Bei den als ausgefallen eingestuften Engagements wird von der im Rahmen des vierteljährlichen Kreditrisiko-

vorsorgeprozesses festgelegten Risikovorsorge ausgegangen: Für ausgefallene Engagements mit PWB bzw. PoWB wird auf Basis historischer Erfahrungswerte die Wahrscheinlichkeit für die Änderung der PWB bzw. PoWB in eine EWB bzw. eine Einstufung als nicht-ausgefallene Engagements ermittelt. Für Engagements mit EWB werden auf Basis von Analysen vergangener Jahre sowie unter Berücksichtigung des der Planung zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Szenarios die jährlichen Zuführungen, Auflösungen und Verbräuche relativ zum jeweiligen Risikovorsorgebestand ermittelt und die Entwicklung der Risikovorsorge unter Berücksichtigung der sonstigen Planungsprämissen modelliert.

Der erwartete Risikovorsorgebedarf für Neuengagements wird auf Basis der Volumenplanung für das Neugeschäft sowie historisch beobachteter oder im Rahmen der Neugeschäftsstrategie vorgegebener Risikoparameter (Rating, Verlustquote) ermittelt.

Für die durch die Garantie abgesicherten Wertpapierpositionen wird auf externe Experten-Bewertungen zurückgegriffen. Darüber hinaus wird, entsprechend der Vorgehensweise im Kreditgeschäft, bei bestimmten Positionen eine Mehrjahres-Expected-Loss-Betrachtung berücksichtigt.

Eine wesentliche Grundlage für die Planung der Risikovorsorgebestände sind die Portfolio-Einschätzungen des Top-Managements sowie der operativ für die Restrukturierung und Abwicklung der Problemkredite Verantwortlichen. Fälle mit der größten Risikovorsorge sowie jene mit absehbaren Veränderungen und Neubildungen in der Risikovorsorge werden regelmäßig erörtert. Dies ermöglicht der Bank, die aktuelle Entwicklung der Risikovorsorge eng zu verfolgen und für diese Teilportfolien einen Ausblick auf die folgenden Quartale zu geben. Hierbei geht die Bank unverändert davon aus, dass mit einer Stabilisierung des makroökonomischen Umfelds im Jahr 2015 nach einer mehrjährigen Problemerkreditbearbeitung alle wesentlichen Risiken bei Engagements mit bestehender Einzelrisikovorsorge erkannt und in der Risikovorsorge verarbeitet sind sowie dass im Anschluss Zuführungen ausschließlich aus Umgliederungen aus dem nicht-ausgefallenen Portfolio in die Ausfallkategorien bzw. aus der erstmaligen Bildung von Einzelrisiko-

vorsorge auf bereits ausgefallene Engagements resultieren.

Für die Auslastung der Garantie und die Höhe des Totalverlusts unter der Garantie ist die Risikovorsorgeplanung für das garantierte Portfolio relevant. Die abzurechnenden Verbräuche der Risikovorsorge erhöhen sich jährlich um die Verbräuche unter der Garantie unter Berücksichtigung von Effekten aus Aufzinsung (Unwinding) und Einzelselbstbehalten.

Für die erwartete Verlustabrechnung im Kreditgeschäft wird unterstellt, dass Verluste in Höhe von rund 70% im Folgejahr abgerechnet werden. Daneben unterstellt die Bank im historischen Vergleich niedrige Eingänge auf abgerechnete Forderungen. Für die Verlustabrechnung von auf Basis externer Gutachten prognostizierter Impairments aus dem garantierten Wertpapierportfolio unterstellt die Bank, dass Abrechnungen entsprechend der Laufzeitenstruktur erfolgen.

Die erwarteten Verluste betragen auf dieser Basis insgesamt 4,5 Mrd. €.

MARKTRISIKO

Marktrisiken bezeichnen potenzielle Verluste, die aus nachteiligen Marktwertveränderungen unserer Positionen im Handels- und Anlagebuch entstehen können. Zu den für die Bank relevanten Marktbewegungen zählen die Änderungen von Zinssätzen und Credit Spreads (Zinsrisiken), Wechselkursen (Währungsrisiken), Aktienkursen, Indices und Fondspreisen (Aktienrisiken) sowie Rohwarenpreisen (Rohwarenrisiken) einschließlich ihrer Volatilitäten.

ORGANISATION DES MARKTRISIKOMANAGEMENTS

Der Vorstand legt die Methoden und Prozesse zur Marktrisikomessung, -limitierung und -steuerung fest und budgetiert einen übergeordneten Globallimitanteil für Marktrisiken. Im Rahmen dieser Verlustobergrenze werden die Risiken aller Marktrisiko tragenden Geschäfte durch ein System von Verlust- und Risikolimiten begrenzt.

Die aktive Steuerung der Marktrisiken erfolgte im Berichtsjahr im Unternehmensbereich Capital Markets. Für ausgewählte, strategische Positionen mit Marktrisiken ist das Asset Liability Committee verantwortlich. Tägliche Marktrisikoreports informieren den Vorstand und die Handelseinheiten laufend über die Höhe der bestehenden Marktrisiken und die aktuellen Limitauslastungen.

Eine im Sinne der MaRisk aufbauorganisatorische Trennung von Marktrisikococontrolling, Abwicklung und Kontrolle auf der einen und den positionsverantwortlichen Handelsbereichen auf der anderen Seite ist auf allen Ebenen gewährleistet. Alle wesentlichen methodischen und operativen Aufgaben zur Risikomessung und -überwachung sind im Unternehmensbereich Group Risk Management gebündelt.

Abwicklung und Kontrolle, Finanzcontrolling und Risikocontrolling werden für die Kernbank und die Restructuring Unit aus den entsprechenden Unternehmensbereichen der Gesamtbank gesteuert. Die Restructuring Unit bearbeitet unter anderem die ihr zugeordneten Positionen des Kapitalmarkt- und Kreditersatzgeschäfts.

Im Rahmen unseres konzernweiten Marktrisikomanagements wird die HSH Nordbank Securities S.A. als relevante Tochtergesellschaft berücksichtigt. Die Limitierung und Überwachung der Risiken erfolgt zentral durch die HSH Nordbank AG.

MANAGEMENT DES MARKTRISIKOS

Marktrisikomessung und -limitierung Grundlage unseres Systems zur Messung und Steuerung von Marktrisiken ist einerseits das ökonomische Tagesergebnis, andererseits ein Value-at-Risk-Ansatz. Das ökonomische Ergebnis wird dabei aus der barwertigen Veränderung gegenüber dem Ende des Vorjahres ermittelt. Das Marktrisiko einer Position stellt den Wertverlust (in Euro) dar, der bis zur Sicherung oder Liquidierung der Position innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Der Value-at-Risk (VaR) wird in der Bank nach der Methode der historischen Simulation ermittelt. Die Berechnung basiert konzernweit auf einem Konfidenzniveau

von 99,0% und einer Haltedauer von einem Tag bei einem historischen Beobachtungszeitraum von gleichgewichteten 250 Handelstagen.

Die wesentlichen Marktrisiken in der HSH Nordbank sind das Zinsrisiko (inkl. des Credit Spread-Risikos) und das Fremdwährungsrisiko. Der Value-at-Risk der HSH Nordbank deckt neben diesen Risikoarten auch die Aktien- und Rohwarenrisiken sowohl für das Handelsbuch als auch das Anlagebuch ab. Die einzelnen Marktrisikarten werden nicht durch gesonderte Limite begrenzt. Die Limitierung erfolgt im Rahmen des VaR-Limits für das Gesamt-Marktrisiko der Bank. Zur Steuerung der Marktrisiken wird einerseits der Value-at-Risk für die verschiedenen Berichtseinheiten limitiert, andererseits werden auflaufende Verluste durch Stop-Loss-Limite begrenzt. Für Limitanpassungen und -überschreitungen gibt es klar definierte Prozesse.

Zur Steuerung bzw. Reduzierung der Marktrisiken geht die HSH Nordbank bei Bedarf Sicherungsgeschäfte ein, um den Auswirkungen ungünstiger Marktbewegungen (z. B. bei Zinssätzen, Wechselkursen) auf die eigenen Positionen entgegenzuwirken. Als Sicherungsinstrumente dienen insbesondere derivative Finanzinstrumente, wie Zinsswaps. Weitere Informationen hierzu und zu Art und Kategorien der von der HSH Nordbank eingegangenen Sicherungsgeschäfte und Sicherungsbeziehungen sowie zur Art der jeweils gesicherten Risiken werden im Anhang dargestellt. Insbesondere verweisen wir auf die Ziffer 12 „Abbildung von Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheiten“ und Ziffer 70 „Derivategeschäft“.

Marktrisiken aus dem Kreditgeschäft und den Passiva der Bank werden an die Handelsbereiche übertragen und in den entsprechenden Risikopositionen berücksichtigt. Dort werden sie im Rahmen eines aktiven Portfoliomanagements gesteuert und über externe Geschäfte abgesichert.

Das von der Bank eingesetzte und laufend weiterentwickelte VaR-Modell beinhaltet alle wesentlichen Marktrisiken der Bank in adäquater Form.

Marktrisikomessung weiterentwickelt
Ein Schwerpunkt der Weiterentwicklungen im Berichtsjahr war die Messung der Credit Spread-Risiken. Der

Credit Spread einer Anleihe ist eine Prämie für das Ausfallrisiko eines Emittenten. Das Credit Spread-Risiko steht für die mögliche ungünstige zukünftige Wertentwicklung einer Position aufgrund einer Veränderung der Spreads. Im Jahr 2012 wurde die Integration der Credit Spread-Risiken von Fremdemissionen aus bestimmten Bewertungseinheiten in die tägliche Marktrisikomessung planmäßig vorangetrieben und in weiten Teilen umgesetzt. Hierbei handelt es sich um Bewertungseinheiten mit strukturierten Produkten, bei denen sich Grund- und Sicherungsgeschäft hedgen. Die Credit Spread-Risiken aus diesen Grundgeschäften (Staatstitel) sind jedoch nicht abgesichert und wurden bisher mittels einer regelmäßigen Abschätzung in der Risikomessung berücksichtigt. Es ist geplant, die Integration dieser Bewertungseinheiten in die tägliche VaR-Ermittlung im Jahr 2013 weiter fortzusetzen. Darüber hinaus wurde die Messung des Credit Spread-Risikos von Verbriefungen verfeinert.

Im Jahr 2012 wurde die regelmäßige Abschätzung des Residualrisikos für Unternehmensanleihen und Pfandbriefe planmäßig aktualisiert. Demnach können die Auswirkungen dieses spezifischen Credit Spread-Risikos auf das Gesamt-Marktrisiko weiterhin als nicht materiell eingestuft werden.

Das Basisrisiko ist der potenzielle Verlust oder Gewinn, der sich aus den Veränderungen in dem Preis- bzw. Zinsverhältnis ähnlicher Finanzprodukte innerhalb eines Portfolios ergibt. Die HSH Nordbank identifiziert wesentliche Basisrisiken in einem regelmäßigen Analyseprozess. Neben den Zinsbasisrisiken werden seit März 2012 auch die Währungsbasisrisiken für die Hauptwährungen bei der täglichen Marktrisikomessung berücksichtigt.

Darüber hinaus gab es auch 2012 für einzelne Produkte Verbesserungen in der Bewertung und Risikoberechnung, die aber keine nennenswerten Auswirkungen auf den Gesamt-VaR hatten.

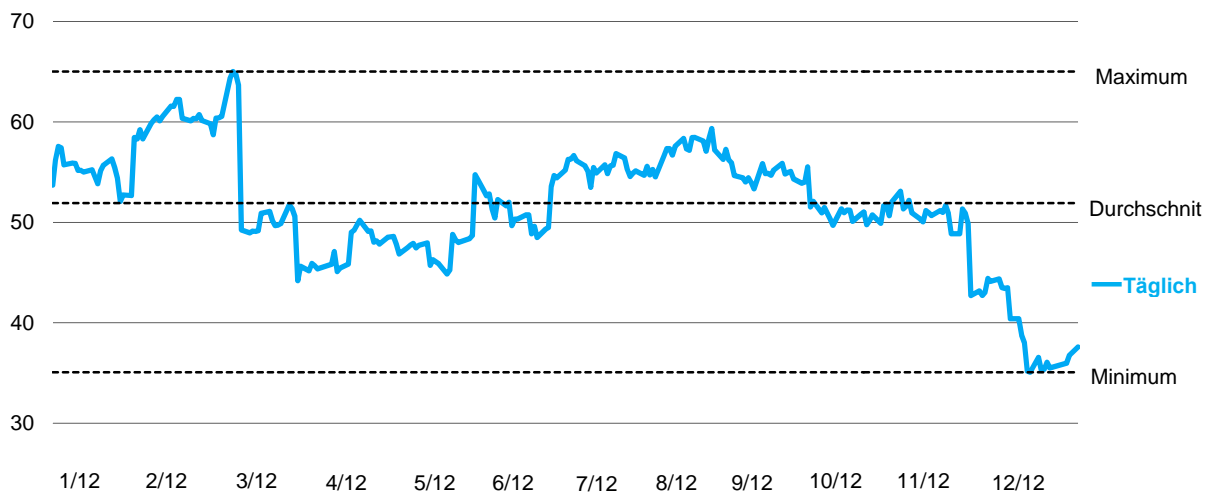
Täglicher Value-at-Risk im Berichtsjahr
Die folgende Abbildung zeigt den Verlauf des täglichen Value-at-Risk für die Gesamtheit der Handels- und Anlagebuchpositionen der HSH Nordbank im Jahresverlauf 2012. Das Marktrisiko belief sich auf Werte zwischen 35 Mio. Euro und 65 Mio. Euro. Der Value-at-Risk der

Handelsbuchpositionen belief sich am 31. Dezember 2012 auf 1 Mio. Euro, der der Anlagebuchgeschäfte auf 38 Mio. Euro. Am letzten Handelstag 2012 betrug der Gesamt-VaR der Bank 38 Mio. Euro, das VaR-Limit zur Begrenzung des Marktrisikos betrug 75 Mio. Euro. Die

Limitauslastung lag damit bei 50%. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitssteuerung wird der Value-at-Risk bei der Aggregation der einzelnen Risikoarten zum Gesamtrisiko auf den Wert 0,9 Mrd. Euro hochskaliert.

Täglicher Value-at-Risk im Jahresverlauf 2012

Mio. €



Im März 2012 kam es durch verschiedene methodische Weiterentwicklungen in der Marktrisikomessung – unter anderem wurde die geplante Integration des Währungs-basisrisikos für die Hauptwährungen in die tägliche VaR-Ermittlung umgesetzt – zu einem deutlichen Anstieg der ausgewiesenen Zinsrisiken. Durch Diversifikationseffekte ging der Gesamt-VaR an diesem Tag jedoch um ca. 14 Mio. Euro zurück.

Der deutliche Rückgang des Gesamt-VaR im November und Dezember 2012 resultiert im Wesentlichen aus dem methodenbedingten Wegfall von Daten des entsprechenden Vorjahreszeitraums aus dem historischen Beobachtungszeitraum der letzten 250 Handelstage.

Die Tabelle „Täglicher Value-at-Risk des Konzerns“ zeigt den Value-at-Risk jeweils für die Gesamtheit der Handels- und Anlagebuchpositionen. Maximum und Minimum kennzeichnen die Grenzen, in denen sich der jeweilige Risikowert im Laufe des Berichtsjahres bewegte. Das Gesamtrisiko ergibt sich durch Aggregation der einzelnen Marktrisikokarten. Das Marktrisiko des Konzerns wird vollständig und unter Berücksichtigung der konzernweiten Korrelationen in der HSH Nordbank AG ermittelt. Marktrisiken aus Derivategeschäften sind in den ausgewiesenen Werten enthalten, hierzu zählen auch die aus Optionspositionen resultierenden Volatilitätsrisiken.

Täglicher Value-at-Risk des Konzerns

Mio. Euro	Zinsrisiko ¹⁾		Credit Spread-Risiko ¹⁾		Währungsrisiko		Aktienrisiko		Rohwarenrisiko		Gesamt ²⁾	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Durchschnitt	33,2	9,7	53,0	37,1	18,2	11,7	2,0	2,4	0,5	0,3	51,9	41,2
Maximum	46,9	13,7	71,3	41,6	27,6	23,4	3,9	3,5	1,5	1,0	65,0	54,5
Minimum	5,7	5,5	37,6	30,4	1,4	4,6	0,8	2,0	0,2	0,1	35,1	33,0
Periodenendwert	38,0	7,6	44,6	38,2	1,4	23,4	3,4	2,3	0,3	0,6	37,6	54,5
davon: Kernbank	35,8	13,6	8,3	5,9	4,9	2,4	0,5	1,0	0,3	0,6	34,3	14,4
davon: Restructuring Unit	9,3	13,2	39,7	31,2	4,5	25,0	3,1	1,6	0,0	0,0	48,7	58,0

¹⁾ Credit-Spread-Risiken stellen eine Unterart der Zinsrisiken dar. Aufgrund ihrer Bedeutung für die HSH Nordbank werden sie hier nicht als Teil des Zinsrisikos, sondern separat ausgewiesen.

²⁾ Aufgrund von Korrelationen ergibt sich der Value-at-Risk nicht additiv.

Das Marktrisiko der Kernbank ist im Wesentlichen gekennzeichnet durch das Zins-, Credit Spread- und Währungsrisiko aus dem Kreditgeschäft, der Refinanzierung und dem Handelsbuch, das überwiegend Positionen des Zins- und Währungsderivatehandels mit Kunden sowie des Rentenhandels beinhaltet. Aktien- und Rohwarenrisiken bestehen nur in geringem Umfang.

In der Restructuring Unit resultieren die Marktrisiken überwiegend aus dem Kreditersatzgeschäft bzw. Credit Investment Portfolio im Anlagebuch. Entsprechend dominiert hier das Credit Spread-Risiko.

Das Marktrisiko, das bei Derivatepositionen aus der Veränderung der Markteinschätzung zur Bonität der Kontrahenten resultiert, betrug zum Berichtsstichtag 6,0 Mio. Euro. Dieses Risiko ist in den gezeigten Value-at-Risk-Werten des Konzerns nicht enthalten.

Backtesting

Zur Überprüfung der Angemessenheit unserer Value-at-Risk-Prognosen führen wir tägliche Backtests durch. Dabei werden unter der Annahme unveränderter Positionen die aufgrund der beobachteten Marktentwicklung des Folgetags theoretisch erzielten Tagesergebnisse den jeweils mittels historischer Simulation prognostizierten Value-at-Risk-Werten des Vortags gegenübergestellt. Unter Annahme des in der Bank verwendeten Konfidenzniveaus von 99% weisen bis zu vier Ausreißer auf eine ausreichende Prognosegüte für die Marktrisiken hin. Anfang 2012 waren aufgrund einer methodischen Um-

stellung des Backstestings zeitweise mehr als vier Ausreißer zu verzeichnen. Nach der im März 2012 erfolgten Methodenumstellung lag die Anzahl der Ausreißer im Berichtsjahr jedoch wieder im unkritischen Bereich, sodass das Marktrisikomodell der Bank bestätigt wurde. Die Ergebnisse des Backstestings werden bei der Weiterentwicklung unserer Value-at-Risk-Methodik berücksichtigt.

Stresstests

Zusätzlich zur limitbasierten Steuerung des täglichen Value-at-Risk werden mindestens wöchentlich Stresstests durchgeführt, die die Auswirkungen außergewöhnlicher Marktschwankungen auf den Barwert unserer Positionen untersuchen. Mit Beginn des Berichtsjahres erfolgte vor dem Hintergrund der 3. MaRisk-Novelle die Umstellung auf ein neues Stresstestkonzept für Marktrisiken, das nunmehr auf eine stärkere Berücksichtigung der Stresstestergebnisse in der Risikosteuerung sowie eine deutliche Fokussierung auf hypothetische Szenarien abstellt.

Wir unterscheiden zwischen standardisierten, historischen und hypothetischen Stressszenarien. Während standardisierte Szenarien risikoartenspezifisch definiert sind (z. B. Verschiebung oder Drehung der Zinskurve), wirken historische und hypothetische Stresstests risikoartenübergreifend. Dabei bilden historische Szenarien tatsächlich in der Vergangenheit aufgetretene Korrelationen zwischen den verschiedenen Risikofaktoren ab, während hypothetische Szenarien fiktive Veränderungen

von Risikofaktoren unterstellen. Die hypothetischen Szenarien werden zudem unterschieden nach volkswirtschaftlichen Szenarien, die einen konjunkturellen Abschwung des makroökonomischen Umfelds simulieren, und portfoliospezifischen Szenarien, die eine Bedrohung für den Wert einzelner Teilportfolien der Bank darstellen können. Dabei werden die hypothetischen Szenarien je nach Änderung des Marktumfeldes regelmäßig angepasst.

Zur speziellen Analyse der Zinsrisiken unserer Anlagebuchpositionen ermitteln wir laufend die Barwertänderung bei einem Zinsschock von +/-200 Basispunkten. Hierdurch werden die Anforderungen an die Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung für die Positionen des Anlagebuches erfüllt. Ende 2012 stellte der negative Zinsschock mit einem potenziellen Verlust von -141 Mio. Euro das für die Bank ungünstigere Szenario dar. Dieses Ergebnis lag mit 1,4% deutlich unter der regulatorischen Warnschwelle von 20% der anrechenbaren Eigenmittel.

Für das Szenario eines extremen Anstiegs der Credit Spreads betrug der potenzielle Verlust am 31. Dezember 2012 -831 Mio. Euro. In diesem Stresstest werden die Spreadkurven entsprechend ihrer Ratingklasse geshiftet. Dabei werden Spreadshifts zwischen +30 (AAA Rating) und +1.500 Basispunkten (CCC Rating) auf die Kurven angewendet.

Ende 2012 betrug für das Szenario einer Euro-Aufwertung gegenüber allen anderen Währungen der potenzielle Verlust -43 Mio. Euro. Bei der Ermittlung der Barwertänderung aus diesem Stresstest wird eine einheitliche Aufwertung des Euro in Höhe von 15% unterstellt. Die Bewegung gegenüber dem US-Dollar ist die wesentliche Einflussgröße für das Ergebnis dieses Stresstests, da in den anderen Währungen nur geringe Positionen bestehen. Eine entsprechende Abwertung des Euro stellt Ende 2012 für die HSH Nordbank aus Marktrisiko-sicht kein Stressszenario dar, da sich in diesem Fall ein Gewinn ergeben würde.

Darüber hinaus waren die Marktrisiken im Berichtsjahr auch regelmäßig Bestandteil der Analysen zu den inversen Stresstests.

Instrumente zur Steuerung des Marktrisikos im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften

Der Finanzmarktbereich der Bank setzt zur Steuerung der Marktrisiken aus Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Wertpapieren auch derivative Finanzinstrumente ein. Insbesondere Zinsswaps und sonstige Zins- bzw. Zins-/Währungsderivate kommen zur Absicherung der Zins- und Währungsrisiken aus den Grundgeschäften zum Einsatz. Hierbei kann die Absicherung der Marktrisiken auf Mikro-, Portfolio- und Makro-Ebene erfolgen.

Bei der Absicherung von Nicht-Handelsbeständen können eindeutig zuordenbare Geschäfte in einem dokumentierten Sicherungszusammenhang in der Bilanzierung als Bewertungseinheit i. S. d. § 254 HGB abgebildet werden, falls die Voraussetzungen zur Anwendung des § 254 erfüllt sind. Zusätzlich wird für sämtliche zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs anhand der barwertigen Betrachtungsweise gemäß IDW RS BFA 3 ermittelt, ob eine Rückstellung für drohende Verluste aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs zu bilden ist. Für Finanzinstrumente, die weder in eine Bewertungseinheit noch den Saldierungsbereich der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs einbezogen werden, erfolgt eine Einzelbewertung.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Die HSH Nordbank unterteilt ihr Liquiditätsrisiko in das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Liquiditätsfristentransformationsrisiko. Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko bezeichnet die Gefahr, eigene fällige Zahlungsverpflichtungen oder Refinanzierungsbedürfnisse nicht oder nicht in dem erforderlichen Umfang erfüllen zu können. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko beschreibt das Risiko, dass sich aus den abweichenden Konditionsbindungsfristen der Aktiva und Passiva, der sogenannten Liquiditätsfristentransformationsposition, und der Änderung des eigenen Refinanzierungsaufschlags ein Verlust ergibt. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko ist auch Bestandteil unseres Risikotragfähigkeitskonzeptes und wird im Abschnitt „Risikotragfähigkeit“ erläutert. Die Bank setzt verschiedene Instrumente zur Messung, Steuerung und Limitierung ihrer Liquiditätsrisiken ein.

ORGANISATION DES LIQUIDITÄTSRISIKO-MANAGEMENTS

Die strategische Liquiditätssteuerung erfolgt durch den Bereich Strategic Treasury. Ziel der Liquiditätssteuerung ist es, die Zahlungsfähigkeit der Bank jederzeit, an allen Standorten und in allen Währungen sicherzustellen. Die operative Umsetzung der Mittelaufnahme und die Marktpflege obliegen dem Bereich Capital Markets.

Der Bereich Group Risk Management verantwortet die Methoden zur Messung und Limitierung der Liquiditätsrisiken im Konzern. Zudem führt er im Rahmen des täglichen Reportings der Liquiditätsrisiken die Risikomessung und Limitüberwachung durch. Dadurch wird das Strategic Treasury bei der Disposition der Liquidität aller Laufzeitbereiche unterstützt und in die Lage versetzt, möglichen Risiken frühzeitig entgegenzutreten.

Das Asset Liability Committee nimmt die Funktion der strategischen Steuerung der Ressourcen Liquidität/Funding, Bilanzkapazität, RWA und ökonomisches Eigenkapital wahr. Im Sinne einer aktiven Portfoliosteuerung werden durch das Transaction Committee Ressourcen innerhalb bestimmter Volumengrenzen auf Einzelgeschäfte allokiert.

Im Rahmen des konzernweiten Controllings der Liquiditätsrisiken sind die HSH Nordbank Securities S.A. und der HSH Real Estate Konzern als relevante Tochtergesellschaften in die konzernweite Liquiditätsrisikobetrachtung integriert.

Die Bank verfügt über einen Notfallplan, der einen Maßnahmenkatalog sowie geregelte Verfahren und Verantwortlichkeiten für den Fall einer Liquiditätskrise enthält. Darüber hinaus werden im Rahmen der Notfallplanung auch Frühwarnindikatoren berücksichtigt.

MANAGEMENT DES LIQUIDITÄTSRISIKOS

Liquiditätsrisikomessung

Zur Messung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos bzw. des Refinanzierungsbedarfs werden die liquiditätswirksamen Geschäfte der Bank in Zahlungsströmen dargestellt und mit ihren Ein- bzw. Auszahlungen nach Laufzeitbändern geordnet dargestellt (Liquiditätsablaufbilanz). Die Differenz zwischen Zahlungsein- und -ausgängen zeigt den

Liquiditätsüberschuss oder -bedarf (Gap) in den jeweiligen Laufzeitbändern an. Dabei wird unterschieden zwischen Einzelgaps für den 1. bis zum 14. Tag zur Darstellung von Auszahlungskonzentrationen und kumulierten Gaps vom 1. Tag bis zu 12 Monaten zur Abbildung des zukünftigen Liquiditätsbedarfs. Sie werden den Liquiditätspotenzialen gegenübergestellt, die jeweils zur Schließung der kumulierten Gaps in den einzelnen Laufzeitbändern herangezogen werden und damit das jeweilige Limit für das Zahlungsunfähigkeitsrisiko darstellen. Die Auslastung dieser Limite wird täglich überwacht. Als Nettogröße aus den Gaps und den Liquiditätspotenzialen ergibt sich die Nettoliquiditätsposition, die damit das Maß für das Zahlungsunfähigkeitsrisiko darstellt.

Liquiditätsablaufbilanzen werden täglich auf Ebene des Konzerns, der Gesamtbank, der ausländischen Niederlassungen sowie der relevanten Tochtergesellschaften erstellt. Neben dem gesamten bilanziellen Geschäft fließen auch bereits erteilte Kreditzusagen, Bürgschaften, vorvalutierte Geschäfte und sonstige außerbilanzielle Geschäfte in die Darstellung ein. Zur besseren Abbildung der wirtschaftlichen Fälligkeiten werden für einige Positionen Ablaufszenarien verwendet. Dabei werden zum Beispiel mögliche Bodensätze aus Einlagen und Kontokorrentkonten sowie Liquidierungsfristen und -beträge von Aktiva grundsätzlich konservativ modelliert. Die Liquiditätsablaufbilanzen berücksichtigen die derzeitige Marktsituation als Basisszenario (Normal Case-Betrachtung). Zusätzlich zur Ermittlung der Liquiditätsablaufbilanz in Euro-Gegenwert berechnen wir täglich eine separate Liquiditätsablaufbilanz aller US-Dollar-Geschäfte. Damit unterstützen wir ein adäquates Management unserer US-Dollar-Position.

Neben der Normal Case-Liquiditätsablaufbilanz, die unter Annahme eines Geschäftsverlaufs in einem gewöhnlichen Marktumfeld erstellt wird, ermitteln wir zur Berücksichtigung kritischer Marktentwicklungen täglich die Ergebnisse eines Marktliquiditätsstresstests in Form einer Stress-Liquiditätsablaufbilanz (Stress Case-Betrachtung). Hierbei werden beispielsweise erschwerte Refinanzierungsbedingungen berücksichtigt und weitere Cash Flows unter Stressannahmen betrachtet.

Die HSH Nordbank quantifiziert ihr Liquiditätsfristen-transformationsrisiko mittels eines Value-at-Risk-

Ansatzes. Die Berechnung des Liquidity-Value-at-Risk (LVaR) erfolgt über eine historische Simulation (Konfidenzniveau 99,9%) der Liquiditätsspreads und deren barwertigen Effekt auf die Geschäfte, die theoretisch notwendig wären, um die aktuelle Fristentransformationsposition sofort schließen zu können. Hierbei wird unterstellt, dass diese hypothetischen Schließungsgeschäfte tatsächlich am Markt abgeschlossen werden können und somit eine vollständige Refinanzierung möglich ist.

Limitierung und Überwachung der Liquiditätsrisiken

Im Rahmen der Zahlungsunfähigkeitsrisiken werden sowohl die Einzelgaps als auch die kumulierten Gaps der ersten 14 Tage limitiert. Darüber hinaus werden die kumulierten Gaps für zahlreiche weitere Laufzeitbereiche bis zu 12 Monaten begrenzt.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird grundsätzlich durch die Fähigkeit der HSH Nordbank zur Ausschöpfung ihres gesamten Liquiditätspotenzials begrenzt. Dieses Liquiditätspotenzial setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen, die in der Summe das Gesamtlimit darstellen. Das Liquiditätspotenzial (Limit) stellt die jeweilige Obergrenze für die kumulierten Gaps der einzelnen Laufzeiten dar und setzt sich zusammen aus einem Wertpapierportfolio, das zur Krisenvorsorge gehalten wird (Liquiditätspuffer), weiteren hochliquiden und liquiden Wertpapieren entsprechend ihrer Liquidierbarkeit, unbesicherten Fundingmöglichkeiten, besicherten Fundingpotenzialen aus Pfandbriefemissionen sowie notenbankfähigen Wirtschaftskrediten. Zusätzlich wird auch langfristiges Fundingpotenzial aus der Beleihung von illiquiden Assets berücksichtigt.

Die Komponenten des Liquiditätspotenzials werden gemäß internen und externen Mindestanforderungen laufend überprüft und validiert. Um die Wahrscheinlichkeit einer Vollausschöpfung bzw. Überschreitung der Obergrenzen möglichst gering zu halten, werden Sicherheitspuffer bzw. Risikoabschläge bei der Limitierung berücksichtigt. Bei diesen Abschlägen handelt es sich beispielsweise um Haircuts oder andere Sicherheitsabschläge, die die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der jeweiligen Limitkomponente widerspiegeln. Der dauerhafte Marktzugang zu den für die Bank relevanten Refi-

anzierungsquellen wird ebenfalls regelmäßig überprüft. Dabei erfolgt zum einen eine laufende Marktbeobachtung aller Fundingquellen durch die Geschäftsbereiche der Bank. Zum anderen überprüft das Group Risk Management regelmäßig das Fundingpotenzial aus den erwarteten Prolongationsquoten der kurzfristigen Einlagen. Darüber hinaus erstellt das Strategic Treasury Ist-Plan-Analysen bezüglich des langfristigen Fundings.

Das Group Risk Management ermittelt und überwacht täglich die Auslastung der Limite und berichtet die Ergebnisse an Vorstand und verantwortliche Unternehmensbereiche. Im Fall von Limitüberschreitungen legt das ALCO auf Vorschlag des Strategic Treasury geeignete Maßnahmen fest, die der Bereich Capital Markets durchführt. Die Umsetzung der Maßnahmen wird durch das Group Risk Management überwacht.

Der Liquidity-Value-at-Risk für die Liquiditätsfristentransformationsrisiken wird monatlich durch das Group Risk Management ermittelt und an den Vorstand und das verantwortliche Management berichtet. Die Limitierung erfolgt auf Konzernebene und ist Bestandteil des Risikotragfähigkeitskonzepts.

Der Vorstand und die verantwortlichen Unternehmensbereiche werden darüber hinaus monatlich durch das Group Risk Management in aggregierter Form über die Gesamteinschätzung zur Liquiditätslage des Konzerns informiert. Dieser Report beinhaltet neben Informationen zur Markt- und Fundingsituation insbesondere auch die Limitauslastungen im Normal Case, im Stress Case und in den Stressszenarien für das Zahlungsunfähigkeitsrisiko sowie Analysen zu Risikokonzentrationen.

Liquiditätssteuerung

Die Bank erstellt eine langfristige Liquiditätsplanung zur strategischen, überjährigen Steuerung der Ressource Liquidität. Die kurzfristige Liquiditätsausstattung wird anhand von Rahmenparametern, die der Unternehmensbereich Strategic Treasury vorgibt, operativ durch den Bereich Capital Markets gesteuert. Neben den regulatorischen Vorgaben ist unter anderem die Liquiditätsablaufbilanz die Basis für das Festlegen dieser Parameter. Die Veränderung einzelner Parameter bzw. der Rahmenvorgaben wird im ALCO beschlossen. Die Bank

ist somit in der Lage, flexibel auf die Entwicklung der Märkte zu reagieren.

Der Sicherheitenbestand aus unseren Wertpapieren und Kreditforderungen (Collateral Pool) wurde auch 2012 vom Strategic Treasury betreut und weiterentwickelt, um das Potenzial an besicherten Refinanzierungen optimal nutzen zu können.

Backtesting

Im Rahmen unseres Backtestings überprüfen wir die Modellierung von Produkten mit stochastischen Zahlungsströmen in der Liquiditätsablaufbilanz auf Basis statistischer Auswertungen der historischen Zahlungsströme. Die Auswahl der relevanten Produkte richtet sich dabei nach dem Volumen des Produkts und dessen Risikogehalt im Sinne einer Unsicherheit bei der bisherigen Modellierung.

Im Berichtsjahr haben wir unter anderem ein Backtesting der Fundingpotenziale, der Liquiditätspotenziale aus Wertpapieren und der Modellierung von Termingeldern mit Kündigungsrechten durchgeführt. Die im Jahresverlauf 2012 vermehrt von der Bank akzeptierten Rückgaben eigener Emissionen und Schuldscheindarlehen führten zu einer entsprechenden Anpassung der Modellierungsannahmen für diese Produkte in den Liquiditätsablaufbilanzen. Darüber hinaus haben wir die Modellierungsannahmen zu den Produkten und Limiten für das Stressszenario eines Rating-Downgrades um zwei Stufen nach der erfolgten Herabstufung durch Moody's im November 2011 erneut einem Backtest unterzogen. Dabei zeigte sich, dass die getroffenen Annahmen in diesem Szenario sehr konservativ gewählt waren.

Stresstests

Unsere regelmäßigen Stresstests für das Zahlungsunfähigkeitsrisiko beziehen außergewöhnliche Szenarien und deren Auswirkung auf die Liquiditätssituation des Konzerns in die Risikobetrachtung ein. Bei der Festlegung dieser Szenarien wurden für alle Geschäftstypen in der Liquiditätsablaufbilanz das Risiko und damit die wesentlichen Parameter identifiziert, die das Cash Flow-Profil im jeweiligen Stressfall verändern. So können zum Beispiel Zuflüsse geringer oder später bzw. Abflüsse stärker oder früher auftreten als erwartet.

Die Auswahl unserer Stresstests ist das Ergebnis einer Analyse historischer Ereignisse und hypothetischer Situationen. Im Rahmen der laufenden Weiterentwicklung haben wir im Berichtsjahr die Erkenntnisse, die wir unter Berücksichtigung der Ratingherabstufung der HSH Nordbank im Jahr 2011 gewinnen konnten, in die Modellierungen bzw. in die Parametergestaltungen einbezogen. Auf Basis der aktuellen Marktentwicklung werden im Rahmen der unterschiedlichen Stressmodellierungen marktspezifische Szenarien (z. B. schwerer Konjunkturabschwung), institutsspezifische Szenarien (z.B. Rating-Downgrade der HSH Nordbank AG) sowie ein kombiniertes Szenario (schwerer Konjunkturabschwung und Rating-Downgrade) betrachtet. Hierbei wird beispielsweise angenommen, dass das Kreditneugeschäft teilweise fortgesetzt wird und die fällig werdenden Forderungen an Kunden verstärkt prolongiert und refinanziert werden müssen, während die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt oder ganz unmöglich ist und dadurch eine Refinanzierungslücke entsteht. Darüber hinaus werden unter anderem vermehrte Ziehungen erteilter Kreditzusagen sowie die vorzeitige Rückgabe eigener Emissionen und verbriefter Verbindlichkeiten modelliert. Die Berichterstattung über die Stresstestergebnisse an den Vorstand und die verantwortlichen Unternehmensbereiche erfolgt mindestens monatlich.

Zudem führt die HSH Nordbank monatlich einen US-Dollar-Stresstest durch, der auf der Normal Case-Liquiditätsablaufbilanz aufsetzt und sowohl einen unmittelbaren als auch einen schrittweisen Anstieg des US-Dollars simuliert, der auf die US-Dollar-Cash Flows und die Cash Collaterals für US-Dollar-Derivate wirkt. Dabei wird der Stressfaktor für den Anstieg auf Basis einer Analyse der historischen Entwicklung des US-Dollar-Wechselkurses zum Euro ermittelt.

Im Rahmen eines Stresstests für das Liquiditätsfristentransformationsrisiko untersuchen wir, wie sich der Liquidity-Value-at-Risk (LVaR) bei ansteigenden Liquiditätsspreads verhält. Die Methodik für diesen Stresstest wurde im Berichtsjahr weiterentwickelt. Zur Herleitung der Szenarioparameter wird nunmehr die Veränderung des Liquiditätsspreads aus einem makroökonomischen Ansatz verwendet, bei dem sich die relevanten Stressvolatilitäten aus volkswirtschaftlichen Prognosen ableiten. Der Stress-LVaR ist ein Indikator für die Sensitivität

des LVaR auf eine Spread-/Liquiditätskosten-Erhöhung und stellt eine zusätzliche Managementinformation dar.

Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr bei der turnusmäßigen Durchführung inverser Stresstests Ereignisse untersucht, die sich kritisch auf die Zahlungsfähigkeit der Bank auswirken könnten.

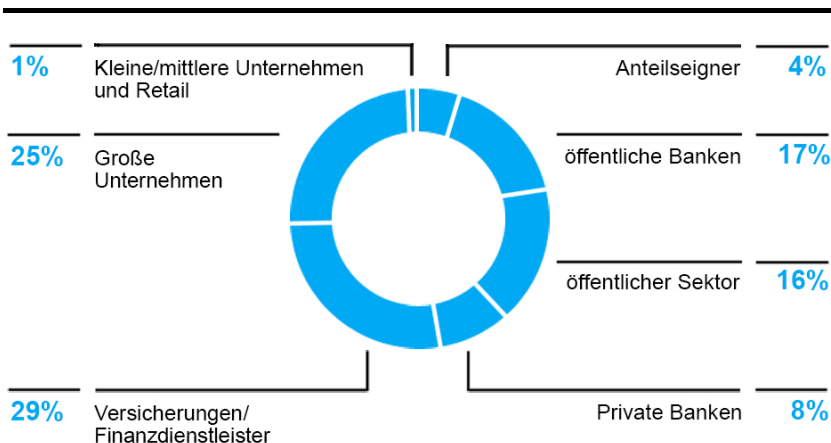
Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen treten im Liquiditätsrisiko auf vielfältige Weise auf. Konzentrationen sowohl der Aktiv-

als auch der Passivinstrumente können das Liquiditätsrisiko erhöhen. Daher hat die HSH Nordbank neben der bereits vorhandenen Steuerung der Konzentrationen von Aktivinstrumenten auch ein Überwachungssystem der Passivkonzentrationen etabliert. Im besonderen Fokus stehen dabei die Einlagen, die hinsichtlich Einlegerstruktur (Einleger, Sektoren), Laufzeiten (Ursprungs- und Restlaufzeiten) und Währungen analysiert und berichtet werden.

Einlegerstruktur per 31.12.2012

%



Zur Analyse der Risikokonzentrationen werden diverse quantitative Maße (z. B. Konzentrationskurve, Herfindahl-Index und Verhältniskennzahlen) berechnet. Des Weiteren erfolgt nicht nur eine Analyse der Struktur, sondern insbesondere auch des Risikogehalts, um effiziente Steuerungsimpulse aus den quantitativen Maßen in Kombination mit einer qualitativen Diskussion ableiten zu können. Beispielsweise werden bei der Analyse der größten Einleger die Restlaufzeiten der Einlagen sowie historisch abgeleitete Prolongationsquoten, die auch in der Liquiditätsablaufbilanz Anwendung finden, berücksichtigt.

Neben der Analyse der Einlegerstruktur werden auch Liquiditätskonzentrationen bezüglich makroökonomischer Faktoren untersucht. Hier zeigt sich eine unverändert hohe Abhängigkeit der Liquiditätssituation von der US-Dollar-Entwicklung. Grund hierfür ist der große Be-

stand an US-Dollar-Aktiva, die unter anderem durch Cross-Currency-Swaps refinanziert werden. Bei einem EUR/USD-Kursrückgang stellt die Erhöhung des für die Fremdwährungsderivate zu stellenden Cash Collateral eine Liquiditätsbelastung dar. Zur Analyse der Abhängigkeit vom US-Dollar werden daher regelmäßig Sensitivitätsanalysen für das Cash Collateral sowie ein US-Dollar-Stresstest der Liquiditätsablaufbilanz durchgeführt.

Stabile Liquiditätslage trotz schwierigem Marktumfeld

Auch im Jahr 2012 waren die Entwicklungen an den Finanzmärkten von der anhaltenden Staatsschuldenkrise in Europa bestimmt. Nach einer kurzen anfänglichen Beruhigung durch die zusätzliche, von der EZB zur Verfügung gestellte Liquidität kam es zu erneuter Unruhe an den Finanzmärkten. Verantwortlich dafür war vor allem

die Sorge um einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Eurozone, aber auch um den spanischen Bankensektor sowie die weitere konjunkturelle Entwicklung in der Eurozone. In der Folge ließ die Wirkung der zusätzlichen Zentralbankliquidität nach und die europäische Staatsschuldenkrise spitzte sich erneut zu. Unter anderem überzeugte das Programm zum Ankauf von Staatsanleihen viele Investoren davon, dass die Politik an der Eurozone langfristig festhalten möchte. Positiv wirkte auch die Restrukturierung im spanischen Bankensektor. Die Verabschiedung eines neuen Rettungspakets für Griechenland war die jüngste Maßnahme, die zu einem signifikanten Rückgang der Risikoprämien für Anleihen der Peripherie-Staaten beigetragen hat. Im weiteren Jahresverlauf kam es auch durch die Lockerung der Geldpolitik der US-Notenbank zu deutlich rückläufigen Renditen für Bundesanleihen.

Die Liquiditätslage der Bank konnte im kurzen und mittleren Laufzeitbereich weiter verbessert werden. Im Mit-

telpunkt stand dabei die verstärkte Einlagen- und Fundingeinwerbung. So haben wir im Berichtsjahr beispielsweise im Rahmen zweier Benchmark-Emissionen mit einem Volumen von jeweils 500 Mio. Euro einen fünfjährigen und einen vierjährigen Hypothekendarlehenpfandbrief erfolgreich am Kapitalmarkt platziert. Neben weiteren Emissionen im Rahmen von Privatplatzierungen trugen auch der Anstieg der Termin- und Sichteinlagen von Unternehmenskunden und institutionellen Anlegern sowie Erfolge im forderungsbasierten Funding zur Verbesserung der Liquiditätslage bei.

Die folgende Tabelle zeigt die relativen Auslastungen des Liquiditätspotenzials in der Normal Case- und Stress Case-Liquiditätsablaufbilanz für einzelne kumulierte Liquiditätslücken am 31. Dezember 2012 sowie zum Ende 2011. Die Auslastung entspricht jeweils dem Anteil des kumulierten Gaps am gesamten Liquiditätspotenzial, das auch den aufsichtsrechtlich geforderten Liquiditätspuffer enthält.

Limitierung der kumulierten Liquiditätslücken
Auslastung des Liquiditätspotenzials

%	Normal Case		Stress Case	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
1. Tag	7	0	11	6
7. Tag	0	28	2	48
14. Tag	1	29	10	39
3. Woche	11	50	23	65
4. Woche	15	54	30	71
2. Monat	46	66	68	90
3. Monat	71	74	95	103
6. Monat	76	73	111	110
9. Monat	79	77	125	126
12. Monat	81	74	134	131

Die Risikotoleranz der Bank im Hinblick auf die Liquiditätsrisiken spiegelt sich unter anderem in der Definition einer Survival Period im Sinne einer Mindest-Überlebensdauer wider, die beschreibt, wie lange im Normal Case und im Stress Case des Zahlungsunfähigkeitsrisikos eine Auslastung des Liquiditätspotenzials unter 100% erreicht werden soll.

In der Normal Case-Betrachtung wird das Liquiditätspotenzial zum Berichtsstichtag höchstens mit 81% im 12. Monat ausgelastet. Damit werden alle Limite innerhalb der definierten Survival Period von zwölf Monaten eingehalten. Die Stress-Case-Liquiditätsablaufbilanz weist innerhalb der unter Berücksichtigung der MaRisk festgelegten Mindest-Survival-Period von einem Monat ebenfalls keine Überschreitungen des Liquiditätspotenzials

aus; tatsächlich werden die Liquiditätspotenziale Ende 2012 sogar für einen Zeitraum von vier Monaten eingehalten. Im Vergleich zum Ende 2011 haben sich die Auslastungsgrade aufgrund der durchgeführten Aktivitäten in den für das Zahlungsunfähigkeitsrisiko besonders relevanten Laufzeiten bis zu drei Monaten teilweise deutlich verringert. Kritische Limitauslastungen waren im Laufe des Berichtszeitraums weder in der Normal Case noch in der Stress Case-Liquiditätsablaufbilanz zu verzeichnen.

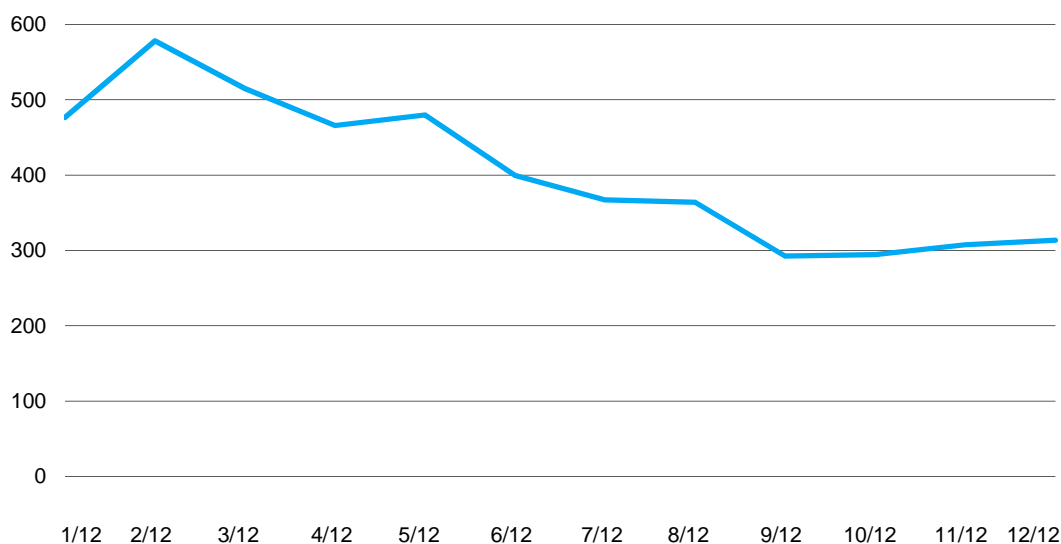
Die zusätzlich zur Stress Case-Liquiditätsablaufbilanz ermittelten Ergebnisse der markt- und institutsbezogenen Stressszenarien sowie des kombinierten Szenarios zeigen per Dezember 2012, dass der Liquiditätsbedarf der HSH Nordbank trotz der strengen Worst Case-Annahmen je nach Szenario für zwei Monate bis hin zu

zwölf Monaten durch das Liquiditätspotenzial gedeckt ist. Damit wird die Mindest-Survival-Period von einem Monat in allen Szenarien eingehalten. Die Ergebnisse belegen, dass die Bank entsprechend auf die betrachteten Krisenszenarien vorbereitet ist.

Der Liquidity-Value-at-Risk als Ausdruck des Liquiditätsfristentransformationsrisikos bewegte sich im Berichtsjahr auf monatlicher Basis zwischen 292 Mio. Euro und 578 Mio. Euro. Am 31. Dezember 2012 lag er bei 314 Mio. Euro. Im September 2012 erfolgte eine methodische Verbesserung der LVaR-Ermittlung, die ceteris paribus zu einem Rückgang des LvaR um 55 Mio. Euro führte. Im Zuge dieser Weiterentwicklung wurden unter anderem der Kreis der möglichen Refinanzierungsquellen erweitert (z. B. um Kundeneinlagen, assetbasierte Transaktionen) und verbesserte Marktdaten herangezogen.

Liquidity-Value-at-Risk Im Jahresverlauf 2012

Mio. €



Die Liquiditätslage der HSH Nordbank ist weiterhin stabil. Die Bank hat ihre Emissionsplanung im Berichtsjahr erfolgreich umgesetzt bei gleichzeitig positiver Entwicklung des Einlagenniveaus. Dazu hat auch die Platzierung der Hypothekenpfandbriefe im ersten Halbjahr beigetragen. Trotz dieser Erfolge besteht für die Bank nach wie vor aber kein uneingeschränkter Zugang zum Kapitalmarkt, so dass die zukünftige Refinanzierung und

das Rating der Bank weiterhin zu den wesentlichen Herausforderungen gehören. Weitere Informationen zur Refinanzierungslage der Bank enthält das Kapitel „Vermögens- und Finanzlage“.

Liquiditätskennzahl der HSH Nordbank AG
Die aufsichtsrechtliche Steuerungsgröße für Liquiditätsrisiken ist die Liquiditätskennzahl der Liquiditätsverord-

nung. Mit Werten zwischen 1,65 und 2,14 lag unsere Liquiditätskennzahl im Berichtsjahr jederzeit oberhalb

des aufsichtlichen Mindestwertes von 1,0. Der Durchschnittswert für 2012 lag bei 1,79 (Vorjahr: 1,79).

Liquiditätskennzahl (LiqV)

Monatsendwerte

	2012	2011
Januar	1,75	1,83
Februar	1,86	1,77
März	1,82	1,70
April	2,14	1,61
Mai	1,81	1,66
Juni	1,65	1,70
Juli	1,76	1,91
August	1,77	1,91
September	1,65	1,89
Oktober	1,69	1,81
November	1,68	1,74
Dezember	1,89	1,92

OPERATIONELLES RISIKO

Die HSH Nordbank definiert das operationelle Risiko (OpRisk) als die Gefahr von direkten und indirekten Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens der internen Infrastruktur, interner Verfahren, von Mitarbeitern oder infolge externer Einflüsse (Risikokategorien) eintreten. Die Definition bezieht Rechtsrisiken und Compliance-Risiken mit ein.

ORGANISATION DES MANAGEMENTS OPERATIONELLER RISIKEN

Das Management operationeller Risiken in der HSH Nordbank ist dezentral ausgerichtet. So werden die Risiken unmittelbar in den einzelnen Organisationseinheiten der Bank identifiziert und gesteuert. Entsprechend tragen die Bereichsleiter die Verantwortung für die Durchführung und die Qualität des Managements operationeller Risiken in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich. Die operative Umsetzung wird durch dezentrale OpRisk-Beauftragte in den einzelnen Unternehmensbereichen unterstützt.

Das zentrale OpRisk-Controlling im Bereich Group Risk Management definiert die bankweiten Grundsätze des operationellen Risikomanagements gemäß der vom Vorstand verabschiedeten OpRisk-Strategie und entwickelt die zentralen Methoden und Instrumente für die Identifizierung, Messung, Steuerung und Überwachung der operationellen Risiken.

Im Berichtsjahr wurde mit dem „OpRisk-Komitee“ ein bankweites Steuerungsgremium für operationelle und sonstige Risiken im Konzern eingeführt, das unter dem Vorsitz des Chief Risk Officers den Gesamtvorstand bei der Umsetzung der OpRisk-Strategie unterstützt. Ziel des interdisziplinären OpRisk-Komitees ist es, den Dialog zwischen den Beteiligten auf allen Hierarchieebenen zu fördern und geeignete Maßnahmen zur Minderung operationeller Risiken zu beschließen.

Die als relevant identifizierten Tochtergesellschaften HSH Nordbank Securities Konzern, HSH Real Estate Konzern, HSH Facility Management GmbH, HSH Security GmbH sowie HSH Kunden- und Kontenservice GmbH

sind in die konzernweite Betrachtung operationeller Risiken integriert.

MANAGEMENT DES OPERATIONELLEN RISIKOS

Die Identifikation, Analyse, Bewertung und Überwachung operationeller Risiken und die Förderung einer entsprechenden Risikokultur im Konzern ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die HSH Nordbank. Dabei kommen verschiedene Verfahren und Instrumente zum Einsatz.

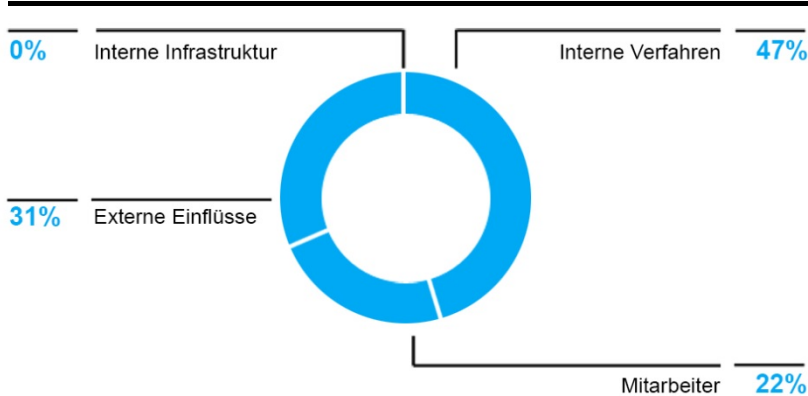
Schadenfalldatenbank

Die Schadenfälle aus operationellen Risiken werden für die Bank und die relevanten Tochtergesellschaften in einer zentralen Schadenfalldatenbank zusammengeführt.

Die Schadenfälle werden dezentral von den betroffenen Unternehmensbereichen erfasst und an das zentrale Risikocontrolling weitergeleitet. Die Ergebnisse der Analysen eingetretener Schadenfälle liefern dabei Ansatzpunkte zur Beseitigung bestehender Schwachstellen. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Schadenfallentwicklung und die ergriffenen Maßnahmen informiert. Über wesentliche operationelle Risikoereignisse wird der Vorstand umgehend informiert.

Die zentrale Schadenfalldatenbank berücksichtigt alle Schadenfälle mit einem Bruttoschaden von mindestens 2.500 Euro sowie seit 2012 wesentliche Beinaheschäden. Der größte Einzelbruttoschaden im Berichtsjahr entfällt auf die Kategorie Interne Verfahren.

Anteil der Risikokategorien an den operationellen Bruttoschäden 2012
%



Die HSH Nordbank nimmt am Austausch operationeller Schadenfalldaten im Rahmen des Datenkonsortiums operationeller Risiken (DakOR) teil. Dadurch erhält die HSH Nordbank eine umfassendere Datengrundlage für die Bewertung von Risikoszenarien und für externe Vergleiche.

Risikoinventur

Die HSH Nordbank führt jährlich eine konzernweite Risikoinventur durch. Die hieraus gewonnenen Informationen über die Risikosituation der Unternehmensbereiche ergänzen das Reporting operationeller Risiken und fördern damit die präventive Steuerung und Überwachung der operationellen Risiken. Die Bank führt die Risikoinventur auf Basis definierter Szenarien durch, die

sowohl eigene als auch externe Schadenfalldaten berücksichtigen, und leitet hieraus Schadenpotenziale ab.

Die Risikoinventur 2012 erfolgte auch vor dem Hintergrund der Umstrukturierung der Bank und dem vereinbarten Personalabbau. Um den sich daraus ergebenden operationellen Risiken zu begegnen, hat die Bank Maßnahmen ergriffen, die einerseits wichtige Know-how-Träger an die Bank binden und andererseits eine geordnete Umsetzung der Umstrukturierung gewährleisten sollen.

Maßnahmencontrolling

Ausgehend von einer Ursachenanalyse bedeutender Schadenfälle und den Ergebnissen der Risikoinventur

werden geeignete Maßnahmen festgelegt, um zukünftige Schäden soweit wie möglich zu vermeiden. Die identifizierten Maßnahmen sollen hierbei unter Kosten-Nutzen-Aspekten sachgerecht sein. Die Instrumente der Risikominderung bestehen dabei vor allem aus einer Vielzahl organisatorischer Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen, die auch im internen Kontrollsystem zur Anwendung kommen. Mit dem Maßnahmencontrolling überwacht das zentrale Risikocontrolling die tatsächliche Umsetzung der festgelegten Maßnahmen.

Risikoindikatoren

Im Berichtsjahr wurde in der Bank damit begonnen, Risikoindikatoren zu identifizieren und in das OpRisk-Reporting zu integrieren. Die Indikatoren werden auf Basis der eingeschätzten Risikolage ausgewählt und regelmäßig auf Aktualität hin geprüft. Durch eine fortlaufende und vergleichende Analyse von Schadenfällen und Risikoindikatoren sollen Risiken frühzeitig erkannt und ihren Ursachen vorgebeugt werden.

Rechtsrisiko

Zu den operationellen Risiken zählen gemäß Solvabilitätsverordnung auch die Rechtsrisiken. Dabei umfassen Rechtsrisiken wirtschaftliche Risiken aufgrund nicht erfolgter oder nicht vollständiger Berücksichtigung von Vorschriften bzw. des durch die Rechtsprechung definierten Rahmens, insbesondere des Handels-, Steuer- oder Gesellschaftsrechts. Steuerrisiken resultieren vor allem daraus, dass sich die verbindliche Auslegung von interpretierbaren Vorschriften in konkreten Einzelfällen aufgrund des langen Zeitraums noch ausstehender Betriebsprüfungen erst nach mehreren Jahren herausstellen kann. Derzeit sind die Betriebsprüfungen für die Jahre 2003 bis 2012 noch nicht abgeschlossen. Verantwortlich für die Steuerung dieser Risiken sind der Unternehmensbereich Recht und der Unternehmensbereich Steuern. Zur Risikominderung, -begrenzung oder -vermeidung erfolgt eine intensive juristische Beratung aller Unternehmensbereiche durch regelmäßig geschulte Mitarbeiter. Die Aktualität des Vertragswesens wird in einem strukturierten Prozess mit klaren Anforderungen und Verantwortlichkeiten sichergestellt.

Compliance-Risiko

Das Compliance-Risiko umfasst rechtliche und regulatorische Sanktionen oder finanzielle Verluste aufgrund der Nichteinhaltung von bestimmten Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien sowie organisatorischen Standards und Verhaltenskodizes. Der Bereich Compliance der HSH Nordbank verantwortet das Management von Risiken im Hinblick auf das Wertpapierhandelsgesetz und verwandte Normen, die Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen gemäß § 25c KWG, die Geldwäscheprävention und die internationalen Finanzsanktionen.

Der Code of Conduct fasst alle Verhaltensvorgaben des Compliance zusammen, die im internen Anweisungswesen detailliert niedergelegt sind. Er gilt für alle Mitarbeiter, Führungskräfte und für den Vorstand der HSH Nordbank AG, wird durch Schulungen vermittelt und ist ein verbindlicher Teil der Zielvereinbarungen. Über interne Meldewege und über die sogenannte „Whistleblowing-Stelle“ hat die Bank im Berichtsjahr Kenntnis von Verdachtsfällen regelwidrigen Verhaltens erhalten und an die zuständigen internen oder externen Stellen weitergeleitet. Die Whistleblowing-Stelle wird weiterhin von unabhängigen Ombudsmännern der BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft besetzt und ermöglicht die Abgabe auch anonymer Hinweise.

In den einzelnen Compliance-Themenbereichen wurden im Berichtsjahr verschiedene Weiterentwicklungen umgesetzt.

WEITERE WESENTLICHE RISIKEN

Zu den weiteren wesentlichen Risikoarten der HSH Nordbank gehören das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

STRATEGISCHES RISIKO

Das strategische Risiko ist die Gefahr eines finanziellen Schadens durch unzutreffende oder auf falschen Annahmen beruhenden langfristigen Entscheidungen, die sich insbesondere auf die Entwicklung einzelner Geschäftsfelder oder des gesamten Bankensektors beziehen.

Im Berichtsjahr hat die HSH Nordbank die strategische Neuausrichtung vor dem Hintergrund des Abschlusses

des EU-Verfahrens erfolgreich fortgesetzt. Durch die auflagen- und zusagenkonforme Konzentration auf ihre Kerngeschäftsfelder, die Separierung und den aktiven Abbau von risikobehafteten und nichtstrategischen Portfolios in der Restructuring Unit, der Konsolidierung im internationalen Standortnetzwerk sowie den Verkauf einer Vielzahl von Beteiligungen konnte das strategische Risiko im Berichtsjahr weiter reduziert werden.

REPUTATIONSRIKO

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr eines direkten oder indirekten Schadens durch Rufschädigung des Unternehmens und die damit gegebenenfalls verbundenen Opportunitätskosten. Unter Rufschädigung wird ein öffentlicher Vertrauens- oder Ansehensverlust der Bank aus Sicht einzelner Interessengruppen (z. B. Kapitalmarkt, Kunden, Anteilseigner, Investoren, Öffentlichkeit, Mitarbeiter) verstanden.

Zum einen kann eine Rufschädigung unmittelbar durch das Verhalten bankinterner Mitarbeiter, externer Interessengruppen oder durch das gesellschaftliche Umfeld insgesamt erfolgen. Hieraus können weitere negative Auswirkungen für die Bank erwachsen. Zum anderen können Reputationsrisiken im Sinne eines Folgerisikos indirekt durch den Schadeneintritt bei einer anderen Risikoart auftreten.

Die HSH Nordbank steuert Reputationsrisiken insbesondere mittels präventiver Maßnahmen zum einen über transaktionsspezifische Prüfungen, zum anderen durch prozessuale Regelungen, um den Eintritt von Reputationschäden möglichst weitestgehend zu verhindern. Entsprechend ist das Reputationsrisiko auch Bestandteil unserer Risikostrategie.

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Das Geschäftsjahr 2012 war geprägt vom kontinuierlichen Abbau risikobehafteter, nicht-strategischer Kredit- und Kapitalmarktgeschäfte in den Portfolios der Restructuring Unit sowie von Fortschritten in der Umsetzung des neuen Geschäftsmodells „Bank für Unternehmer“. Dies spiegelt sich im Rückgang der ausstehenden Kreditbeträge der Ausfallrisikoengagements in der Restructuring Unit und im Aufbau neuer Engagements in den strategischen Kernbereichen der Bank wider.

Die Risikotragfähigkeit der HSH Nordbank war im Berichtsjahr mit Auslastungsgraden des Risikodeckungspotenzials von maximal 42% durchgängig gegeben. Der fortlaufende Abbau von Risikopositionen im Zuge der Umsetzung der EU-Auflagen hat hierzu positiv beigetragen. Für die Zukunft erwarten wir insbesondere aus der geplanten Aufstockung des kapitalentlastenden Garantierahmens auf die ursprüngliche Höhe von 10 Mrd. Euro eine nachhaltige Stärkung unserer Risikotragfähigkeit. Unsicherheiten bestehen weiterhin insbesondere durch Risikokonzentrationen in den Shipping-Portfolios sowie im US-Dollar-Geschäft der Bank. Hier wirken sich die Überkapazitäten in weiten Teilen der Schiffahrtsmärkte bzw. die Euro-Staatsschuldenkrise belastend aus.

Im Berichtsjahr hat die Bank mit dem sogenannten Business-Review-Meeting ein zentrales Steuerungsgremium etabliert, das die Zielerreichung der Geschäftsbereiche insbesondere mit Blick auf eine optimale Ressourcenallokation und unter Berücksichtigung der EU-Auflagen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen initiiert.

Die Bank wird wie im abgelaufenen Berichtsjahr auch im Jahr 2013 ihr Risikomanagementsystem weiterentwickeln. Der Schwerpunkt liegt dabei weiterhin auf der Unterstützung des fokussierten Geschäftsmodells durch Verbesserung der angewandten Methoden und Verfahren zur Steuerung und zum Controlling der wesentlichen Risikoarten.

Die Umsetzung neuer aufsichtsrechtlicher Vorgaben wird ein weiterer Schwerpunkt unserer Aktivitäten im Jahr 2013 sein. Für die fristgerechte Erfüllung sämtlicher Regelungen der neuen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) bis Ende 2013 hat die Bank geeignete Maßnahmen ergriffen. Die zukünftigen Anforderungen, die sich aus dem Basel-III-Regelwerk ergeben und die voraussichtlich ab 2014 schrittweise in Kraft treten, werden im Rahmen von Projekten umgesetzt.

Die von uns dargestellten Risiko- und Banksteuerungssysteme sind darauf ausgerichtet, Risiken systematisch zu berücksichtigen. Dies gilt auch für unsere Erwartungen zur zukünftigen Markt- und Geschäftsentwicklung. Nach unserer Überzeugung haben wir die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung unserer Geschäfts-

aktivitäten, u. a. im „Ausblick“ und in diesem Risikobereich, zutreffend dargestellt. Entsprechend gehen wir davon aus, dass Risikotragfähigkeit und Zahlungsfähigkeit der HSH Nordbank auf Basis der eingeleiteten Maßnahmen auch zukünftig nachhaltig gegeben sein werden.

SCHLUSSERKLÄRUNG ZUM ABHÄNGIGKEITSBERICHT GEMÄß § 312 AKTG

Der Vorstand der HSH Nordbank AG hat gemäß § 312 des Aktiengesetzes (AktG) einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2012 abzugeben (Abhängigkeitsbericht).

Die Schlussklärung des Vorstandes zum Abhängigkeitsbericht lautet wie folgt:

„Die HSH Nordbank AG hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden,

bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Es wurden keine Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse beider beherrschenden Unternehmen getroffen oder unterlassen.“

Herrschende Unternehmen der HSH Nordbank AG sind die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein, die ihre Willensbildung über die mit Wirkung zum 21. April 2009 gegründete HSH Finanzfonds AöR - Gemeinsame Anstalt der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein (HSH Finanzfonds AöR) - koordinieren.“

Hamburg/Kiel, den 21. März 2013



von Oesterreich



Ermisch



Temp



Wartenweiler



Wittenburg

JAHRESABSCHLUSS

der HSH NORDBANK AG

BILANZ DER HSH NORDBANK AG ZUM 31. DEZEMBER 2012

Aktivseite

T €

	(Anhangangabe Nr.)			31.12.2012	31.12.2011
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			13.499		10.259
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			6.342.323		1.478.410
darunter:				6.355.822	1.488.669
bei der Deutschen Bundesbank	6.043.228				
	(Vorjahr 761.456)				
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			325.134		314.615
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	317.691				
	(Vorjahr 305.698)			325.134	314.615
3. Forderungen an Kreditinstitute	(5, 6, 22-26)				
a) täglich fällig			4.117.642		5.211.815
b) andere Forderungen			5.639.958		3.685.750
				9.757.600	8.897.565
4. Forderungen an Kunden	(5, 6, 23-26)			77.842.063	88.125.235
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	13.724.146				
	(Vorjahr 15.091.161)				
Kommunalkredite	7.415.296				
	(Vorjahr 7.850.533)				
durch Schiffspfandrechte gesichert	10.826.369				
	(Vorjahr 13.890.478)				
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(8, 23-26, 28, 29, 37)				
a) Geldmarktpapiere					
aa) von anderen Emittenten		103.413			105.136
			103.413		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		6.298.975			4.367.618
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	5.700.697				
	(Vorjahr 3.709.084)				
bb) von anderen Emittenten		15.161.709			18.802.939
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	8.965.627		21.460.684		
	(Vorjahr 11.746.616)				
c) eigene Schuldverschreibungen			3.862.783		4.520.424
Nennbetrag	3.873.504			25.426.880	27.796.117
	(Vorjahr 4.558.168)				
Übertrag				119.707.499	126.622.201

BILANZ DER HSH NORDBANK AG ZUM 31. DEZEMBER 2012

Aktivseite

T €

	(Anhangangabe Nr.)			31.12.2012	31.12.2011
	Übertrag			119.707.499	126.622.201
6. Aktien und andere nicht fest verzinsliche Wertpapiere	(8, 25, 28, 29, 30, 37)			372.205	445.188
6a. Handelsbestand	(9, 25, 27)			11.728.438	12.423.095
7. Beteiligungen	(14, 28, 37, 66)			169.483	201.114
darunter:					
an Kreditinstituten		44.087			
	(Vorjahr	45.501)			
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	(14, 28, 37, 66)			1.603.148	1.099.800
darunter:					
an Kreditinstituten		65.500			
	(Vorjahr	48.400)			
an Finanzdienstleistungsinstituten		189			
	(Vorjahr	193)			
9. Treuhandvermögen	(31)			322.256	323.343
darunter					
Treuhandkredite		14.369			
	(Vorjahr	17.022)			
10. Immaterielle Anlagewerte	(15, 37)				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			3.425		1.734
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			22.559		32.839
				25.984	34.573
11. Sachanlagen	(16, 37)			109.590	43.204
12. Sonstige Vermögensgegenstände	(32)			530.861	853.671
13. Rechnungsabgrenzungsposten	(5, 18, 33)			205.433	183.977
14. Aktive latente Steuern	(17, 34)			1.303.676	1.438.087
Summe der Aktiva				136.078.573	143.668.253

BILANZ DER HSH NORDBANK AG ZUM 31. DEZEMBER 2012

Passivseite

T €

	(Anhangangabe Nr.)			31.12.2012	31.12.2011
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(18, 38-41)				
a) täglich fällig			1.078.750		785.820
b) mit vereinbarter Laufzeit o. Kündigungsfrist			30.549.002		26.648.817
				31.627.752	27.434.637
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(18, 39-41)				
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		58.734			59.864
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		2.250			2.857
			60.984		62.721
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		9.081.255			8.262.814
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		34.812.261			36.518.176
			43.893.516		44.780.990
				43.954.500	44.843.711
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	(18, 40, 41, 69)				
a) begebene Schuldverschreibungen			32.468.105		42.137.032
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			521.327		176.485
darunter:				32.989.432	42.313.517
Geldmarktpapiere		506.172			
(Vorjahr		79.698)			
3a. Handelsbestand	(9, 42)			10.873.502	11.397.792
4. Treuhandverbindlichkeiten	(43)			322.256	323.343
darunter:					
Treuhandkredite		14.369			
(Vorjahr		17.022)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten	(44)			2.225.534	3.419.448
6. Rechnungsabgrenzungsposten	(5, 18, 45)			225.473	253.742
6a. Passive latente Steuern	(17, 46)			488.064	359.555
7. Rückstellungen	(19)				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			660.214		600.398
b) Steuerrückstellungen			92.393		909
c) andere Rückstellungen	(47)		893.951		977.002
				1.646.558	1.578.309
8. Nachrangige Verbindlichkeiten	(48)			4.180.774	5.095.100
9. Genusssrechtskapital	(49)			35.571	67.610
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig		18.284			
(Vorjahr		28.506)			
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken	(50)			2.032.075	1.051.693
davon Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB		-			
(Vorjahr		-)			
Übertrag				130.601.491	138.138.457

BILANZ DER HSH NORDBANK AG ZUM 31. DEZEMBER 2012

Passivseite

T €

	(Anhangangabe Nr.)			31.12.2012	31.12.2011
	Übertrag			130.601.491	138.138.457
11. Eigenkapital	(51)				
a) Gezeichnetes Kapital					
aa) Grundkapital		3.018.225			2.635.083
ab) Stille Einlagen		1.545.177			1.707.377
b) Kapitalrücklage			4.563.402		4.342.460
c) Gewinnrücklagen			595.804		809.380
andere Gewinnrücklagen		708.391	708.391		708.391
d) Bilanzverlust			-390.515		-330.435
				5.477.082	5.529.796
Summe der Passiva				136.078.573	143.668.253
1. Eventualverbindlichkeiten	(62)				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				4.568.887	6.334.965
2. Andere Verpflichtungen	(62)				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen				5.025.942	6.877.394

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER HSH NORDBANK AG

Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

T €

	(Anhangangabe Nr.)			31.12.2012	31.12.2011
1. Zinserträge aus	(52, 53)				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		7.039.614			8.874.609
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		675.035			757.469
			7.714.649		9.632.078
2. Zinsaufwendungen			6.560.727	1.153.922	8.432.825
					1.199.253
3. Laufende Erträge aus	(52)				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			128.956		155.369
b) Beteiligungen			14.602		39.800
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			103.459		47.757
				247.017	242.926
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	(52)			30.896	48.287
5. Provisionserträge	(52, 54)		189.039		171.916
6. Provisionsaufwendungen	(54)		386.761	-197.722	457.865
					-285.949
7. Nettoaufwand des Handelsbestands	(52)			20.821	226.676
8. Sonstige betriebliche Erträge	(52, 55)			676.294	233.858
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		255.227			288.504
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		64.670			63.731
			319.897		352.235
darunter: für Altersversorgung			30.725 (Vorjahr 27.297)		
b) andere Verwaltungsaufwendungen	(56)		328.418	648.315	354.683
					706.918
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				18.652	23.600
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(57)			340.310	166.664
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				119.601	235.051
Übertrag				1.001.910	549.568

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER HSH NORDBANK AG

Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

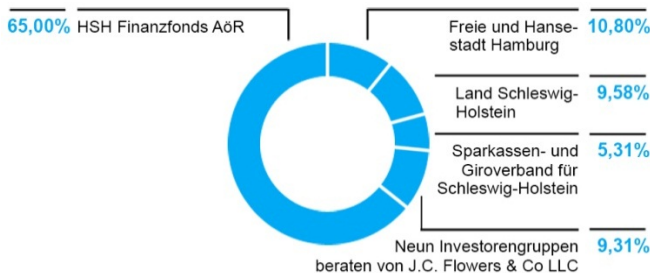
T €

	(Anhangangabe Nr.)			31.12.2012	31.12.2011
	Übertrag			1.001.910	549.568
13. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				980.382	-
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				99.728	47.644
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme				60.287	38.937
16. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				-138.487	462.987
17. Außerordentliche Erträge			9.080		39.201
18. Außerordentliche Aufwendungen			53.281		751.319
19. Außerordentliches Ergebnis	(58)			-44.201	-712.118
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(59)		363.269		234.264
21. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 11 ausgewiesen			1.557		481
				364.826	234.745
22. Erträge aus Verlustübernahme	(60)			156.999	153.441
23. Jahresfehlbetrag				-390.515	-330.435
24. Verlustvortrag aus dem Vorjahr				-330.435	-219.049
25. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				330.435	219.049
26. Bilanzverlust				-390.515	-330.435

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

ALLGEMEINE ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN

1. Die HSH Nordbank AG und ihre Anteilseigner Die HSH Nordbank AG, mit Sitz in Hamburg und Kiel, wurde im Rahmen der Verschmelzung der Hamburgische Landesbank – Girozentrale –, Hamburg, und der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, am



2. Bereitstellung eines Garantierahmens

GRUNDLAGEN DER WIRKUNG DER ZWEITVERLUSTGARANTIE

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank haben das Land Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg der HSH Nordbank AG über die HSH Finanzfonds AöR als Garantiegeberin am 2. Juni 2009 einen Garantierahmen über 10 Mrd. Euro gewährt. Dieser Vertrag über die Bereitstellung eines Garantierahmens sowie eine damit in Verbindung stehende Rekapitalisierung der Bank stellen einen durch die EU-Kommission genehmigungspflichtigen beihilferechtlichen Tatbestand dar. Die EU-Kommission hat dieses Beihilfeverfahren Ende September 2011 unter Vereinbarung eines Zusagenkatalogs und Auferlegung von Auflagen mit den Beteiligten abgeschlossen. Die Garantie der Länder teilt sich im Rahmen der bilanziellen Abbildung in zwei Teilgarantien auf. Teilgarantie Eins bezieht sich auf nicht strukturierte Finanzinstrumente. Teilgarantie Zwei bezieht sich auf strukturierte, insbesondere ganz oder teilweise derivative Finanzinstrumente sowie Eigenkapitaltitel. Beide Teilgarantien werden im Einzelabschluss der HSH Nordbank AG gemäß IDW RS BFA 1 abgebildet und sind Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands.

2. Juni 2003 neu gegründet. Handels- und steuerrechtlich erfolgte die Fusion rückwirkend zum 1. Januar 2003.

Die folgende Übersicht zeigt die Anteilseigner der HSH Nordbank AG mit ihren jeweiligen mittelbaren und unmittelbaren Anteilen am stimmberechtigten Kapital:

Die Garantiegeberin sichert bonitätsinduzierte tatsächliche Zahlungsausfälle aus nach definierten Kriterien selektierten Schuldinstrumenten im Vermögen der HSH Nordbank AG und von zwei Tochterunternehmen ab. Ein Selbstbehalt von 3,2 Mrd. Euro verbleibt bei der Bank als Garantiennehmerin. Die HSH Nordbank AG und die Garantiegeberin können gemeinsam eine Reduzierung dieses Selbstbehalts vereinbaren.

Der Zahlungsausfall eines Einzelengagements ermittelt sich aus dem ausstehenden Betrag unter Berücksichtigung der Einzelrisikovorsorge, die zum 31. März des Jahres 2009 bestand. Der ausstehende Betrag entspricht maximal dem per 31. März 2009 bestehenden Rückzahlungsanspruch, zuzüglich sämtlicher geschuldeter Zinsen und sonstiger Nebenleistungen. Eine Verlustzuweisung unter der Garantie bedarf der Prüfung und Genehmigung des Garantiefalles durch die Garantiegeberin.

Die Garantie erlischt durch Rückgabe an die Garantiegeberin, nachdem das letzte Referenzengagement des abgesicherten Portfolios vollständig und unwiderruflich erfüllt wurde oder in vollem Umfang zu einem Garantiefall geführt hat. Die HSH Nordbank AG kann seit dem 1. Januar 2010 bis zum Ablauf des Jahres 2013 die Garantie durch Teilkündigungen, die 3 Mrd. Euro pro Jahr

nicht übersteigen dürfen, auf 4 Mrd. Euro reduzieren. Ab 2014 ist eine vollständige Kündigung möglich.

Die Garantie wurde in 2011 um insgesamt 3 Mrd. Euro auf nunmehr 7 Mrd. Euro zurückgeführt. Im Berichtsjahr erfolgte keine Rückführung.

Für die Gewährung der Garantie entrichtet die HSH Nordbank AG eine vertragliche Grundprämie in Höhe von 4% p.a. auf das jeweils ausstehende Garantievolumen. Inanspruchnahmen reduzieren die Bemessungsgrundlage der Prämie nicht. Die laufend zu zahlende Grundprämie wird aufwandswirksam pro rata temporis im Provisionsergebnis erfasst.

Solange und soweit die Inanspruchnahme der Garantie noch nicht durch abgerechnete Verluste erfolgt ist, die in Summe den durch die Bank zu tragenden Erstverlust von 3,2 Mrd. Euro übersteigen, besteht gegenüber der HSH Finanzfonds AöR kein aktivierbarer Ausgleichsanspruch. Vor diesem Hintergrund bildet die Bank die bilanziell erfasste Sicherungswirkung der Garantie im Rahmen einer Nettobilanzierung ab. Diese besteht darin, dass die Bank zunächst Einzelrisikovorsorge und Pauschalwertberichtigungen ohne Berücksichtigung der Sicherungswirkung der Zweitverlustgarantie bildet und die Sicherungswirkung dann bilanziell mit dem Kompensationsposten verrechnet und abgebildet, der aktivisch von den Forderungen an Kunden absetzt.

Der Kompensationsposten wird durch eine von der EU-Kommission festgelegte zusätzliche Prämie in Höhe von 3,85% p. a. auf die tatsächlich abgerechneten Verluste gemindert. Diese zusätzliche Prämie wird nur im Falle einer tatsächlichen Inanspruchnahme der Garantie gezahlt. Deshalb setzt die Verfügungsmacht der HSH Finanzfonds AöR über diesen Anspruch erst zu diesem Zeitpunkt ein. Bis zu einer eventuellen tatsächlichen Inanspruchnahme der Garantie handelt es sich um eine Eventualverpflichtung der Bank, der eine korrespondierende Rückgriffsforderung gegen die HSH Finanzfonds AöR gegenüber steht. Im Falle einer Inanspruchnahme ist diese zusätzliche Prämie mit dem 3 Monats-EURIBOR zu verzinsen (sog. Zinersatzanspruch). Die zusätzliche Prämie inklusive etwaiger darauf zu leistender Zinsen ist längstens zahlbar bis zum 31. Dezember 2019.

Bemessungsgrundlage für die Verpflichtung aus der zusätzlichen Prämie ist der jeweils ausstehende, nicht gekündigte Garantierahmen. Inanspruchnahmen reduzieren die Bemessungsgrundlage der Prämie nicht. Die rückwirkend seit dem 1. April 2009 anfallende Prämie von 3,85% auf das zurzeit bestehende Garantievolumen von 7 Mrd. Euro, ist auf ein Konto mit Sperrvermerk der HSH Finanzfonds AöR bei der HSH Nordbank AG zu leisten. Solange die abgerechneten Verluste 3,2 Mrd. Euro nicht übersteigen, besteht kein Anspruch der HSH Finanzfonds AöR auf Auszahlung. Für die Jahre 2009 bis 2011 erfolgten Leistungen zu den vereinbarten Zahlungsterminen in Höhe von 752 Mio. Euro. Für das Geschäftsjahr 2012 ist zum Zahlungstermin 7. März 2013 ein Betrag in Höhe von 274 Mio. Euro zu berücksichtigen.

Die von der Bank ermittelte Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Inanspruchnahme der Zweitverlustgarantie gibt an, wie wahrscheinlich es ist, dass tatsächliche Verluste den Selbstbehalt der Bank um mindestens 1 Euro übersteigen. Soweit die Inanspruchnahme der Garantie überwiegend wahrscheinlich ist, sind auch zukünftig zu leistende Prämien als Kosten der Kreditsicherheit (barwertig) zu erfassen, da gem. Garantievertrag Inanspruchnahmen die Bemessungsgrundlagen der Garantieprämien nicht mindern.

Soweit die Verpflichtung zur Zahlung der zusätzlichen Prämie (sowohl ex post als auch ex ante) dazu führen würde, dass die Kernkapitalquote ohne Hybridkapital (Common Equity Quote) der HSH Nordbank AG unter 10% (Mindest Common Equity Quote) absinkt oder eine bereits bestehende Unterschreitung ausweiten würde, ist die Garantiegeberin verpflichtet, auf den Teil des Anspruchs, der zu einem Absinken unter die Mindest Common Equity Quote führen würde, gegen Gewährung eines Besserungsscheins zu verzichten (sog. Kapital-schutzklausel).

Sofern im Sanierungs- und Abwicklungsverfahren in Bezug auf abgesicherte Engagements garantiekonforme Maßnahmen unternommen werden, die einer bilanzrechtlichen Anerkennung des Sicherungsinstrumentes als Finanzgarantie unter IAS 39.9 widersprechen, kann nach Zustimmung des von der Garantiegeberin eingesetzten Treuhänders eine Übertragung der Engagements

in eine Teilgarantie Zwei unter dem Rahmenvertrag erfolgen.

Per 31. Dezember 2012 betrug die Sicherungswirkung der Teilgarantie Zwei 5 Mio. Euro. Auf diesen Betrag entfiel eine zusätzliche Prämie von 0,7 Mio. Euro.

BILANZIELLE AUSWIRKUNG DER ZWEITVERLUSTGARANTIE IM GESCHÄFTSJAHRE 2012

Die erstmals zum 31. Dezember 2010 eingetretene bilanzielle Sicherungswirkung des von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein über die HSH Finanzfonds AöR gewährten Garantierahmens beträgt zum 31. Dezember 2012 2.903 Mio. Euro.

Wir gehen davon aus, dass die erwarteten Zahlungsausfälle im Kreditgeschäft aus dem von der Garantie abgedeckten Portfolio in der Zukunft über den Selbstbehalt der Bank in Höhe von 3,2 Mrd. Euro steigen werden. Aufgrund dessen waren im Berichtsjahr erstmals zukünftig erwartete Gebühren (Grund- und Zusatzprämie) für die Zweitverlustgarantie in der Risikovorsorge zu erfassen. Diese beliefen sich zum Ende des Geschäftsjahres 2012 auf 349 Mio. Euro und werden mit dem Kompensationsposten verrechnet. Hierbei entfallen 224 Mio. Euro auf die zukünftige Zusatzprämie (Zusatzprämie exante) und 125 Mio. Euro auf zukünftige Grundprämie (Grundprämie exante).

Die Common Equity Quote ist im Geschäftsjahr 2012 unter die Marke von 10% gesunken, so dass die Garantiegeber Hamburg und Schleswig-Holstein über die HSH Finanzfonds AöR teilweise auf ihren Anspruch aus der Zusatzprämie (expost und exante) gegen Gewährung eines Besserungsscheins verzichtet haben. Der aufgeschobene Anspruch auf die zusätzliche Prämie lebt während der Laufzeit des Besserungsscheins in der Höhe jeweils wieder auf, in der die Mindest Common Equity Quote überschritten wird.

Die Bank hat für diesen Sachverhalt einen Ertrag in Höhe von 652 Mio. Euro erfasst, der in den Kompensationsposten einbezogen wird.

Somit wurden per 31. Dezember 2012 zunächst 2.903 Mio. Euro in den Forderungen an Kunden kompensatorisch berücksichtigt. Auf diesen Betrag wurde die zusätz-

liche Prämie von 3,85% seit dem 1. April 2009 bis zum 31. Dezember 2012 berechnet und in Höhe von 425 Mio. Euro (hiervon entfallen 287 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2012) aufwandswirksam in der Risikovorsorge erfasst. Auf diesen Betrag wurde ein Zinersatzanspruch in Höhe von 3 Mio. Euro ermittelt. Ebenso aufwandswirksam erfasst wurden die exante Zusatzprämie in Höhe von 224 Mio. Euro sowie die exante Grundprämie in Höhe von 125 Mio. Euro. Damit der HSH Finanzfonds AöR im Falle einer tatsächlichen Inanspruchnahme der Garantie ein Ausgleich auf Nettobasis erfolgen würde, werden der Kompensationsposten und die darauf entfallenden Buchungen aus Zusatzprämie (expost und exante), Zinersatzanspruch, Grundprämie (exante) und Forderungsverzicht miteinander verrechnet. Der Kompensationsposten netto beträgt 2.778 Mio. Euro.

Darüber hinaus war die HSH Nordbank AG verpflichtet, einmalig eine Zahlung in Höhe von 500 Mio. Euro an die Garantiegeberin der Zweitverlustgarantie zu leisten, die im Wege einer Sacheinlage wieder in die Bank einzubringen war. Die Zahlung wurde in 2011 geleistet. Am 18. Januar 2012 hat die Hauptversammlung in einer außerordentlichen Sitzung eine gemischte Bar- und Sachkapitalerhöhung beschlossen. Mit Eintragung der Kapitalerhöhung in die Handelsregister am 20. Februar 2012 wurde diese wirksam.

3. Einlagensicherung, Gewährträgerhaftung und Anstaltslast

Die HSH Nordbank AG ist über die Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen dem Sicherungssystem der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. In diesem System besteht ein Haftungsverbund der regionalen Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen und des Sicherungsfonds der Landesbausparkassen (vgl. auch Anhangangabe Nr. 65). Das Sicherungssystem dient dazu, jederzeit die Liquidität und Solvenz der angeschlossenen Institute zu gewährleisten.

Die in der Brüsseler Verständigung vom 17. Juli 2001 gefundene Übergangsregelung zum Auslaufen der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung am 18. Juli 2005 gilt gemäß § 2 des Staatsvertrags zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Verschmelzung der Vorgängerinstitute vom

4. Februar 2003 gleichermaßen für die HSH Nordbank AG. Somit sind Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 begründet wurden, unabhängig von ihrer Laufzeit durch die Gewährträgerhaftung gedeckt. Verbindlichkeiten, die nach diesem Zeitpunkt, aber vor dem 18. Juli 2005 begründet wurden, sind ebenfalls von der Gewährträgerhaftung gedeckt, wenn ihre Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

Als Alteigentümerin der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale haftet die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, im Rahmen der oben dargestellten Gewährträgerhaftung für die bis zu ihrem Ausscheiden mit Wirkung vom 23. Mai 2003 vereinbarten und im Wege der Verschmelzung auf die HSH Nordbank AG übergegangenen Verbindlichkeiten sowie die Westdeutsche Landesbank, Düsseldorf, bzw. ihre Rechtsnachfolgerin für bis zum Wegfall der Gewährträgerhaftung eingegangene Verbindlichkeiten.

4. Angewandte Rechnungslegungsvorschriften
Den Jahresabschluss und den Lagebericht der HSH Nordbank AG zum 31. Dezember 2012 haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Daneben haben wir die einschlägigen Verlautbarungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) beachtet.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Annahme der Unternehmensfortführung

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern). Dabei wird insbesondere davon ausgegangen, dass die Wiederaufstockung des kapitalentlastenden Garantierahmens mit Unterstützung aus dem Eigentümerkreis erfolgt, um die aufsichtsrechtlich geforderten Kapitalquoten für die Bank nachhaltig sicherzustellen. Die getroffene Annahme der Unternehmensfortführung basiert darauf, dass die erfolgte Zustimmung der Landesregierungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Garantierhöhung durch die Parlamente der beiden Länder bestätigt wird und die Europäische Kommission der Garantierhöhung zunächst bis zum Zeitpunkt einer

abschließenden Entscheidung zustimmt. Darüber hinaus ist der Garantievertrag so anzupassen, dass die darin enthaltene Kapitalschutzklausel auch nach Umstellung der Kapitalermittlung auf IFRS uneingeschränkt wirksam bleibt. Sofern die EU-Kommission die Wiederaufstockung der kapitalentlastenden Garantie oder die Änderung des Garantievertrags als neuen zu genehmigenden Beihilfetatbestand einstuft, ist es notwendig, dass eine abschließende EU-Genehmigung erteilt und nur mit solchen Auflagen verbunden wird, die im Rahmen einer betriebswirtschaftlich tragfähigen Unternehmensplanung umsetzbar sind. Weiterhin darf die aufsichtsrechtliche Wirksamkeit der durch die Garantierhöhung erreichten Stärkung der Kapitalquoten nicht gefährdet werden. Ferner ist erforderlich, dass die für die erfolgreiche Umsetzung des Geschäftsmodells der HSH Nordbank AG benötigte Akzeptanz durch Marktteilnehmer und sonstige relevante Stakeholder auch im Falle potentieller Auflagen erhalten bleibt.

Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

In der Berichtsperiode wurde die Methode zur Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen geändert (vgl. Anhangangabe Nr. 6).

5. Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden (Aktivpositionen 3 und 4) setzen wir zum Nennwert bzw. zu den Anschaffungskosten an. Agien bzw. Disagien werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und linear über die Laufzeit oder die kürzere Festzinsbindungsdauer aufgelöst. Anteilige Zinsen grenzen wir periodengerecht ab und weisen sie in den entsprechenden Forderungspositionen aus. Dem strengen Niederstwertprinzip tragen wir durch eine stringente Anwendung unserer nachfolgend erläuterten Grundsätze zur Risikovorsorge Rechnung.

Liegt bei sogenannten unechten Verbriefungstransaktionen kein Abgang unserer bilanziellen Forderungen vor und verbleiben die Risiken aus den Forderungen vollständig bei der HSH Nordbank AG, erfassen wir ggf. erforderliche Wertberichtigungen ausschließlich bei unseren originären Forderungen.

6. Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft (Risikovorsorge)

Zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft bilden wir gemäß den folgenden Grundsätzen Wertberichtigungen, die wir von den entsprechenden bilanziellen Beständen aktivisch absetzen. Für außerbilanzielle Geschäfte erfolgt dies durch die Bildung von Rückstellungen. Um sicher zu stellen, dass unsere Risikovorsorge alle erkennbaren Adress- und Länderrisiken abdeckt, ermitteln wir sie in drei Schritten:

Unsere Kreditengagements werden laufend überwacht. Für alle bei dieser Einzelbetrachtung erkennbaren Adressrisiken im Kreditgeschäft bilden wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des erwarteten Ausfalls. Wir ermitteln den erwarteten Ausfall aus dem Buchwert der Forderung abzüglich des Barwerts aller noch erwarteten Zahlungseingänge. Die erwarteten Zahlungseingänge umfassen insbesondere alle erwarteten Zins- und Tilgungszahlungen sowie Eingänge aus der Verwertung von Sicherheiten; dabei werden entstehende Verwertungskosten berücksichtigt.

Darüber hinaus bilden wir für Engagements mit Kreditnehmern, die ihren Sitz in einem Land mit einem Rating im Non-Investmentgrade haben, pauschale Länderwertberichtigungen. Die Wertberichtigungssätze sind je nach Ratingstufen in 5%-Schritten gestaffelt. Geschäfte in Ländern mit Defaultrating (16-18) werden zu 100% berücksichtigt. Die bei Kunden und Kreditinstituten bereits adressenbezogen gebildete Risikovorsorge wird bei der Festlegung der Bemessungsgrundlage nicht einbezogen. Genauso werden weitere risikomindernde Sachverhalte (wie z. B. werthaltige Sicherheiten) angerechnet.

Schließlich bilden wir auf die übrigen, in den ersten beiden Schritten nicht wertberichtigten, aber mit latenten Risiken behafteten Kreditengagements handelsrechtlich Pauschalwertberichtigungen. In der Berichtsperiode haben wir die Methode zur Bestimmung der Pauschalwertberichtigung geändert. Wir ermitteln die Pauschalwertberichtigungen seit 31. Dezember 2012 unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen des wirtschaftlichen Umfelds auf Basis eines Expected-Loss-Ansatzes, da auf dieser Grundlage den latenten Risiken angemessener Rechnung getragen wird. Die Pauschalwertberichtigungen werden dabei unter Verwendung

aufsichtsrechtlicher Berechnungsparameter nach Basel II, und zwar Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, PD) und Verlusthöhe im Schadensfall (Loss Given Default, LGD), bestimmt. Ein in die Berechnung eingehender LIP-Faktor (Loss Identification Period Factor) stellt die Zeitspanne zwischen Eintritt eines Verlustereignisses und dessen Bekanntwerden dar und dient zur Ableitung der eingetretenen aus den erwarteten Verlusten. Die Pauschalwertberichtigungen bilden wir für Forderungen, Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen an Kunden. Aus der Methodenstellung resultiert im Vergleich zur bisherigen Methode eine Erhöhung der Pauschalwertberichtigung um 373 Mio. EUR. Für steuerliche Zwecke werden die Pauschalwertberichtigungen weiterhin gemäß dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994 ermittelt.

Sofern das Kreditrisiko entfällt oder sich vermindert, werden alle drei genannten Arten der Risikovorsorge in entsprechender Höhe aufgelöst. Damit kommen wir dem steuer- und handelsrechtlichen Wertaufholungsgebot nach.

Stellt die Bank fest, dass eine Forderung vollständig oder teilweise als uneinbringlich eingestuft werden muss, wird die Ausbuchung veranlasst.

Zur bilanziellen Sicherungswirkung des Garantierahmens der HSH Finanzfonds AöR verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Anhangangabe Nr. 2.

7. Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts

Als den beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bezeichnet man den Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes für Finanzinstrumente erfolgt grundsätzlich anhand des notierten Preises auf einem aktiven Markt (Mark-to-Market) oder, falls dies nicht möglich ist, mittels anerkannter Bewertungstechniken und -modelle (Mark-to-Matrix bzw. Mark-to-Model).

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes durch die Mark-to-Market Methode ist möglich, wenn ein Marktpreis, zu dem ein Geschäft abgeschlossen werden könnte

oder abgeschlossen worden ist, vorliegt. Dies ist in der Regel der Fall für börsengehandelte Wertpapiere und Derivate, die auf liquiden Märkten gehandelt werden.

Die Mark-to-Matrix Methode wird zur Ermittlung des Fair Value angewendet, wenn kein Marktpreis im Sinne der Mark-to-Market Methode vorliegt. Der beizulegende Zeitwert wird dann auf Basis von Preisen ermittelt, die von einem Zeitpunkt kurz vor dem Bewertungsstichtag stammen. Alternativ erfolgt die Verwendung von Transaktionspreisen, d. h. Preisen aus einer kurz zurückliegenden echten Transaktion. Ist der Fair Value nicht aus Markt- oder Transaktionspreisen des Finanzinstruments ermittelbar, wird er anhand von Preisen vergleichbarer Finanzinstrumente abgeleitet oder eine Modellbewertung mit annähernd vollständig marktbeobachtbaren Parametern durchgeführt. Alternativ werden qualitätsgesicherte Marktdaten geeigneter Preisagenturen oder auch validierte Preise von Marktpartnern (Arranger) herangezogen.

Die Ermittlung des Fair Value nach der Mark-to-Model Bewertung über ein geeignetes Modell (z. B. Optionspreismodell, Discounted Cash Flow-Methode, Collateralized-Debt-Obligation-Modell) erfolgt dann, wenn eine abgeleitete Bewertung nicht oder nicht in ausreichender Qualität möglich ist. Handelsaktiva und -passiva werden mit Mittelkursen bewertet.

In Bezug auf die Bewertungstechniken und -modelle kann unterschieden werden zwischen Verfahren, die ausschließlich auf beobachtbare Marktdaten zurückgreifen bzw. nur in unwesentlichem Umfang nicht beobachtbare Parameter zugrunde legen (Mark-to-Matrix) und Verfahren, die in wesentlichem Umfang auf nicht beobachtbaren Parametern basieren (Mark-to-Model). Beobachtbare Marktdaten sind gewöhnlich für liquide Wertpapiere und einfache OTC-Derivate, die an liquiden Märkten gehandelt werden (bspw. Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Devisenoptionen in bestimmten Währungen sowie Aktienderivate auf bestimmte börsennotierte Aktien bzw. Indizes), verfügbar. Bewertungstechniken und -modelle, die auf nicht beobachtbare Marktdaten zurückgreifen und damit Annahmen bzgl. dieser Parameter erfordern, sind gewöhnlich notwendig für strukturierte Wertpapiere bzw. allgemeiner für Wertpapiere, deren Markt illiquide ist, sowie komplexe OTC-

Derivate. Nicht beobachtbare Parameter sind bspw. Korrelationen, Volatilitäten und Prepayment Rates. In diesen Fällen sind im Hinblick auf die Wahl des Modells als auch der Parametereinschätzungen in wesentlichem Umfang Ermessensentscheidungen erforderlich.

Berücksichtigt der über eine Bewertungstechnik oder ein Bewertungsmodell ermittelte Wert eines Derivats nicht in angemessener Weise Modellrisiken und Kredit- bzw. Kontrahentenausfallrisiken, ermittelt die Bank entsprechende Wertanpassungen. Die angewendeten Verfahren greifen dabei partiell auf nicht am Markt beobachtbare Parameter in Form von Schätzungen zurück.

Wenn in die Bewertung eines Finanzinstruments nicht beobachtbare Parameter einfließen, ist der ermittelte beizulegende Zeitwert zwar der beste Schätzwert gemäß einer Ermessensentscheidung der Bank, aber insoweit subjektiv, als dass auch alternative Möglichkeiten für die Parameterwahl vorliegen können, die nicht durch beobachtbare Marktdaten widerlegt werden können.

Die Finanzkrise hat dazu geführt, dass am Interbankenmarkt vermehrt besicherte Derivate (mit Sicherheitenvertrag z. B. CSA) abgeschlossen werden. Damit einher geht auch eine explizite Berücksichtigung der Besicherung bei der Bewertung von OTC Derivaten. Die Auswirkungen der Besicherung werden im Rahmen der Bewertung berücksichtigt.

Die Wertpapiere des Handelsbestands werden in wesentlichen Teilen über Börsenkurse bewertet. Liegt kein aktueller Kurs von einem liquiden Markt vor, erfolgt die Bewertung verzinslicher Wertpapiere mittels der Discounted Cash Flow-Methode anhand rating- und sektorabhängiger Zinskurven, die aus Marktdaten verzinslicher Wertpapiere abgeleitet werden.

In wenigen Fällen ist für Wertpapiere in der Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposition 6) keine Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts möglich. Hierbei handelt es sich um nicht börsenfähige Bestände an Aktiengesellschaften, so dass hier weder direkte Marktpreise noch beobachtbare Marktdaten für ein Bewertungsmodell zur Verfügung stehen. Diese Positionen werden analog der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivpositionen

7 und 8) zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und einem regelmäßigen Test auf eine dauerhafte Wertminderung unterzogen.

Börsengehandelte Derivate werden ebenfalls über Börsenkurse bewertet. Liegt kein aktueller Kurs vor, erfolgt eine Bewertung über anerkannte Bewertungsmodelle (bspw. Black-Scholes für europäische Optionen), die allenfalls in unwesentlichem Umfang auf nicht beobachtbaren Parameterschätzungen basieren.

8. Wertpapiere

Unsere Wertpapiere (Aktivpositionen 5 und 6), die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen zu Bewertungszwecken nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagebestand und Liquiditätsreserve.

Da bei Wertpapieren des Anlagebestands eine dauerhafte Halteabsicht besteht, bewerten wir einen größeren Teilbestand zum gemilderten Niederstwert. Die entsprechenden Wertpapiere weisen wir bei voraussichtlich vorübergehenden Wertminderungen demnach mit ihren Anschaffungskosten aus, wobei wir Wertminderungen als voraussichtlich vorübergehend ansehen, wenn diese nicht als Hinweis auf zukünftige Störungen der Zins- und Kapitalbedienung zu werten sind. Dies ist bei Wertminderungen der Fall, die z. B. durch Veränderungen des Zinsniveaus verursacht sind. Dadurch vermeiden wir den Ausweis von Erfolgsvolatilitäten, der aufgrund der Kurzfristigkeit der verursachenden Wertschwankungen wirtschaftlich nicht gerechtfertigt wäre. Wir haben im Rahmen des Risikovorsorgeprozesses für Wertpapiere umfangreiche Kriterien ("Trigger-Events") definiert, um mögliche dauerhafte Wertminderungen zu identifizieren. Diese Ermittlungen finden quartalsweise statt. Hierbei werden alle betrachteten Wertpapiere nebst eventueller Deckungsmassen/Underlyings einer Analyse und einem zweistufigen Votierungsprozess unterzogen. Diese Analyse beinhaltet in Abhängigkeit der Assetklasse des Wertpapiers die Miteinbeziehung weiterer Indikationen (z. B. externe Ratings, Ermittlung der Übersicherung bei mezzaninen Tranchen, Cash-Flow Analysen). Sofern eine Einzelfallanalyse den "Trigger-Event" wirtschaftlich nicht bestätigt bzw. gar kein "Trigger-Event" festgestellt wurde, liegt keine dauerhafte Wertminderung vor. Bei Vorliegen von voraussichtlich dauerhaften – d. h. in der

Regel bonitätsinduzierten – Wertminderungen nehmen wir Abschreibungen auf den niedrigeren Börsenkurs, Marktkurs oder beizulegenden Wert vor.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve bewerten wir nach dem strengen Niederstwertprinzip. Demnach weisen wir die Wertpapiere unabhängig von der Dauerhaftigkeit einer Wertminderung zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Börsenkurs, Marktkurs oder beizulegenden Wert aus.

Zur bilanziellen Behandlung und Abbildung von Sicherungsbeziehungen verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Anhangangabe Nr. 12.

Zinsen aus dem gesamten Wertpapiereigenbestand weisen wir unter den Zinserträgen aus. Dabei werden anteilige Zinsen periodengerecht abgegrenzt. Bewertungsergebnisse und realisierte Kurserfolge werden bei Wertpapieren des Anlagebestands dem Finanzanlageergebnis (Position Nr. 14 der Gewinn- und Verlustrechnung), bei Wertpapieren der Liquiditätsreserve dem Risikoergebnis (Position Nr. 12 der Gewinn- und Verlustrechnung) zugeordnet.

Dividenden und sonstige Ausschüttungen stellen wir in die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ein.

Im Geschäftsjahr gab es keine Umwidmungen zwischen Handelsbestand, Liquiditätsreserve und / oder dem Anlagebestand.

9. Finanzinstrumente des Handelsbestands
Dem Handelsbestand (Aktivposition 6a und Passivposition 3a) ordnen wir alle Finanzinstrumente zu, die wir mit der Absicht erworben oder veräußert haben, einen kurzfristigen Eigenhandelserfolg zu erzielen. Hierunter fallen neben Wertpapieren insbesondere derivative Finanzinstrumente aber auch bestimmte Forderungen (z. B. Schuldscheindarlehen) sowie Verpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen. Wertpapiere, Forderungen und Derivate mit einem positiven beizulegenden Zeitwert werden unter dem Handelsbestand auf der Aktivseite (Position 6a), Derivate mit einem negativen beizulegenden Zeitwert unter dem Handelsbestand auf der Passivseite (Position 3a) der Bilanz ausgewiesen. Die Kriterien

für die Zuordnung zum Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert.

Sämtliche Finanzinstrumente des Handelsbestands bewerten wir zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags. Bei Finanzinstrumenten ohne verfügbare Börsen- oder Marktkurse wird ein beizulegender Zeitwert anhand von anerkannten Bewertungsmodellen ermittelt (vgl. auch Anhangangabe Nr. 7). Zur Berücksichtigung von Kontrahentenrisiken aus Derivaten gegenüber Kunden im Handelsbestand bilden wir sogenannte "Counterparty Default Adjustments", um die wir den aktivischen Handelsbestand reduzieren.

Der Risikoabschlag stellt ein nach finanzmathematischen Methoden ermitteltes Verlustpotenzial (Value at Risk) dar und basiert auf sämtlichen Positionen des Handelsbestands der HSH Nordbank AG. Der Value at Risk (VaR) ist dabei so bemessen, dass ein potenzieller Verlust aus diesen Positionen innerhalb einer Haltedauer von zehn Tagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% nicht überschritten wird. Der Beobachtungszeitraum für den VaR beträgt 250 Handelstage. Der VaR-Abschlag wird unter Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den einzelnen Geschäften des Handelsbestands ermittelt. In der Regel wird der Risikoabschlag vom Handelsbestand auf der Aktivseite der Bilanz vorgenommen. In den Ausnahmefällen, in denen der Handelsbestand auf der Passivseite größer ist als auf der Aktivseite der Bilanz, wird stattdessen ein Risikozuschlag unter dem Handelsbestand der Passivseite ausgewiesen.

Erträge und Aufwendungen (laufende Erträge und Aufwendungen, realisierte und unrealisierte Bewertungserträge und -aufwendungen) aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden grundsätzlich im Nettoertrag bzw. Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen. Ausgenommen hiervon sind die laufenden Erträge und Aufwendungen aus Wertpapieren, Forderungen und Leerverkäufen. Diese werden in Übereinstimmung mit der internen Steuerung der HSH Nordbank AG unter den Zinserträgen, den Zinsaufwendungen bzw. den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen.

In jedem Jahr, in dem die HSH Nordbank AG einen Nettoertrag des Handelsbestands ausweist, werden 10%

dieses Nettoertrags dem Sonderposten "Fonds für allgemeine Bankrisiken" (Passivposition 10) zugeführt. Auflösungen dieses Postens sind nur möglich, um Nettoaufwendungen des Handelsbestands auszugleichen oder soweit der Posten den Betrag von 50% des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands überschreitet. Aufwendungen aus der Zuführung und Erträge aus der Auflösung des Postens werden im Nettoertrag bzw. Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden dem Sonderposten keine Beträge aus dem Nettoerfolg des Handelsbestands zugeführt.

10. Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente bilanzieren und bewerten wir nach den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften. Den Abschluss und die Bilanzierung interner Geschäfte haben wir an die Einhaltung einheitlich festgelegter Bedingungen geknüpft. Insbesondere müssen die Konditionen marktgerecht ausgestaltet sein.

Den Ausweisivorschriften des IDW RS BFA 6 folgend nehmen wir einen Ausweis von Erträgen und Aufwendungen aus Optionsgeschäften des Nichthandelsbestands unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. sonstigen betrieblichen Aufwendungen vor. Erträge und Aufwendungen aus Zinsbegrenzungsvereinbarungen weisen wir unter den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen aus.

Aus der Bilanzierung der internen Derivate resultiert per 31. Dezember 2012 ein Zinsertrag in Höhe von 3.061 Mio. Euro (Vorjahr: 3.851 Mio. Euro), ein Zinsaufwand in Höhe von 2.685 Mio. Euro (Vorjahr: 3.250 Mio. Euro), ein sonstiger betrieblicher Ertrag in Höhe von 78 Mio. Euro (Vorjahr: 20 Mio. Euro) und ein sonstiger betrieblicher Aufwand in Höhe von 85 Mio. Euro (Vorjahr: 20 Mio. Euro). Gegenläufige Effekte werden im Nettoergebnis des Handelsbestands ausgewiesen.

Erworbene bzw. geschriebene Optionen, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, bilanzieren wir in Höhe der gezahlten bzw. erhaltenen Optionsprämie unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten. Dem Niederstwert- bzw. dem Imparitätsprinzip tragen wir gegebenenfalls durch Abschreibungen oder Bildung von Rückstellungen Rechnung.

Soweit bei Finanzinstrumenten ein Marginsystem zur Anwendung kommt, werden Initial-Margin-Zahlungen aktiviert bzw. passiviert. Variation-Margin-Zahlungen werden im Handelsbestand direkt erfolgswirksam im Nettoergebnis des Handelsbestands erfasst. Außerhalb des Handelsbestands werden Variation Margins aktiviert bzw. passiviert.

Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit künftiger Zahlungsströme aus Derivaten und somit auch ihre beizulegenden Zeitwerte sind mit Unsicherheiten behaftet. Die wesentlichen Bedingungen, die hierauf Einfluss haben, sind:

- ▶ die zukünftige Entwicklung von Zinssätzen, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen, Bonitätsindizes und anderen Marktpreisen,
- ▶ die zukünftige Schwankungsbreite (Volatilität) dieser Preise,
- ▶ das Ausfallrisiko der jeweiligen Gegenpartei.

11. Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte bilanzieren wir entsprechend der Stellungnahme IDW RS HFA 22. Bei strukturierten Produkten, die zum beizulegenden Zeitwert oder zum strengen Niederstwertprinzip bewertet werden, wird keine getrennte Bilanzierung vorgenommen. Bei strukturierten Vermögensgegenständen, deren Bewertung zum gemilderten Niederstwertprinzip erfolgt, werden die derivativen Komponenten und der Basisvertrag separat bilanziert. Die getrennten derivativen Komponenten werden grundsätzlich in Bewertungseinheiten (vgl. auch Anhangangabe Nr. 12) einbezogen. Hiervon abweichend werden die derivativen Komponenten aus Equity-gelinkten strukturierten Produkten einzeln imparitatisch bewertet.

12. Abbildung von Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheiten

Sicherungsbeziehungen, bei denen die eindeutige Zuordnung von Grundgeschäften zu Sicherungsinstrumenten im Risikomanagement nachvollziehbar dokumentiert ist und die die Voraussetzungen für die Anwendung von § 254 HGB erfüllen, bilanzieren wir entsprechend der Stellungnahme IDW RS HFA 35 als Bewertungseinheiten i. S. d. § 254 HGB. Grundgeschäfte im Rahmen von Bewertungseinheiten sind Vermögensgegenstände und

Schulden in Form von Forderungen, Wertpapieren, Verbindlichkeiten sowie derivative Finanzinstrumente. Sicherungsinstrumente sind derivative Finanzinstrumente. Abgesicherte Risiken können alle Arten von Marktrisiken sein. Der weit überwiegende Teil der Bewertungseinheiten hat allerdings die Absicherung von Zinsrisiken zum Gegenstand. Die eindeutige Zuordnung von Grundgeschäft und zugehörigem Sicherungsinstrument, die Bestimmung des abgesicherten Risikos sowie die Risikomanagementstrategie, Angaben zur prospektiven Wirksamkeit und zu Methoden zur Feststellung der Wirksamkeit werden bei Vorliegen von bilanziellen Sicherungsbeziehungen dokumentiert. Darüber hinaus wird in der Dokumentation auch die Durchhalteabsicht festgehalten bzw. der Zeitraum erfasst, für den die Sicherungsbeziehung aufrecht erhalten werden soll. Grundsätzlich besteht die Absicht, alle Sicherungsbeziehungen für die volle Restlaufzeit der Geschäfte aufrecht zu erhalten. In Einzelfällen werden Sicherungsbeziehungen nur für eine bestimmte Laufzeit von Grundgeschäften und/oder Sicherungsinstrumenten designiert.

Wir bilden sowohl Mikro- als auch Portfolio-Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheiten ab.

Eine Mikro-Sicherungsbeziehung liegt vor, wenn ein bestimmtes Risiko aus einem einzelnen Grundgeschäft durch ein einzelnes Sicherungsinstrument abgesichert wird. Eine Portfolio-Sicherungsbeziehung liegt vor, wenn ein bestimmtes Risiko aus einem Portfolio von gleichartigen Grundgeschäften mit mehreren gleichartigen Sicherungsinstrumenten abgesichert wird. Für Mikro-Bewertungseinheiten wird systemseitig die Klammerung als zusammengehörige Einheit bereits im Handelssystem bei Geschäftsabschluss vorausgesetzt. Es handelt sich hierbei um perfekte Sicherungsbeziehungen, bei denen die wertbestimmenden Parameter zwischen dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts und dem absichernden Teil des Sicherungsinstruments übereinstimmen (z. B. Währung, Nominalbetrag, Zinssatz, Zinszahlungstermine, Laufzeit). Wird ein Wertpapierportfolio von gleichartigen festverzinslichen Wertpapieren mit mehreren Zinsswaps gegen das Zinsänderungsrisiko abgesichert, kommt diese Sicherungsbeziehung für die Abbildung als Portfolio-Bewertungseinheit in Frage. Wir bilden Portfolio-Bewertungseinheiten für entsprechende Wertpapierportfolios der Liquiditätsreserve.

Die Abbildung der als Bewertungseinheiten bilanzierten Sicherungsbeziehungen erfolgt zweistufig. In der ersten Stufe werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte einer Bewertungseinheit ermittelt. Wir wenden die so genannte „Einfrierungsmethode“ an. Die Wertänderungen werden weder im bilanziellen Wertansatz der Grundgeschäfte bzw. Sicherungsinstrumente noch in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Verlustüberhänge aus der Saldierung dieser Wertänderungen werden nach dem Imparitätsprinzip als nicht realisierter Verlust aufwandswirksam in eine Drohverlustrückstellung eingestellt, die unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen wird. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt der Ausweis für Bestände der Liquiditätsreserve bei Zuführungen unter den „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ bzw. bei Auflösungen unter den „Erträgen aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft“. Für sonstige Bestände erfolgt der Ausweis unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. In der zweiten Stufe wird die residuale Zeitwertänderung der Grund- und Sicherungsgeschäfte einzelgeschäftsbezogen ermittelt. Hierbei handelt es sich um die Zeitwertänderung, die den nicht abgesicherten Risiken zuzuordnen ist. Diese wird im Rahmen einer imparitätischen Einzelbewertung nach den allgemeinen Bilanzierungsvorschriften abgebildet. Für Bestände der

Liquiditätsreserve erfolgt der Ausweis von Verlustüberhängen der zweiten Stufe analog zur ersten Stufe.

Die prospektive und retrospektive Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung wird mindestens jährlich zum Jahresabschluss nachgewiesen und dokumentiert. Für Mikro-Sicherungsbeziehungen erfolgt der prospektive Nachweis der Wirksamkeit mittels der Critical Term Match - Methode. Im Rahmen dieses Nachweises wird die Übereinstimmung der dem abgesicherten Risiko zuzuordnenden wertbestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft nachgewiesen. Bei Übereinstimmung ist davon auszugehen, dass sich die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Wertänderungen über die volle Restlaufzeit bzw. die designierte Laufzeit der Geschäfte ausgleichen werden. Für Portfolio-Sicherungsbeziehungen erfolgt der prospektive Nachweis der Wirksamkeit quantitativ mittels laufzeitbandabhängiger Sensitivitätsanalysen in Bezug auf das abgesicherte Risiko. Bei entsprechendem Ausgleich der Sensitivitäten von Grund- und Sicherungsgeschäften in den relevanten Laufzeitbändern kann davon ausgegangen werden, dass sich die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Wertänderungen über die volle Restlaufzeit der Geschäfte weitgehend ausgleichen werden. Die retrospektive Messung der Wirksamkeit erfolgt grundsätzlich sowohl für Mikro- als auch für Portfoliosicherungsbeziehungen rechnerisch, indem die dem abgesicherten Risiko zuzuordnende, seit Designation der Sicherungsbeziehung kumulierte Wertänderung der Grundgeschäfte zu der der Sicherungsinstrumente ins Verhältnis gesetzt wird.

Betrag der in Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte und Sicherungsinstrumente
Die folgende Tabelle gibt den Buchwert für in Bewertungseinheiten einbezogene Vermögensgegenstände und

Schulden je Bilanzposten an. In Bewertungseinheiten einbezogene derivative Finanzinstrumente sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert unter den Positionen Positive Marktwerte Derivate bzw. Negative Marktwerte Derivate angegeben.

Grundgeschäfte

in T€	31.12.2012		31.12.2011	
	Mikro-Bewertungseinheiten	Portfolio-Bewertungseinheiten	Mikro-Bewertungseinheiten	Portfolio-Bewertungseinheiten
Aktivseite				
Forderungen an Kreditinstitute	73.198	-	77.211	-
Forderungen an Kunden	907.053	-	907.175	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.048.540	9.483.015	2.649.698	7.317.555
Passivseite				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	243.827	-	360.609	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.831.773	-	3.610.809	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.226.076	-	3.684.923	-
Positive Marktwerte Derivate	370.275	-	443.582	-
Negative Marktwerte Derivate	654.017	-	484.020	-

Sicherungsinstrumente

in T€	31.12.2012		31.12.2011	
	Mikro-Bewertungseinheiten	Portfolio-Bewertungseinheiten	Mikro-Bewertungseinheiten	Portfolio-Bewertungseinheiten
Positive Marktwerte Derivate	1.421.593	2.491	1.245.507	4.408
Negative Marktwerte Derivate	1.578.389	792.260	1.556.616	475.304

Bezogen auf die zugrunde liegenden Nominalwerte werden bei ca. 90% der Bewertungseinheiten Zinsrisiken

abgesichert. Bei den sonstigen Risiken handelt es sich im Wesentlichen um Währungsrisiken und Aktienrisiken.

Höhe der abgesicherten Risiken in
Bewertungseinheiten
Die folgende Tabelle gibt den wirksamen Teil der den

abgesicherten Risiken zuzurechnenden Wertänderungen
kumulativ seit Designation der Bewertungseinheit an.

Grundgeschäfte

in T€	31.12.2012								31.12.2011	
	Mikro-Bewertungs- einheiten		Portfolio-Bewertungs- einheiten		Mikro-Bewertungs- einheiten		Portfolio-Bewertungs- einheiten		Positive Wert- änderung	Negative Wert- änderung
	Positive Wert- änderung	Negative Wert- änderung	Positive Wert- änderung	Negative Wert- änderung	Positive Wert- änderung	Negative Wert- änderung	Positive Wert- änderung	Negative Wert- änderung		
Aktivseite										
Forderungen an Kredit- institute	5.266	-	-	-	5.313	-	-	-	-	-
Forderungen an Kunden	315.945	642	-	-	256.707	742	-	-	-	-
Schuldverschreibungen und andere festverzins- liche Wertpapiere	674.737	-	500.490	-	586.844	-	294.493	-	-	-
Passivseite										
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	200	12.594	-	-	400	13.623	-	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11	369.921	-	-	342	313.342	-	-	-	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	15	145.207	-	-	53	173.010	-	-	-	-
Derivate	188.748	106.102	-	-	193.832	68.085	-	-	-	-

Den positiven Wertänderungen der Grundgeschäfte stehen entsprechende negative Wertänderungen der Sicherungsinstrumente gegenüber, für die keine Drohverlustrückstellungen gebildet wurden bzw. den negativen Wertänderungen der Grundgeschäfte stehen entsprechende positive Wertänderungen bei den Sicherungsgeschäften gegenüber.

13. Abbildung von zinsbezogenen
Finanzinstrumenten des Bankbuchs

Die verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs haben wir durch eine Berechnung auf Grundlage der barwertigen Betrachtungsweise nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 nachgewiesen. In die Berechnung haben wir alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands einbezogen. Der Berechnung wurde als Saldierungsbereich – entsprechend dem Refinanzierungszusammenhang – das gesamte Bankbuch zu Grun-

de gelegt. Im Rahmen der Berechnung haben wir den handelsrechtlichen Buchwerten der bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte des Bankbuchs die zinsinduzierten Barwerte gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss der Barwerte über die Buchwerte die barwertig ermittelten Risikokosten und Verwaltungskosten abgezogen.

Ergibt sich aus der Berechnung ein negativer Saldo, wird dieser Betrag aufwandswirksam als Drohverlustrückstellung eingestellt, die unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach den Ergebnissen der Berechnung war zum 31. Dezember 2012 keine Rückstellung zu bilden.

Für derivative Finanzinstrumente, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind und die weder in eine Bewertungseinheit einbezogen noch im Saldierungsbereich der verlustfreien Bewertung berücksichtigt werden und

auch nicht unter die besondere Deckung fallen, erfolgt eine imparitatische Einzelbewertung.

14. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen setzen wir zu Anschaffungskosten an. Bei Vorliegen von voraussichtlich dauernden – in der Regel bonitätsinduzierten – Wertminderungen nehmen wir Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vor.

15. Immaterielle Anlagewerte

Unter den immateriellen Anlagewerten wird selbst erstellte und erworbene Software bilanziert. Selbst erstellte Software wird in Höhe der bei ihrer Entwicklung anfallenden Herstellungskosten angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen die Aufwendungen, die der Entwicklung der Software direkt zugeordnet werden können (sog. Entwicklungskosten). Aufwendungen, die der Entwicklung der Software nicht direkt zugeordnet werden können (sog. Forschungskosten), werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen, sondern im Jahr ihrer

Entstehung ergebniswirksam erfasst. Im Geschäftsjahr sind bei der Erstellung von Software Entwicklungskosten in Höhe von 1 Mio. Euro und keine Forschungskosten angefallen.

Erworbene Software wird zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die immateriellen Anlagewerte werden planmäßig linear abgeschrieben, wobei wir für Standardsoftware eine Nutzungsdauer von fünf Jahren zu Grunde legen. Soweit voraussichtlich dauernde Wertminderungen eingetreten sind, nehmen wir außerplanmäßige Abschreibungen vor. Bestehen die Gründe hierfür nicht mehr, werden Zuschreibungen bis höchstens zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen.

16. Sachanlagen

Unsere Sachanlagen bewerten wir zu Anschaffungskosten. Handelt es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände, nehmen wir planmäßige lineare Abschreibungen vor, wobei folgende Nutzungsdauern zu Grunde gelegt werden:

Sachanlagengruppe	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	50
Einbauten in Gebäuden Dritter	Die Ermittlung der Nutzungsdauer erfolgt jeweils in Abhängigkeit zur Restlaufzeit des Mietverhältnisses.
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 13
Leasingvermögen	betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer
Geringwertige Wirtschaftsgüter ab 150,00 bis 1.000,00 Euro	5

Bei Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens nehmen wir außerplanmäßige Abschreibungen vor, soweit voraussichtlich dauernde Wertminderungen eingetreten sind. Entfallen die Gründe hierfür, werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der (fortgeführten) Anschaffungskosten vorgenommen.

Nachträglich anfallende Anschaffungskosten werden aktiviert und gemäß dem angepassten Abschreibungsplan abgeschrieben. Aufwand zur Erhaltung von Sachanlagen wird periodengerecht abgegrenzt.

Sachanlagevermögen mit einem Kaufpreis von bis zu 150,00 Euro wird entsprechend der steuerlichen Vorgehensweise im Jahr des Zugangs als Aufwand erfasst.

17. Latente Steuern

Latente Steuern berechnen sich aus den unterschiedlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden in Handels- und Steuerbilanz. Latente Steuern setzen wir auf Differenzen an, die sich in künftigen Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen und somit zu künftigen Steuerbe- oder -entlastungen führen. Aktive latente Steuern setzen wir außerdem auf steuerliche Ver-

lustvorträge an, soweit die Realisierung der Steuerentlastung aus dem Verlustvortrag innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwarten ist. Für die Berechnung der latenten Steuereffekte wurde der in 2012 geltende jeweilige Steuersatz der legalen Einheiten angewandt. Für die Gesamtbank gilt ein Gesamtsteuersatz von 31,69%. Eine Abzinsung der latenten Steuern nehmen wir vorschriftsmäßig nicht vor. Die aktiven und die passiven latenten Steuern werden unverrechnet in der Bilanz angesetzt (Aktivposition 14 und Passivposition 6a).

18. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten setzen wir mit dem Erfüllungsbetrag an. Agien bzw. Disagien stellen wir in die passiven bzw. aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ein und lösen sie über die Laufzeit auf. Anteilige Zinsen grenzen wir periodengerecht ab und weisen sie in den entsprechenden Verbindlichkeitenposten aus.

19. Rückstellungen

Rückstellungen bewerten wir mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbe-

trag. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden grundsätzlich mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) ermittelten und bekannt gegebenen durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst. Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen weisen wir unter den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen aus (vgl. auch Anhangangabe Nr. 53); dies beinhaltet auch Erfolgswirkungen aus einer Änderung des verwendeten Abzinsungssatzes.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden von unabhängigen Versicherungsmathematikern nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit - Methode) ermittelt. Dabei werden die unmodifizierten Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck als biometrische Rechnungsgrundlagen verwendet. Bei der Ermittlung der Verpflichtungen wurden folgende Annahmen zu Grunde gelegt:

	31.12.2012	31.12.2011
Gehaltsdynamik	2,0%	2,0%
Karrieredynamik	0,5%	0,5%
Rentendynamik		
Dienstvereinbarung 1 / Alte Versorgungsordnung	individuell	individuell
Neue Versorgungsordnung	2,0%	2,0%
Dienstvereinbarung 4	2,0%	2,0%
Fluktuation		
Alter 30	6,0%	6,0%
Alter 30-55	Linear auf 0% fallend	Linear auf 0% fallend
Alter ab 56	0,0%	0,0%
Pensionierungsalter	Gem. AGAnpassG 2007	Gem. AGAnpassG 2007

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der zum Abschlussstichtag verwendete Rechnungszins beträgt 5,05 % p.a. (Vorjahr: 5,14 % p.a.).

Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (Deckungsvermögen), haben wir mit ihrem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 6 Mio. Euro (Vorjahr: 32 Mio. Euro) bewertet; dieser entspricht auch den Anschaffungskosten

der Vermögensgegenstände. Das Deckungsvermögen haben wir in gleicher Höhe mit den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen verrechnet. Die verrechneten Schulden haben zum 31. Dezember 2012 einen Erfüllungsbetrag in Höhe von 9 Mio. Euro (Vorjahr: 32 Mio. Euro). Zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Anhangangabe Nr. 7.

20. Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß § 256a HGB i. V. m. § 340h HGB sowie der Stellungnahme IDW RS BFA 4.

Die Währungsumrechnung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands ist impliziter Bestandteil der Bewertung dieser Geschäfte (vgl. auch Anhangangabe Nr. 9).

Die übrigen Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebenden Geschäfte einschließlich der Finanzinstrumente des Nicht-Handelsbestands werden zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet. Da Devisentermingeschäfte der Absicherung von zinstragenden Positionen dienen, spalten wir den vereinbarten Terminkurs in Kassakurs und Swapstellen und verteilen die Swapstellen über die Laufzeit des Geschäfts; die entsprechenden Aufwendungen und Erträge werden im Zinsergebnis ausgewiesen. Positive und negative Kassakursdifferenzen aus schwebenden Geschäften werden innerhalb derselben Währung verrechnet und als Ausgleichsposten unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Soweit die Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebenden Geschäfte durch andere Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten oder schwebende Geschäfte besonders gedeckt sind, werden sämtliche Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Alle Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebenden Geschäfte in derselben Währung sind grundsätzlich besonders gedeckt, da das Währungsrisiko über eine Währungsposition je Fremdwährung gesteuert wird und die einzelnen Währungsposten in die entsprechende Währungsposition übernommen werden. Darüber hinaus betrachten wir auch deckungsgleiche Fremdwährungsgeschäfte, die nicht unter die Steuerung einer Währungsposition fallen, als besonders gedeckt. Liegt

in Ausnahmefällen die besondere Deckung nicht vor (z. B. bei akut ausfallgefährdeten Aktiva) und übersteigt die Restlaufzeit der entsprechenden Geschäfte ein Jahr, erfolgt eine imparitätische Bewertung. Unrealisierte Erträge aus der Währungsumrechnung werden dann nur soweit erfasst, wie die Anschaffungskosten von Vermögensgegenständen nicht überschritten oder der Erfüllungsbetrag von Verbindlichkeiten nicht unterschritten wird. Bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr erfassen wir bei entsprechenden Geschäften unrealisierte Erträge auch, wenn diese nicht besonders gedeckt sind. Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung von Positionen des Nicht-Handelsbestands werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Bei Abschlüssen von einzubeziehenden Einheiten, die in fremder Währung aufgestellt wurden, rechnen wir Vermögenswerte und Schulden zum entsprechenden EZB-Mittelkurs am Abschlussstichtag um. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge werden Durchschnittskurse der Berichtsperiode verwendet.

21. Bilanzierung der Restrukturierung

Für die HSH Nordbank AG besteht nach Abschluss des EU-Beihilfverfahrens in 2011 eine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung der im Auflagen- und Zusagenkatalog festgelegten Eckpunkte. Soweit der Bank hieraus Verpflichtungen bzw. Verpflichtungsüberhänge entstanden sind, denen sie sich nicht entziehen kann, hat sie Rückstellungen entsprechend den Vorschriften des § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 HGB gebildet. Die Bank weist sowohl die Rückstellungen aus angekündigten Personalmaßnahmen als auch Rückstellungen aus Sachkostenmaßnahmen unter den anderen Rückstellungen aus.

Sobald eine Verpflichtung z. B. durch unterzeichnete Verträge hinreichend sicher und quantifizierbar ist, erfolgt eine Umbuchung in die Verbindlichkeiten bzw. in die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Der Erfolgsausweis wird weiterhin im außerordentlichen Ergebnis vorgenommen und dort in seinen Einzelheiten erläutert.

ANGABEN ZU BILANZAKTIVA

22. Forderungen an angeschlossene Sparkassen

In den Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an angeschlossene Sparkassen in folgender Höhe enthalten:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	561.255	664.060

23. Verbundene Unternehmen

In den nachfolgenden Bilanzpositionen sind Forderungen an verbundene Unternehmen in der angegebenen Höhe enthalten:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	1.429.659	766.348
Forderungen an Kunden	926.565	1.616.283
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Anleihen und Schuldverschreibungen	330.603	1.693.743

24. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind in folgenden Bilanzpositionen enthalten:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	2.551	156
Forderungen an Kunden	580.072	1.244.011

25. Nachrangige Vermögensgegenstände
Vermögensgegenstände sind als nachrangig auszuweisen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen

Gläubiger erfüllt werden dürfen. Nachrangige Vermögensgegenstände weisen wir in folgenden Bilanzpositionen aus:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute		
andere Forderungen	69.598	69.701
Forderungen an Kunden	290.270	254.823
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Anleihen und Schuldverschreibungen	408.016	440.431
Handelsbestand	-	2.072

26. Restlaufzeiten

Die nachstehend aufgeführten Bilanzpositionen gliedern sich nach ihren Restlaufzeiten wie folgt:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute		
andere Forderungen		
bis 3 Monate	3.144.808	1.151.977
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	245.119	171.742
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.610.952	1.767.168
mehr als 5 Jahre	639.079	594.863
Forderungen an Kunden		
bis 3 Monate	14.523.046	16.269.526
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	11.394.125	12.522.676
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	32.989.889	36.773.405
mehr als 5 Jahre	18.935.003	22.559.628
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
im Folgejahr fällig	3.229.392	3.243.694

27. Handelsbestand (aktiv)

Der Handelsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Derivative Finanzinstrumente	10.845.559	10.423.384
Forderungen	31.035	11.542
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	844.871	1.985.442
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.176	10.391
Sonstige Vermögensgegenstände	4.858	247
Risikoabschlag	-3.061	-7.911
Summe	11.728.438	12.423.095

28. Börsenfähige Wertpapiere

in T €	Börsennotiert		Nicht börsennotiert		Summe	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23.539.515	24.312.400	1.887.365	3.483.717	25.426.880	27.796.117
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	8.040	17.663	328.192	385.654	336.232	403.317
Beteiligungen	2.712	4.677	21.291	13.422	24.003	18.099
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	41.200	130.011	41.200	130.011

29. Nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Buchwert der zum gemilderten Niederstwert bewerteten Wertpapiere	9.841.000	10.330.479
Buchwert der Wertpapiere, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden	6.227.776	7.641.076
Marktwert der Wertpapiere, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden	5.729.802	6.745.507
Stille Lasten	497.974	895.569
davon Stille Lasten von Wertpapieren, die nicht Bestandteil einer Bewertungseinheit sind	457.302	786.496
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Buchwert der zum gemilderten Niederstwert bewerteten Wertpapiere	344.831	235.450
Buchwert der Wertpapiere, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden	201.210	214.906
Marktwert der Wertpapiere, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden	193.539	208.378
Stille Lasten	7.671	6.528

Die in der vorgenannten Tabelle angegebenen Stillen Lasten ergeben sich aus der Differenz von Marktwert und Buchwert ohne Berücksichtigung der Effekte aus Bewertungseinheiten. Etwaige Sicherheiten oder Garantien sind bei der Ermittlung der Stillen Lasten ebenfalls nicht berücksichtigt worden.

Per 31. Dezember 2012 betragen die Stillen Lasten für Wertpapiere in Bewertungseinheiten, die dem nicht abgesicherten Risiko (überwiegend aus der Bonität des Emittenten) zuzurechnen sind, 404 Mio. Euro. Aufgrund der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip erfolgt keine Buchung des nicht abgesicherten Risikos. Hierbei sind auch Stille Lasten im Hinblick auf das nicht abgesicherte Risiko bei Wertpapieren enthalten, die

ohne Berücksichtigung der Bewertungseinheit eine Stille Reserve ausweisen würden.

Sofern bei Wertpapieren keine dauerhaften, sondern voraussichtlich vorübergehende und damit i. d. R. nicht bonitätsinduzierte Wertminderungen vorliegen, ist eine Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert nicht erfolgt (vgl. Anhangangabe Nr. 8).

Die Stillen Lasten in Wertpapieren, die voraussichtlich vorübergehende Wertminderungen aufweisen, setzen sich – gruppiert nach Gründen – wie folgt zusammen (angegeben wird jeweils die Differenz zwischen Buchwert und dem beizulegenden Zeitwert):

in T€	Rating der Wertpapiere	31.12.2012	31.12.2011
"Trigger Events" lagen nicht vor		146.297	323.925
	Rating Investment Grade oder besser	142.954	317.079
	Rating schlechter als Investment Grade	3.343	6.846
"Trigger Events" lagen vor		359.504	571.645
	Rating Investment Grade oder besser	231.410	444.975
	Rating schlechter als Investment Grade	128.094	126.670
Summe		505.801	895.570

Für die Papiere mit vorliegenden "Trigger Events" und Rating schlechter als Investment Grade hat sich nach Prüfung kein Abschreibungsbedarf ergeben. Es handelt

sich dabei im Wesentlichen um Positionen in spanischen und portugiesischen subsovereign Papieren.

30. Investmentvermögen

Im Folgenden machen wir Angaben zu Investmentvermögen, an denen die Bank einen Anteil von jeweils mehr

als 10% hält. Die Anteile werden unter den Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposition 6) ausgewiesen.

in T €	Fonds-Name	Anlageziele	Buchwert	Anteilswert i.S.v. § 36 InvG	Differenz	Ausschüttung im Geschäftsjahr
	Nord/LB AM 89 Beeke	Spezialfonds (gemischte Werte)	8.996	8.996	-	130
	RE-Fundmaster	Spezialfonds (gemischte Werte)	14.867	13.572	-1.295	752

Die Anteile an den genannten Sondervermögen können ohne Einschränkungen täglich an die Kapitalanlagege-

sellschaft zurückgegeben werden. Zur Bewertung der Anteile verweisen wir auf Anhangangabe Nr. 8.

31. Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen gliedert sich nach den betreffenden Bilanzpositionen wie folgt:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen an Kreditinstitute	990	990
Forderungen an Kunden	321.266	322.353
Summe	322.256	323.343

32. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Wesentlichen sind folgende Posten hier ausgewiesen:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Ausgleichsposten aus der Fremdwährungsumrechnung	279.123	141.716
Forderungen an Finanzbehörden	103.226	193.108
Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen und aus Dividenden	57.487	335.203
Gezahlte Prämien aus Optionsgeschäften und Zinsbegrenzungsvereinbarungen	21.898	85.862

33. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als wesentliche Posten sind im Ausweis enthalten:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Rechnungsabgrenzungsposten aus Zinsswaps, Swaptions und Optionen	62.534	42.617
Disagioabgrenzungen aus dem Emissionsgeschäft	99.281	84.870
Agioabgrenzungen aus Forderungen	14.919	17.098
Disagioabgrenzungen aus Verbindlichkeiten	12.436	18.047

34. Aktive latente Steuern

Die im Geschäftsjahr ausgewiesenen aktiven latenten Steuern ergeben sich aus folgenden Bilanzpositionen:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Aktiva		
Forderungen an Kunden	635.554	505.424
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	33.771	155.590
Handelsbestand	76.556	103.680
Beteiligungen	16.683	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	16	-
Sachanlagen	8.972	2.794
Sonstige Vermögensgegenstände	133.555	109.125
Rechnungsabgrenzungsposten	3.252	3.983
Passiva		
Sonstige Verbindlichkeiten	619	-
Rechnungsabgrenzungsposten	7.598	8.536
Rückstellungen	231.704	279.573
Verlustvorträge	155.396	269.382
Summe	1.303.676	1.438.087

35. Echte Pensionsgeschäfte

Als Pensionsgeber echter Pensionsgeschäfte haben wir Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 5.849 Mio. Euro (Vorjahr: 3.243 Mio. Euro) unter gleichzeitiger Vereinbarung des Rückkaufs veräußert. Die Vermögensgegenstände weisen wir weiterhin in unserer Bilanz aus, die erhaltenen Gegenwerte werden unter den entsprechenden Verbindlichkeitspositionen ausgewiesen.

36. Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Neben den in Pension gegebenen Vermögensgegenständen (vgl. Anhangangabe Nr. 35) und den als Deckungsmasse für begebene Schuldverschreibungen dienenden Forderungen (vgl. Anhangangabe Nr. 71) haben wir weitere Vermögenswerte als Sicherheit übertragen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Wertpapiere, die zur Teilnahme an Börsen- und Clearingeinrichtungen sowie für Refinanzierungsmittel bei Zentralnotenbanken und der Eurex als Sicherheit hinterlegt wurden.

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände, davon für	14.330.546	9.566.004
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.814.603	3.716.126
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	169.632	207.300
Handelsbestand passiv	4.311.278	5.642.578
Eventualverbindlichkeiten	35.033	-

37. Anlagespiegel

in T€	Historische Anschaf- fungskosten	Zugänge ¹	Abgänge ¹	Umbu- chungen ²	Kumulierte Abschrei- bungen ¹	Ab-/ Zuschrei- bungen	Buchwert	Buchwert
	01.01.2012	2012	2012	2012	31.12.2012	2012	31.12.2012	31.12.2011
Wertpapiere	13.191.265	1.184.830	3.842.445	-11.163	344.995	74.553	10.177.492	12.412.386
Beteiligungen	422.559	11.798	118.441	23.496	169.929	5.737	169.483	201.114
Anteile an verbunde- nen Unternehmen	1.829.630	1.000.269	439.251	30	787.530	84.979	1.603.148	1.099.800
Grundstücke und Gebäude	20.776	80.407	15.320	-	2.630	408	83.233	13.535
Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	69.075	1.604	5.834	-	51.966	4.921	12.879	16.160
Anlagen im Bau	-	1.005	-	-	-	-	1.005	-
Leasingvermögen	24.246	-	527	-	11.246	749	12.473	13.509
Immaterielles Anla- gevermögen	194.451	4.702	27.753	-	145.416	12.573	25.984	34.573
Summe	15.752.002	2.284.615	4.449.571	12.363	1.513.712	183.920	12.085.697	13.791.077

¹ Einschließlich Wechselkursänderungen bei auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenständen.

² Aus den Beteiligungen wurde ein Buchwert von 30 Tsd. Euro in die Anteile an verbundenen Unternehmen umgebucht. Desweiteren wurden 11.163 Tsd. Euro aus den Wertpapieren und 12.363 Tsd. Euro aus den Sonstigen Vermögensgegenständen in die Beteiligungen umgegliedert.

Im ausgewiesenen Grundvermögen sind im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von 81 Mio. Euro (Vorjahr: 8 Mio. Euro) enthalten.

ANGABEN ZU BILANZPASSIVA

38. Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen in folgender Höhe enthalten:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	539.290	926.256

39. Verbundene Unternehmen

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind in den nachstehenden Bilanzpositionen enthalten:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.608.823	2.651.177
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.157.608	4.642.989

40. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind in folgenden Bilanzpositionen enthalten:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.161	8.639
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	148.543	112.160

41. Restlaufzeiten

Die nachstehend aufgeführten Bilanzpositionen gliedern sich nach ihren Restlaufzeiten wie folgt:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis 3 Monate	11.513.945	10.644.261
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.530.110	4.910.408
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	12.672.146	9.118.213
mehr als 5 Jahre	1.832.801	1.975.935
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.081	1.597
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.169	1.260
andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis 3 Monate	12.483.506	11.731.737
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.346.967	3.511.263
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	9.910.768	11.317.103
mehr als 5 Jahre	8.071.020	9.958.073
Verbriefte Verbindlichkeiten		
begebene Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig	7.922.337	15.071.011
andere verbrieftete Verbindlichkeiten		
bis 3 Monate	491.007	176.485
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	30.320	-

42. Handelsbestand (passiv)

Der Handelsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Derivative Finanzinstrumente	10.872.018	11.397.660
Verbindlichkeiten	1.484	132
Summe	10.873.502	11.397.792

43. Treuhandverbindlichkeiten

Die Treuhandverbindlichkeiten verteilen sich auf folgende Bilanzpositionen:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.288	1.338
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	320.968	322.005
Summe	322.256	323.343

44. Sonstige Verbindlichkeiten

In dieser Bilanzposition sind im Wesentlichen die folgenden Posten enthalten:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Sicherheitsleistungen für Schuldübernahmen	974.096	1.095.523
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	391.235	940.876
Anteilige Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtskapital und stille Einlagen	334.305	368.256
Vorab erhaltene Tilgungen	176.706	176.867
Ausstehende Zahlungen für die Zweitverlustgarantie	71.555	71.555
Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführungsverträgen und aus Dividenden	60.615	39.366
Erhaltene Prämien aus Optionsgeschäften und Zinsbegrenzungsvereinbarungen	37.387	89.866
Verbindlichkeit aus Einmalzahlung gegenüber der HSH Finanzfonds AöR (vgl. Anhangangabe Nr. 2)	-	500.000

45. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen enthalten:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Rechnungsabgrenzungsposten aus Zinsswaps, Swaptions und Optionen	79.297	102.941
Abgrenzungen aus vorschüssigen Kreditprovisionen	70.482	53.739
Disagioabgrenzungen aus Forderungen	23.578	36.590
Agioabgrenzungen aus dem Emissionsgeschäft	12.277	12.426

46. Passive latente Steuern

Die im Geschäftsjahr ausgewiesenen passiven latenten Steuern ergeben sich aus folgenden Bilanzpositionen:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Aktiva		
Forderungen an Kunden	473.190	345.739
Beteiligungen	13.789	13.816
Sachanlagen	1.085	-
Summe	488.064	359.555

47. Andere Rückstellungen

Unter den anderen Rückstellungen werden im Wesentlichen folgende Posten ausgewiesen:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Kreditgeschäft	449.065	331.116
Restrukturierungsmaßnahmen	132.672	233.826
Prozessrisiken und Prozesskosten	82.015	106.164
Wertpapiergeschäfte und Finanzderivate	74.391	157.779
Personalaufwendungen	60.401	69.537
Zinsen auf Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer	28.045	-
ausstehende Rechnungen	28.750	35.225
Kostenübernahmen von Beteiligungsunternehmen und Kulanzen im Kundengeschäft	14.238	14.914
Archivierungskosten	5.500	6.071

Die Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen betreffen mit 87 Mio. Euro (Vorjahr: 184 Mio. Euro) den

Personalaufwand und mit 46 Mio. Euro (Vorjahr: 50 Mio. Euro) den Sachaufwand.

48. Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten wurden in Form von Schuldscheindarlehen, Namens- oder Inhaberschuldverschreibungen ausgegeben und lauten auf EUR, JPY und USD. Die Ursprungslaufzeiten reichen von kurz unter 3 Jahren bis zu 40 Jahren. Die Verzinsung liegt zwischen 0,39% p. a. und 6,51% p. a.

Einzelpositionen, die 10% des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen:

in Mio. Euro	Währung	Zinssatz	Fälligkeit	Kündigungsmöglichkeiten
430	EUR	3M-Euribor + 0,84%	14.02.2017	Emittentenkündigungsrecht ¹
498	EUR	3M-Euribor + 0,3%	14.02.2017	Emittentenkündigungsrecht ¹

¹ erstmals bis zum Ablauf des dritten Target-Geschäftstages vor dem 14.02.2012, danach vierteljährlich zum 14.05., 14.08., 14.11. und 14.02. mit jeweils 3 Target-Geschäftstagen Vorankündigungsfrist

Die Konditionen der nachrangigen Verbindlichkeiten sind so ausgestaltet, dass die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG zur Anrechnung als haftendes Eigenkapital erfüllt werden. In Höhe von 109 Mio. Euro (Vorjahr: 131 Mio. Euro) werden nachrangige Verbindlichkeiten vor Ablauf von zwei Jahren fällig.

Die Zinsaufwendungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich im Geschäftsjahr 2012 auf 116 Mio. Euro (Vorjahr: 152 Mio. Euro).

49. Genussrechtskapital

Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber anderen Ansprüchen nachrangig. Auch die anderen Bedingungen des Genussrechtskapitals wurden gemäß den Voraussetzungen des § 10 Abs. 5 KWG zur Anrechnung als haftendes Eigenkapital vereinbart. In Höhe von 18 Mio. Euro (Vorjahr: 29 Mio. Euro) wird Genussrechtskapital vor Ablauf von zwei Jahren fällig.

Die ausgegebenen Namensgenussscheine im Nominalbetrag von insgesamt 54 Mio. Euro sind mit Ursprungslaufzeiten zwischen 13 und 17 Jahren sowie mit einer Verzinsung zwischen 6,55% p. a. und 7,35% p. a. ausgestattet. Die Verzinsung des Genussrechtskapitals ist an den Bilanzgewinn der HSH Nordbank AG gekoppelt. Eine laufende Verzinsung für das Geschäftsjahr 2012 erfolgt wegen des Bilanzverlustes nicht.

In Höhe von 4 Mio. Euro sind die Genussrechte im Geschäftsjahr 2012 am Verlust beteiligt.

50. Fonds für allgemeine Bankrisiken

In der Berichtsperiode erfolgten Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB in

Höhe von 980 Mio. Euro. Die Einstellungen resultieren im Wesentlichen aus Erträgen, die aufgrund des Verzichts der HSH Finanzfonds AöR auf die zusätzliche Prämie im Zusammenhang mit der Bereitstellung des Garantierahmens durch die HSH Finanzfonds AöR entstanden und zur Stärkung des Kernkapitals verwendet wurden (vgl. Anhangangabe Nr. 2). Darüber hinaus wurden Erträge in Höhe von 260 Mio. Euro aus dem Rückkauf von zwei Nachranganleihen dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB zugeführt.

51. Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital setzt sich gemäß § 25 Abs. 1 RechKredV aus dem Grundkapital der HSH Nordbank AG und den Stillen Einlagen zusammen.

Das Grundkapital der HSH Nordbank AG beträgt 3.018 Mio. Euro und ist in 301.822.453 auf den Namen lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von jeweils 10,00 Euro eingeteilt. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Zum Stichtag ist die HSH Finanzfonds AöR, Hamburg, größter Anteilseigner mit einem Stimmrechtsanteil von 65,00% (Vorjahr: 59,92%). Der Stimmrechtsanteil der Freie und Hansestadt Hamburg beläuft sich inkl. des mittelbar durch die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH gehaltenen Anteils auf 10,80% (Vorjahr: 12,37%). Das Land Schleswig-Holstein hält Stimmrechtsanteile von 9,58% (Vorjahr: 10,97%). Der Stimmrechtsanteil des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein beträgt 5,31% (Vorjahr: 6,08%). Die von J.C. Flowers & Co. LLC beratenen neun Investorengruppen verfügen zum 31. Dezember 2012 über einen Stimmrechtsanteil von 9,31% (Vorjahr: 10,66%).

Am 18. Januar 2012 hat die Hauptversammlung der HSH Nordbank AG eine einheitliche gemischte Bar- und Sachkapitalerhöhung beschlossen, mit der das Grundkapital um mindestens 383.141.760,00 Euro bis zu höchstens 639.419.820,00 Euro auf mindestens 3.018.224.530,00 Euro bis zu höchstens 3.274.502.590,00 Euro durch Ausgabe von mindestens 38.314.176 bis höchstens 63.941.982 neuen, auf den Namen lautende Stückaktien, die jeweils einen anteiligen Betrag des Grundkapitals von 10,00 Euro je Stückaktie verkörpern, erhöht wurde. Von den neuen Aktien wurden insgesamt 38.314.176 auf den Namen lautende Stückaktien mit einem Nominalvolumen von 383.141.760,00 Euro an die HSH Finanzfonds AöR ausgegeben. Diese Übertragung im Rahmen einer Sacheinlage den in der zwischen der HSH Finanzfonds AöR und der HSH Nordbank AG am 12. Dezember 2011 geschlossenen Einmalzahlungsvereinbarung begründeten Anspruch gegen die Gesellschaft auf Leistung einer Einmalzahlung in Höhe von 500 Mio. Euro (siehe auch Anhangangabe Nr. 2). Die Übertragung erfolgte aufschiebend bedingt mit Wirkung auf den Tag, an dem die Durchführung der Kapitalerhöhung im letzten der beiden Handelsregister der Gesellschaft in Hamburg und Kiel eingetragen worden ist. Der das Grundkapital übersteigende Betrag in Höhe von 116.858.240,00 Euro wurde in die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB eingebracht. Allen sonstigen Aktionären wurden bis zu 25.627.806 auf den Namen lautende Stückaktien zum Ausgabebetrag von 13,05 Euro je Stückaktie zum Bezug angeboten. Von diesem Bezugsrecht auf junge Aktien gegen Bareinlage hat jedoch kein Aktionär Gebrauch gemacht.

Die Kapitalerhöhung ist mit der Eintragung in die Handelsregister Hamburg und Kiel jeweils am 20. Februar 2012 wirksam geworden.

Die HSH Finanzfonds AöR mit Sitz in Hamburg hat uns gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr unmittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien der HSH Nordbank AG und zugleich eine Mehrheitsbeteiligung gem. § 20 Abs. 4 AktG gehört. Die von der HSH Finanzfonds AöR gehaltenen Aktien der HSH Nordbank AG werden der Freie und Hansestadt Hamburg sowie dem Land Schleswig-Holstein gem. § 16 Abs. 4 AktG zugerechnet. Darüber hinaus werden der Freie und Hansestadt Hamburg nach § 16 Abs. 4 AktG diejenigen Aktien an der HSH Nordbank AG zugerechnet, welche von der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH als Tochterunternehmen der Freie und Hansestadt Hamburg gehalten werden. Eigene Aktien hält weder die HSH Nordbank AG selbst noch ein von ihr abhängiges oder in Mehrheitsbesitz stehendes Unternehmen. Eine wechselseitige Beteiligung im Sinne des § 19 AktG besteht nicht.

Die Bedingungen der Stillen Einlagen sind so vereinbart, dass die Voraussetzungen des § 10 Abs. 4 KWG zur Anrechnung als haftendes Eigenkapital erfüllt werden. Die Konditionen sehen unter anderem vor, dass die Stillen Einlagen nachrangig gegenüber den anderen Verbindlichkeiten zurückzuzahlen sind.

Bei Feststellung eines Jahresfehlbetrags bzw. eines Bilanzverlustes für das laufende Geschäftsjahr dürfen keine Ausschüttungen auf Stille Einlagen vorgenommen werden. Außerdem müssen diese Eigenkapitalinstrumente am Bilanzverlust bzw. am Jahresfehlbetrag beteiligt werden. Im Geschäftsjahr 2012 haben die Stillen Einlagen i. H. v. 153 Mio. Euro (Vorjahr: 147 Mio. Euro) am Verlust der Bank teilgenommen. Die stillen Einlagen sind am internationalen Kapitalmarkt (1.068 Mio. Euro) sowie bei inländischen institutionellen Investoren (477 Mio. Euro) platziert.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

52. Aufgliederung von Ertragspositionen nach geografischen Märkten

in T€	2012				2011			
	Deutschland	Übriges Europa	Asien	Amerika	Deutschland	Übriges Europa	Asien	Amerika
Zinserträge	6.998.627	527.163	80.920	107.939	8.296.889	729.282	79.956	525.951
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	235.287	11.730	-	-	218.295	8.643	-	15.988
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	30.896	-	-	-	48.287	-	-	-
Provisionserträge	170.719	12.689	1.714	3.917	142.544	14.227	1.947	13.198
Nettoertrag des Handelsbestands	-38.887	4.768	-3.167	16.465	-206.628	9.066	-7.913	-21.201
Sonstige betriebliche Erträge	633.910	35.792	2.073	4.519	210.904	15.183	2.355	5.416

53. Zinsüberschuss

Im Zinsüberschuss sind Zinsaufwendungen in Höhe von 43 Mio. Euro (Vorjahr: 43 Mio. Euro) aus der Abzinsung bzw. Aufzinsung von Rückstellungen enthalten.

Darüber hinaus sind im Zinsergebnis Einmalaufwendungen aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen in Höhe von 22 Mio. Euro (Vorjahr: Ertrag 3 Mio. Euro) enthalten.

54. Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss setzt sich wie folgt zusammen:

in T€	2012	2011
Kreditgeschäft	74.112	52.642
Zahlungs- und Auslandsgeschäft, dokumentäres Geschäft	18.910	19.876
Wertpapiergeschäft	-682	-1.696
Bürgschaftsgeschäft	-286.452	-356.804
Sonstiges	-3.610	33
Summe	-197.722	-285.949

In dem auf das Bürgschaftsgeschäft entfallenden Provisionsüberschuss sind per 31. Dezember 2012 Aufwendungen für die Garantie der HSH Finanzfonds AöR i. H. v. 284 Mio. Euro (Vorjahr: 314 Mio. Euro) sowie für den

Garantierahmen des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) i.H.v. 18 Mio. Euro (Vorjahr: 69 Mio. Euro) enthalten.

55. Sonstige betriebliche Erträge

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden im Geschäftsjahr folgende wesentliche Posten erfasst:

in T €	2012	2011
Tilfungsgewinne aus der Rücknahme nachrangiger Emissionen	261.172	-
Erträge aus vereinnahmten Optionsprämien sowie erhaltenen Ausgleichszahlungen für Optionen im Nicht- Handelsbestand	140.588	43.310
Erträge aus der Auflösung von übrigen Rückstellungen	66.303	39.113
Erträge aus der Auflösung von Drohverlustrückstellungen aus Bewertungseinheiten (vgl. Anhangangabe Nr. 12)	61.222	91.585
Kostenumlagen und Aufwandserstattungen	57.706	29.705
Erlös aus der Migration einer Beteiligungsgesellschaft	27.661	-
Erträge aus Zinsforderungen an das Finanzamt	23.892	4.568
Erträge aus Währungsumrechnung für Positionen im Nicht- Handelsbestand	10.202	275
Erträge aus Vermietung und Verpachtung	4.939	2.928
Erträge aus Leasinggeschäften	1.947	1.728

56. Honorare für Tätigkeiten des Abschlussprüfers

Die HSH Nordbank AG wird als Mutterunternehmen in den Konzernabschluss der HSH Nordbank AG einbezogen.

gen. Daher wird hier gemäß den Regelungen in § 285 Nr. 17 HGB auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers verzichtet und auf die entsprechenden Angaben im Konzernabschluss verwiesen.

57. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten folgende wesentliche Posten:

in T €	2012	2011
Aufwendungen aus gezahlten Optionsprämien sowie Ausgleichszahlungen für Optionen im Anlagebestand	167.146	48.842
Zinsaufwand gem. § 233 AO	53.382	8.134
Aufwendungen aus der Bildung von Drohverlustrückstellungen für Bewertungseinheiten (vgl. Anhangangabe Nr. 12)	37.774	30.803
Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Gebäuden	34.377	-
Aufwendungen aus der Bildung von Prozesskostenrückstellungen	14.688	6.757
Aufwand für Schadensersatzleistungen	13.563	2.145
Aufwendungen aus der Bildung von übrigen Rückstellungen	7.436	18.643
Aufwendungen aus der Währungsumrechnung für Positionen im Nicht-Handelsbestand	4.550	28.805
Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Verkauf einer Beteiligungsgesellschaft	-	13.500

58. Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis beinhaltet Restrukturierungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Bank in Höhe von 53 Mio. Euro (Vorjahr: 251 Mio. Euro). Dagegen stehen Erträge aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 9 Mio. Euro (Vorjahr: 39 Mio. Euro). Zur Bilanzierung der Restrukturierung verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Anhangangabe Nr. 21.

Unter den außerordentlichen Aufwendungen wurde im Vorjahr die Einmalzahlung an die Garantiegeberin der Zweitverlustgarantie in Höhe von 500 Mio. Euro (vgl. Anhangangabe Nr. 2) ausgewiesen.

Auf die im Berichtsjahr über den außerordentlichen Aufwand gebuchte Zuführung zu den Restrukturierungsrückstellungen und der damit einhergehenden Erhöhung der Bemessungsgrundlagen für latente Steuerforderungen entfällt ein Ertrag aus der Bildung von aktiven latenten Steuern in Höhe von 7 Mio. Euro.

59. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Aufwand für Ertragssteuern setzt sich wie folgt zusammen:

in T €	2012	2011
Latente Ertragssteuern	262.282	215.725
Latente Ertragssteuern auf temporäre Differenzen	148.295	191.756
Latente Ertragssteuern auf Verlustvorträge	113.987	23.969
Laufende Ertragssteuern	100.987	18.539
Summe	363.269	234.264

Der Steueraufwand resultiert maßgeblich aus der Neubewertung latenter Steuern auf Basis der überarbeiteten Unternehmensplanung. Aus den Ertragserwartungen für die Zukunft resultieren geringere Ansätze für aktive latente Steuern. Darüber hinaus haben erhöhte Zuführungen zu Rückstellungen für originäre Steuern das Ergebnis belastet.

1.079 Mio. Euro) entsprechen dem Betrag, um den die in der Bilanz angesetzten aktiven latenten Steuern die sonstigen passiven latenten Steuern übersteigen.

SONSTIGE ANGABEN

60. Erträge aus Verlustübernahme

Die Erträge aus Verlustübernahme resultieren aus der Verlustpartizipation von Genussrechtskapital (4 Mio. Euro, Vorjahr: 6 Mio. Euro) sowie aus der Verlustpartizipation der stillen Einlagen (153 Mio. Euro, Vorjahr: 147 Mio. Euro).

62. Leasinggeschäft

Auf das Leasinggeschäft entfallende Vermögensgegenstände sind mit 121 Mio. Euro (Vorjahr: 133 Mio. Euro) in den Forderungen an Kunden und mit 12 Mio. Euro (Vorjahr: 14 Mio. Euro) in den Sachanlagen enthalten. Verbindlichkeiten aus dem Leasinggeschäft werden mit 51 Mio. Euro (Vorjahr: 56 Mio. Euro) unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen.

61. Ausschüttungsgesperrte Beträge

Frei verfügbare Rücklagen sind in Höhe von 819 Mio. Euro (Vorjahr: 1.080 Mio. Euro) für eine Ausschüttung gesperrt. Dieser Betrag resultiert mit 2 Mio. Euro (Vorjahr: 1 Mio. Euro) aus der Aktivierung selbst erstellter immaterieller Anlagewerte abzüglich der hierfür gebildeten passiven latenten Steuern. 817 Mio. Euro (Vorjahr:

63. Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Als Eventualverbindlichkeiten werden vertraglich eingegangene Verpflichtungen ausgewiesen, deren Realisierung zum Abschlussstichtag nicht wahrscheinlich ist. Der Posten umfasst überwiegend Bürgschaften aus dem Kreditgeschäft, die eine rechtlich mögliche Inanspruchnahme

me beinhalten, mit deren Eintritt aber nicht konkret zu rechnen ist. Unter den anderen Verpflichtungen sind unwiderrufliche Kreditzusagen erfasst. Avalkredite und unwiderrufliche Kreditzusagen unterliegen dem Risikovorsorgeprozess der Bank (vgl. Anhangangabe Nr. 6). Dabei werden die betreffenden Engagements anhand bestimmter Kriterien laufend auf das Bestehen akuter Ausfallrisiken überwacht. Bestehen danach Hinweise darauf, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers eine vollständige Rückzahlung des Kredits nicht erwarten lassen und droht eine Inanspruchnahme aus der Bürgschaft, wird dem Ausfallrisiko durch Bildung einer Rückstellung Rechnung getragen. Rückstellungen werden außerdem für unwiderrufliche Kreditzusagen gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich ist und der Schuldner aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, den zugesagten Kreditbetrag ganz oder teilweise zurückzahlen. Gebildete Rückstellungen werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen; die Eventualverbindlichkeiten bzw. anderen Verpflichtungen werden in Höhe des zurückgestellten Betrags gekürzt. Insoweit besteht für die Bank aus den unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen zum Abschlussstichtag kein akutes Kreditrisiko. Aufgrund der Bonität der Schuldner ist zum Abschlussstichtag mit einer Inanspruchnahme aus den ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen nicht zu rechnen.

Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen bestehen zum 31. Dezember 2012 wie im Vorjahr nicht.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Anhangangabe Nr. 2.

64. Patronatserklärungen

Die HSH Nordbank AG trägt – abgesehen vom politischen Risiko – dafür Sorge, dass das verbundene Unternehmen HSH Nordbank Securities S.A., Luxemburg, seine Verpflichtungen erfüllen kann.

Ferner hat sich die HSH Nordbank AG verpflichtet, die HSH N Residual Value Ltd., Hamilton, – abgesehen vom politischen Risiko – finanziell so auszustatten, dass diese stets in der Lage ist, ihren fälligen Verpflichtungen nachzukommen, die während der Beteiligung der HSH Nord-

bank AG an der HSH N Residual Value Ltd. eingegangen wurden.

Im Zusammenhang mit der Übertragung von Arbeitsverhältnissen und diesbezüglichen Verpflichtungen zu möglichen Abfindungszahlungen auf die in Kopenhagen ansässigen Tochtergesellschaften der HSH Nordbank AG, HSH Debt Advisory ApS und HSH Restructuring Advisory ApS, hat die HSH Nordbank AG erklärt, die Gesellschaften finanziell so auszustatten, dass sie jederzeit in der Lage sind, ihre übernommenen gegenwärtigen und zukünftigen Verpflichtungen aus den Abfindungsvereinbarungen zu erfüllen. Daraus können sich Verpflichtungen von insgesamt maximal 3 Mio. Euro ergeben.

65. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die im Folgenden genannten Geschäfte beinhalten Zahlungsverpflichtungen aus nicht bilanzierungsfähigen schwebenden Verträgen oder Dauerschuldverhältnissen sowie sonstige finanzielle Verpflichtungen, die sich wesentlich auf die künftige Finanzlage der HSH Nordbank AG auswirken können.

Im Beteiligungsbereich bestehen Haftungen für ausstehende, aber bisher nicht eingeforderte Einzahlungen auf das gezeichnete Nominalkapital in Höhe von 20 Mio. Euro (Vorjahr: 26 Mio. Euro). Diese Verpflichtungen bestehen gegenüber verbundenen Unternehmen.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, ergibt sich eine Nachschusspflicht in Höhe von maximal 17 Mio. Euro (Vorjahr: 17 Mio. Euro).

Aus der Mitgliedschaft im Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe resultiert – sofern ein Stützungsfall eintritt – eine maximale Nachschusspflicht von 83 Mio. Euro (Vorjahr: 39 Mio. Euro). Soweit die Mittel der Sparkassenstützungsfonds zur Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen nicht ausreichen, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Aus langfristigen Leasingverträgen über betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude bestehen Verpflichtungen i. H. v. 87 Mio. Euro (Vorjahr: 183 Mio. Euro). Aus Leasingverträgen für IT-Dienstleistungen ergeben

sich weitere Verpflichtungen i. H. v. 74 Mio. Euro (Vorjahr: 115 Mio. Euro).

Aus langfristigen Mietverträgen für Büroräume ergeben sich jährliche Verpflichtungen von rd. 7 Mio. Euro (Vorjahr: 6 Mio. Euro).

Des Weiteren besteht gemeinsam mit den anderen ehemaligen Gesellschaftern der DekaBank Deutsche Girozentrale für diese eine Haftung im Rahmen der früheren Trägerfunktion.

Über die genannten Verpflichtungen hinaus bestehen keine wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

66. Sonstige finanzielle Verpflichtungen aufgrund der Bankenabgabe

Die Restrukturierungsfonds-Verordnung sieht für die sogenannte Bankenabgabe eine Nacherhebung vor. Danach kann die Differenz zwischen der tatsächlich festgesetzten Bankenabgabe (Mindestbeitrag) und dem errechneten Regelbetrag für die Beitragsjahre 2011 bis 2019 in den jeweils folgenden zwei Jahren nacherhoben werden. Die Verpflichtung zur Zahlung des Nacherhebungsbetrags entsteht jedoch erst bei Erzielung entspre-

chender Gewinne in den späteren Geschäftsjahren bis zur Höhe der in der Verordnung vorgesehenen Zumutbarkeitsgrenze. Entstehen und Höhe des Nacherhebungsbetrags ist somit von der Gewinnerzielung in Folgejahren abhängig.

67. Sonstige für die Beurteilung der Finanzlage notwendige Geschäfte

Zur Sicherstellung ausreichender Liquidität hat die HSH Nordbank AG einen Garantierahmen des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) für die Emission von Schuldtiteln von bis zu 30 Mrd. Euro erhalten, den die Bank zum 31. Dezember 2011 in Höhe von 6 Mrd. Euro nutzte. Der Garantierahmen ist zum Jahresende 2010 wie vereinbart ausgelaufen. Unabhängig davon behielt die Garantie des SoFFin für die damit unterlegten Emissionen in Höhe von 6 Mrd. Euro Geltung. Im Berichtsjahr wurden die Emissionen vollständig zurückgezahlt.

Die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein haben der HSH Nordbank AG über die HSH Finanzfonds AöR eine Garantie von 7 Mrd. Euro zur Abschirmung von Risiken gewährt. Die Garantie greift, sobald die Risiken in definierten Portfolien einen vereinbarten Selbstbehalt der Bank in Höhe von 3,2 Mrd. Euro übersteigen sollten (vgl. auch Anhangangabe Nr. 2).

68. Angaben zum Anteilsbesitz

Die folgende Aufstellung enthält Angaben zu den Unternehmen, an denen die HSH Nordbank AG unmittelbar oder mittelbar mindestens 20% der Anteile hält:

VERBUNDENE UNTERNEHMEN - KREDITINSTITUTE AUSLAND

Lfd.Nr.	Name/Ort	Kapital- anteil	Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
1	HSH Nordbank Securities S.A., Luxemburg, Luxemburg	100,00	100,00	EUR	153.638.346,30	13.173.592,17

VERBUNDENE UNTERNEHMEN - SONSTIGE UNTERNEHMEN INLAND

Lfd.Nr.	Name/Ort	Kapital- anteil	Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
2	Arbutus GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	31.587,67	891,57
3	Ariilus Beteiligungs GmbH, Hamburg ¹⁾	94,00	94,00	EUR	-168.870,30	-121.008,52
4	AVUS Achte Grundstücksbeteiligungs-GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾	100,00	100,00	EUR	6.478,64	-24.323,48
5	AVUS Dritte Grundstücksbeteiligungs-GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾	100,00	100,00	EUR	1.533.909,55	47.121,44
6	AVUS Erste Grundstücksbeteiligungs-GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾	100,00	100,00	EUR	1.609.264,58	130.432,84
7	AVUS Fondsbesitz und Management GmbH, Berlin ¹⁾³⁾	100,00	100,00	EUR	28.452,72	595.317,39
8	AVUS Fünfte Grundstücksbeteiligungs-GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾	100,00	100,00	EUR	2.077.892,52	142.397,05
9	AVUS Grundstücksverwaltungs-GmbH, Berlin ¹⁾³⁾	100,00	100,00	EUR	25.000,00	28.923,81
10	AVUS Siebte Grundstücksbeteiligungs-GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾	100,00	100,00	EUR	11.097,96	-24.409,04
11	AVUS Vierte Grundstücksbeteiligungs-GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾	100,00	100,00	EUR	1.588.860,11	53.262,20
12	BALIBU Beteiligungsgesellschaft mbH, Willich ¹⁾	100,00	100,00	EUR	⁷⁾	⁷⁾
13	BINNENALSTER-Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	2.586.884,90	109.468,34
14	Bu Wi Beteiligungsholding GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	16.405,08	13.705,77
15	CAPCELLENCE Dritte Fondsbeteiligung GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	11.795,93	-9.210,04
16	CAPCELLENCE Erste Fondsbeteiligung GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	11.749,44	-9.279,20
17	Capcellence Private Equity Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	57.433.651,70	-16.836.077,35
18	Capcellence Vintage Year 05/06 Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	83,33	100,00	EUR	19.104.248,61	1.195.414,67
19	Capcellence Vintage Year 06/07 Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	83,33	100,00	EUR	17.830.822,54	1.018.215,13
20	Capcellence Vintage Year 07/08 Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	83,33	100,00	EUR	224.628,61	-10.465.819,90
21	Capcellence Vintage Year 09 Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	83,33	98,51	EUR	44.550,20	-9.765,28
22	Capcellence Vintage Year 10 Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	83,33	99,75	EUR	14.401,41	-10.922,90
23	Capcellence Vintage Year 11 Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	83,33	99,99	EUR	16.851.858,40	-5.714.416,20
24	CAPCELLENCE Vintage Year 12 Beteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	83,33	99,72	EUR	29.555,81	-726.529,46
25	CAPCELLENCE Vintage Year 12 Beteiligungen GmbH (vormals: NEUE RABEN fünfhundertneunundzwanzigste Verwaltungsgesellschaft mbH), Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	⁶⁾	⁶⁾
26	CAPCELLENCE Zweite Fondsbeteiligung GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	11.819,08	-9.209,56

VERBUNDENE UNTERNEHMEN – SONSTIGE UNTERNEHMEN INLAND (FORTSETZUNG)

Lfd.Nr.	Name/Ort	Kapital- anteil	Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
27	CHIOS GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	9.699,62	-11.406,74
28	DMS Beteiligungs GmbH, Radolfzell ¹⁾	100,00	100,00	EUR	3.346.822,07	256.230,26
29	DMS Dynamic Micro Systems Semiconductor Equipment GmbH, Radolfzell ¹⁾	100,00	100,00	EUR	1.135.632,70	1.683.868,72
30	DYNAMENE GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	41.232,92	-5.137,65
31	Einkaufs-Center Plovdiv G.m.b.H. & Co. KG, Hamburg ¹⁾	75,00	75,00	EUR	16.061.723,29	-22.892.741,98
32	Endor 9. Beteiligungs GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	11.931.267,61	-13.079.115,28
33	Fastlane 1. Real Estate GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	1.939.958,36	-205.804,89
34	Fastlane 2. Real Estate GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	1.005.134,52	-301.709,99
35	Feronia GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	2.829.370,52	986.203,97
36	Fonds III - Imbuschweg GbR, Berlin ¹⁾	70,14	70,14	EUR	-6.609.294,50	274.724,60
37	GBVI Gesellschaft zur Beteiligungsverwaltung von Immobilien mbH & Co. KG, Hamburg	100,00	100,00	EUR	1.607.092,43	927.766,48
38	GODAN GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	-895.666,26	-13.783,75
39	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Gartenstadt Wismar mbH & Co. KG, Hamburg	100,00	100,00	EUR	698.122,58	38.830,83
40	Grundstücksgesellschaft Barstraße GbR (GEHAG-Fonds 18), Berlin ¹⁾	72,45	72,45	EUR	-7.704.642,82	437.783,26
41	Grundstücksgesellschaft Goerzallee GbR (GEHAG-Fonds 15), Berlin ¹⁾	72,57	72,57	EUR	-2.867.703,81	133.001,71
42	Grundstücksgesellschaft Porstendorf mbH & Co. KG, Hamburg	100,00	100,00	EUR	-1.947.521,90	78.315,51
43	Grundstücksgesellschaft Rudow-Süd/Straße 633 GbR (GEHAG-Fonds 20), Berlin ¹⁾	66,99	66,99	EUR	-7.932.998,76	184.835,31
44	Grundstücksgesellschaft Rudow-Süd/Straße 634 GbR (GEHAG-Fonds 17), Berlin ¹⁾	79,21	79,21	EUR	-2.154.208,18	263.061,24
45	Hamburgische Betriebsverwaltungs-Gesellschaft am Gerhart-Hauptmann-Platz m.b.H., Hamburg	100,00	100,00	EUR	314.343,67	14.824,42
46	Hamburgische Grundbesitz und Anlage GmbH & Co. Objekt London St. Georges House (vormals: Hamburgische Grundbesitz und Anlage AG & Co. Objekt London St. Georges House), Hamburg ¹⁾²⁾	62,44	63,25	EUR	2.926.707,42	6.477.043,98
47	HGA Asset Management GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	23.442,45	-2.062,55
48	HGA Capital Grundbesitz und Anlage GmbH, Hamburg ¹⁾³⁾	100,00	100,00	EUR	2.575.856,27	2.746.622,11
49	HGA CareConcept 1 Verwaltungs-GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	16.998,05	430,77
50	HGA Fondsbeteiligung GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	37.376.471,41	4.318.504,34
51	HGA Hanseatische Fondsportfolio GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	25.222,40	214,37
52	HGA Mikado I GmbH & Co. KG i.L. (vormals: HGA Mikado I AG & Co. KG), Hamburg ¹⁾	64,22	64,22	EUR	3.880.335,12	-592.639,99
53	HGA Objekte Hamburg und Hannover GmbH & Co. KG (vormals: HGA Objekte Hamburg und Hannover AG & Co. KG), Hamburg ¹⁾	71,93	71,97	EUR	2.232.085,02	-8.306.253,66
54	HGA USA V GmbH & Co. KG i.L., Hamburg ¹⁾	97,11	96,78	EUR	89.069,01	-33.742,39
55	HGA USA VI GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	99,99	99,73	EUR	96.996,65	-201.022,62
56	HGA USA VII GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	99,99	99,72	EUR	-253.771,06	-405.220,39
57	HSH Auffang- und Holdinggesellschaft mbH & Co. KG, Hamburg	100,00	100,00	EUR	2.996.875,10	-31.189,82
58	HSH Care+Clean GmbH, Hamburg ¹⁾⁴⁾	51,00	51,00	EUR	25.000,00	153.257,26
59	HSH Corporate Finance GmbH, Hamburg ²⁾	100,00	100,00	EUR	8.337.269,85	2.058.801,25

VERBUNDENE UNTERNEHMEN – SONSTIGE UNTERNEHMEN INLAND (FORTSETZUNG)

Lfd.Nr.	Name/Ort	Kapital- anteil	Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
60	HSH Facility Management GmbH, Hamburg ²⁾	100,00	100,00	EUR	205.600,00	-5.345.947,72
61	HSH Gastro+Event GmbH, Hamburg ¹⁾⁴⁾	100,00	100,00	EUR	25.000,00	-646.934,21
62	HSH Invest GmbH, Kiel ²⁾	100,00	100,00	EUR	1.393.108,56	293.108,56
63	HSH Kunden- und Kontenservice GmbH, Hamburg ²⁾	100,00	100,00	EUR	25.000,00	-472.191,76
64	HSH Move+More GmbH, Kiel ¹⁾⁴⁾	51,00	51,00	EUR	25.000,00	92.261,21
65	HSH Private Equity GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	550.000,00	-32.586.228,75
66	HSH RE 8. Beteiligungs GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	23.550,35	-1.630,08
67	HSH Real Estate GmbH (vormals: HSH Real Estate AG), Hamburg ²⁾	100,00	100,00	EUR	149.993.774,78	5.097.540,30
68	HSH Real Estate Treuhand GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	241.117,50	32.669,35
69	HSH Security GmbH, Kiel ²⁾	100,00	100,00	EUR	50.000,00	413.173,40
70	Jantar GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	474.892,84	-656.574,72
71	KAPLON GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	5.197.480,05	69.145,00
72	Kontora Family Office GmbH, Hamburg	75,02	75,02	EUR	824.884,30	158.396,30
73	Lyceum Capital Fund 2000 (Number Five) GmbH & Co. KG, Stuttgart ¹⁾	80,00	0,00	EUR	-12.506,00	-2.843.720,00
74	Marc Marco Polo Ventures GmbH & Co. KG, Krefeld ¹⁾	90,91	90,91	EUR	232.538,85	⁸⁾
75	Niederelbe Beteiligungs GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	734.642,38	-5.969,32
76	PERIMEDES GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	13.737,50	-3.691,12
77	PLUTON Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	94,00	50,00	EUR	-6.642.788,12	126.815,23
78	Real Estate Venture Capital Fonds 1 GmbH, Hamburg ¹⁾	85,10	85,10	EUR	180.573,37	-9.965,54
79	RELAT Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pullach i. Isartal	94,00	55,29	EUR	-665.717,56	173.488,49
80	SLK GmbH für Immobilien-Leasing & Co. KG Objekt Berlin Pohlstraße, Pöcking	94,00	40,00	EUR	-2.078.413,38	810.631,55
81	Swift Capital 1 Europäische Fondsbeteiligungen GmbH & Co. KG, Hamburg	100,00	100,00	EUR	376.384.961,91	35.320.899,05
82	TALAEOS GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	1.217.718,76	-57.232,12
83	TERRANUM "die Zweite" GmbH & Co. KG (vormals: TERRANUM "die Zweite" AG & Co. KG), Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	6.155.914,36	326.255,36
84	TERRANUM Gewerbebau Verwaltungs-GmbH, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	116.606,54	-6.779,83
85	Teukros GmbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	-1.772.573,89	4.794,88
86	Turis 1. Beteiligungs GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	11.224.750,88	-6.331.084,78
87	Turis 3. Beteiligungs GmbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	6.549,20	-8.315,06
88	Unterstützungs-Gesellschaft der Hamburgischen Landesbank mit beschränkter Haftung, Hamburg	100,00	100,00	EUR	1.351.730,99	-1.483.795,12
89	Verwaltung AVUS Immobilien-Treuhand GmbH, Berlin ¹⁾³⁾	100,00	100,00	EUR	15.170,38	-9.829,62
90	Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft von 1963 mbH, Kiel ²⁾	100,00	100,00	EUR	25.120,01	-479,99
91	Verwaltungsgesellschaft Gartenstadt Wismar mbH, Hamburg	100,00	100,00	EUR	39.071,04	2.511,75

VERBUNDENE UNTERNEHMEN – SONSTIGE UNTERNEHMEN AUSLAND

Lfd.Nr.	Name/Ort	Kapital- anteil	Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
92	AGV Irish Equipment Leasing No. 1 unlimited, Dublin, Irland	99,60	99,60	USD	49.023.452,00	2.711.686,00
93	Amentum Lux S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	100,00	100,00	EUR	-79.305,28	50.838,93
94	Anthracite Balanced Company Ltd., George Town, Cayman Islands	100,00	100,00	EUR	-22.233.167,43	-303.979,68
95	Aviation Leasing OpCo France III, Paris, Frankreich ¹⁾	100,00	100,00	EUR	-128.221,00	-136.423,00
96	Aviation Leasing OpCo France IV, Paris, Frankreich ¹⁾	100,00	100,00	EUR	-121.598,00	-96.009,00
97	Asian Capital Investment Opportunities Limited, Hong Kong ¹⁾	51,00	51,00	USD	115,00	-13,00
98	Bach Holdings LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00	USD	882.656,00	0,00
99	DEERS Green Power Development Company, S.L., Zaragoza, Spanien ¹⁾	99,00	99,00	EUR	-27.756.127,00	-5.992.173,00
100	DMS DYNAMIC MICRO SYSTEMS USA CORP., Wilmington, USA ¹⁾	100,00	100,00	USD	⁶⁾	⁶⁾
101	Dynamic Micro Systems (Shanghai) Trading Co., Ltd. Shanghai, China ¹⁾	100,00	100,00	CNY	292.136,18	0,00
102	DYNAMIC MICRO SYSTEMS (SINGAPORE) PTE. LTD., Singapur, Singapur ¹⁾	100,00	100,00	SGD	⁶⁾	⁶⁾
103	Dynamic Microsystems LLC, Phoenix, USA ¹⁾	99,98	99,98	USD	64.417,00	53.684,00
104	EALING INVESTMENTS LIMITED, London, Großbritannien	100,00	100,00	EUR	-35.266.409,00	-11.411.412,00
105	Enders Holdings LLC, Dover, USA	100,00	100,00	USD	9.071.785,00	-599.290,00
106	European Capital Investment Opportunities Limited, St. Helier, Jersey ¹⁾	51,00	51,00	EUR	82,00	2,00
107	Galileo Containers Limited, Majuro, Marshallinseln ¹⁾	100,00	100,00	USD	⁸⁾	⁸⁾
108	HGA Real Estate Management Kft, Budapest, Ungarn ¹⁾	100,00	100,00	HUF	139.877.000,00	-6.227.000,00
109	HSH Containers Security Trustee AB, Stockholm, Schweden	100,00	100,00	SEK	89.846,00	-38.826,00
110	HSH Debt Advisory ApS, Kopenhagen, Dänemark	100,00	100,00	DKK	2.292.009,00	2.212.009,00
111	HSH N Finance (Guernsey) Limited, St. Peter Port, Guernsey	100,00	100,00	EUR	465.010,00	31.034,00
112	HSH N Financial Securities LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00	USD	4.173.494,00	-367.664,00
113	HSH N Funding I, George Town, Cayman Islands	66,32	100,00	EUR	1.503.613.851,00	18.930.851,00
114	HSH N Funding II, George Town, Cayman Islands	56,33	100,00	USD	1.154.270.764,00	36.311.821,00
115	HSH N Residual Value Ltd., Hamilton, Bermuda	100,00	100,00	USD	8.898.431,00	-102.674,00
116	HSH N Structured Situations Limited, St. Helier, Jersey	100,00	100,00	USD	351.241,00	10.805,00
117	HSH Real Estate US Invest, LLC, Wilmington, USA ¹⁾	100,00	100,00	USD	4.753.459,58	5.108.793,47
118	HSH Restructuring Advisory ApS, Kopenhagen, Dänemark	100,00	100,00	DKK	807.376,00	727.376,00
119	International Fund Services & Asset Management S.A., Munsbach, Luxemburg ¹⁾	51,51	51,51	EUR	9.143.489,08	2.830.000,00
120	Kipper Corporation, Wilmington, USA	100,00	100,00	USD	-12.464.618,00	-506.327,00
121	Löddeköpinge Handel AB, Stockholm, Schweden	100,00	100,00	SEK	-20.881.680,00	-17.328.013,00
122	Neptune Finance Partner II S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	100,00	100,00	USD	13.311,83	-99,42
123	Neptune Finance Partner S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	100,00	100,00	USD	375,07	0,00
124	Neptune Ship Finance (Luxembourg) S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	100,00	100,00	USD	3.186,13	-74,91
125	Neptune Ship Finance (Luxembourg) S.à.r.l. & CIE, SECS., Luxemburg, Luxemburg ⁵⁾	100,00	100,00	USD	-55.203.928,61	2.641.664,32
126	Next Generation Aircraft Finance 2 S.à.r.l., Munsbach, Luxemburg ¹⁾	49,00	49,00	EUR	-846.314,97	32.237,06

VERBUNDENE UNTERNEHMEN – SONSTIGE UNTERNEHMEN AUSLAND (FORTSETZUNG)

Lfd.Nr.	Name/Ort	Kapital- anteil	Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
127	Next Generation Aircraft Finance 3 S.à.r.l., Munsbach, Luxemburg ¹⁾	49,00	49,00	EUR	-400.890,71	106.853,39
128	NORDIC BLUE CONTAINER V LIMITED, Majuro, Marshallinseln	100,00	100,00	USD	⁸⁾	⁸⁾
129	SBF II, LLC, Wilmington, USA ¹⁾	100,00	100,00	USD	-11.737.554,00	156.573,66
130	Solar Holdings S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	100,00	100,00	EUR	-7.926.322,96	5.152.790,96
131	Sotis S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg ¹⁾	100,00	100,00	EUR	39.636,20	9.387,56
132	TCP Trimontium Center Plovdiv EOOD, Sofia, Bulgarien ¹⁾	100,00	100,00	BGN	2.027.000,00	-26.000,00
133	2200 Victory LLC, Dover (Kent County), USA	100,00	100,00	USD	31.063.641,00	-2.733.514,00

KAPITALANTEIL 20% UND MEHR

Lfd.Nr.	Name/Ort	Kapital- anteil	Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
134	Aeolis Wind Power Corporation, Sidney BC, Kanada ¹⁾	31,64	31,64	CAD	14.770.444,00	2.762.677,00
135	AGV Irish Equipment Leasing No. 7 Limited, Dublin, Irland ¹⁾	49,00	49,00	USD	-4.157.722,00	-125.453,00
136	Alliance HC I Limited Partnership, Chicago, USA ¹⁾	99,90	0,00	USD	34.062.372,00	-1.280.924,00
137	Alliance HC I Mezz Limited Partnership, Chicago, USA ¹⁾	85,09	0,00	USD	18.218.397,00	-2.859.263,00
138	Alliance HC II Limited Partnership, Chicago, USA ¹⁾	95,00	0,00	USD	15.171.240,00	-3.819.898,00
139	Alliance HC III Mezz Limited Partnership, Chicago, USA ¹⁾	92,40	0,00	USD	11.528.768,00	-4.318.109,00
140	Amentum Aircraft Leasing No. Eleven Limited, Dublin, Irland ¹⁾	49,00	49,00	USD	1.315.398,00	1.024.906,00
141	Amentum Aircraft Leasing No. Five Limited, Dublin, Irland ¹⁾	49,00	49,00	USD	-9.195.878,00	327.290,00
142	Amentum Aircraft Leasing No. Seven Limited, Dublin, Irland ¹⁾	49,00	49,00	USD	-758.346,00	-510.212,00
143	Amentum Aircraft Leasing No. Six Limited, Dublin, Irland ¹⁾	49,00	49,00	USD	-9.359.114,00	360.556,00
144	Amentum Aircraft Leasing No. Ten Limited, Dublin, Irland ¹⁾	49,00	49,00	USD	-1.234.123,00	-1.111.037,00
145	Amentum Aircraft Leasing No. Three Limited, Dublin, Irland ¹⁾	49,00	49,00	USD	-13.171.080,00	-3.047.629,00
146	Amentum Aircraft Leasing No. Two Limited, Dublin, Irland ¹⁾	49,00	49,00	USD	116.997,00	-227.625,00
147	Araguari Real Estate Holding LLC, Wilmington, USA	31,25	31,25	USD	114.581.429,49	0,00
148	BALIBU Indoor-Freizeitanlagen Beteiligungs-Holding GmbH & Co. KG, Willich ¹⁾	39,00	0,00	EUR	⁷⁾	⁷⁾
149	BALIBU Management GmbH, Willich ¹⁾	33,00	0,00	EUR	⁷⁾	⁷⁾
150	BC Wind Power Corporation, Sidney BC, Kanada ¹⁾	20,92	20,92	CAD	-106.491,00	-107.619,00
151	Belgravia Shipping Ltd., London, Großbritannien ¹⁾	33,33	33,33	USD	30.301.000,00	-25.874.000,00
152	BIG BAU - INVESTITIONSGESELLSCHAFT mbH, Kronshagen ¹⁾	40,50	40,50	EUR	11.055.356,25	-2.699.824,80
153	BIG-ANTEILSVERWALTUNGS GmbH, Kronshagen ¹⁾	45,00	45,00	EUR	4.188.280,19	56.996,65
154	BPE Institutional Partners GmbH, Hamburg ¹⁾	30,56	0,00	EUR	13.843.981,61	⁸⁾
155	BRINKHOF Holding Deutschland GmbH, Erfurt ¹⁾	100,00	0,00	EUR	⁷⁾	⁷⁾
156	CAPCELLENCE Mittelstandspartner GmbH, Hamburg	25,00	25,00	EUR	-2.763.678,07	-717.999,73
157	Current, LP, Dallas, USA ¹⁾	31,59	4,90	USD	⁷⁾	⁷⁾

KAPITALANTEIL 20% UND MEHR (FORTSETZUNG)

Lfd.Nr.	Name/Ort	Kapital- anteil	Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in jeweiliger Währung	Ergebnis in jeweiliger Währung
158	DOL-ZIRCON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co., Objekt Hamburg KG, Bad Homburg v.d.H.	94,00	33,33	EUR	2.779.387,85	-23.959,20
159	FHH Fonds Nr. 30 MS "Carelia" GmbH, Hamburg ¹⁾	33,33	33,33	EUR	37.018,74	⁸⁾
160	GARDEUR Beteiligungs GmbH (vormals: gardeur Beteiligungs GmbH), Mönchengladbach ¹⁾	100,00	40,00	EUR	-1.111.151,43	1.001.261,81
161	GeRo Real Estate Aktiengesellschaft für Projektentwicklung und Consulting, Bellheim ¹⁾	35,00	35,00	EUR	1.092.914,35	⁸⁾
162	Global Format GmbH & Co. KG, München	28,57	28,57	EUR	1.091.147,75	174.840,85
163	GmbH Altstadt Grundstücksgesellschaft, Wiesbaden ¹⁾	50,00	50,00	EUR	-1.165.698,82	38.839,70
164	HGA Europa-Fonds Beteiligungs GmbH, Hamburg ¹⁾	49,00	49,00	EUR	509.970,21	23.077,46
165	Hanseatische Immobilienfonds Holland XIII GmbH & Co. KG, Bremen	31,84	31,84	EUR	-1.093.126,41	-2.935.574,81
166	IHG Korund GmbH i.L., Hamburg ¹⁾	50,00	50,00	EUR	186.675,46	-22.407,51
167	NBV Beteiligungs-GmbH, Hamburg	28,57	20,00	EUR	19.492.570,81	3.784.427,77
168	Next Generation Aircraft Finance S.à.r.l., Munsbach, Luxemburg ¹⁾	48,80	48,80	EUR	-2.205,00	233.362,00
169	NOBIS Asset Management S.A., Luxemburg, Luxemburg ¹⁾	40,00	40,00	EUR	6.206.714,68	1.175.040,63
170	Northern Diabolo (Holdings) S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg ¹⁾	25,00	25,00	EUR	14.725,76	-22.742,86
171	PL Projekt-Anlagen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Hamburg	50,00	50,00	EUR	54.359,57	295,04
172	PL Projekt-Anlagen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hemmingen KG, Hamburg	50,00	50,00	EUR	9.375,62	5.240,15
173	PRIME 2006-1 Funding Limited Partnership, St. Helier, Jersey	47,50	0,00	EUR	-728.254,00	-2.498.699,00
174	Railpool GmbH, München	50,00	50,00	EUR	1.472.972,40	323.203,22
175	Railpool Holding GmbH & Co. KG, München	50,00	50,00	EUR	41.151.742,33	100.554,62
176	Regional Jet Leasing 3 C.V., KJ's-Gravenhage, Niederlande	53,33	53,60	USD	-601.114,00	27.399,00
177	SITUS NORDIC SERVICES ApS, Kopenhagen, Dänemark	40,00	40,00	DKK	3.025.322,00	-1.474.678,00
178	UST XXI NEW JERSEY, LTD., Orlando, USA ¹⁾	24,01	24,01	USD	78.532.754,00	-539.272,00
179	Wilhelm Bartels Bavaria-Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Hamburg ¹⁾	28,00	28,00	EUR	281,90	-9.144,11
180	Wohn- und Gewerbefonds "Joseph Haydn Residenz" Dresden-Striesen GbR, München ¹⁾	20,37	20,37	EUR	0,00	10.397,82
181	4Wheels Management GmbH, Düsseldorf ¹⁾	68,25	40,00	EUR	14.142.641,41	-484.158,04

¹⁾ Mittelbar gehalten.²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.³⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der HSH Real Estate GmbH.⁴⁾ Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit der HSH Facility Management GmbH.⁵⁾ Sowohl direkte als auch indirekte Anteile.⁶⁾ Angaben liegen wegen Neugründung nicht vor.⁷⁾ Angaben liegen wegen Insolvenz der Gesellschaft nicht vor.⁸⁾ Keine Daten vorhanden.

Devisenkurse für 1 Euro zum 31.12.2012

Bulgarien	BGN	1,9558
China	CNY	8,2207
Dänemark	DKK	7,461
Kanada	CAD	1,3137
Schweden	SEK	8,582
Singapur	SGD	1,6111
Ungarn	HUF	292,3
USA	USD	1,3194

Die HSH Nordbank AG ist unbeschränkt haftende Gesellschafterin folgender Gesellschaften:

Name und Sitz

Fernkälte Geschäftsstadt Nord GbR, Hamburg

GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main

Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Altgesellschafter der Deutschen Leasing AG, Bad Homburg v.d.H

AGV Irish Equipment Leasing No. 1 unlimited, Dublin, Irland

Es bestehen keine Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die fünf Prozent der Stimmrechte überschreiten.

69. Angaben zu fremden Währungen

Die Beträge der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden stellen sich zum Abschlussstichtag wie folgt dar:

in T €	31.12.2012	31.12.2011
Vermögensgegenstände	50.466.050	57.282.765
Schulden	21.972.834	19.769.931

70. Derivategeschäft

Nachfolgend stellen wir das Geschäft der HSH Nordbank AG mit derivativen Finanzinstrumenten (Termingeschäfte im Sinne des § 36 RechKredV) zum Bilanzstichtag dar.

Die Geschäfte des Nicht-Handelsbestands dienen im Wesentlichen der Abdeckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen. Die nachstehende Darstellung des Nicht-Handelsbestands erfolgt ohne die Derivate, die Bestandteil von bilanziellen Bewertungseinheiten sind.

Die nachstehenden Tabellen zeigen neben den Nominalbeträgen der Kontrakte mit Geschäftspartnern außerhalb der HSH Nordbank AG, aufgegliedert in Zinsrisiken, Zins- und Währungsrisiken, Währungsrisiken und sonstige Preisrisiken, auch die Laufzeitstruktur sowie die Kontrahentengliederung. Weiterhin enthalten die nachfolgenden Darstellungen auch die Angaben zu den nicht abgewickelten fremdwährungsbezogenen, zinsabhängigen und sonstigen Termingeschäften nach § 36 RechKredV.

Darstellung der Volumina und der Marktwerte
Handelsbestand

in Mio. €	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Zinsswaps	232.982	292.399	9.498	9.245	8.381	8.096
FRA	2.088	2.842	-	2	-	3
Zinsoptionen	-	-	-	-	-	-
Swaption						
Käufe	1.175	1.279	113	89	2	1
Verkäufe	2.001	1.894	5	2	240	196
Caps, Floors	10.313	12.940	151	168	111	127
Börsenkontrakte	384	2.171	-	-	-	-
Sonstige Zinstermingeschäfte	411	374	18	20	29	30
Zinsrisiken	249.354	313.899	9.785	9.526	8.763	8.453
Zins-/Währungsswaps	27.285	33.459	613	364	85	793
Zins- und Währungsrisiken	27.285	33.459	613	364	85	793
Devisentermingeschäfte	3.619	5.759	67	123	41	197
Devisenoptionen						
Käufe	515	568	12	28	-	-
Verkäufe	677	840	-	-	43	90
Währungsrisiken	4.811	7.167	79	151	84	287
Aktioptionen						
Käufe	163	122	32	28	1	1
Verkäufe	153	95	-	-	32	28
Aktientermingeschäfte	-	-	-	-	-	-
Börsenkontrakte	2	11	-	3	-	-
Aktien-/Indexbezogene Swaps	-	77	-	-	-	25
Rohwarenbezogene Geschäfte	1.139	1.325	32	36	29	41
Aktien und sonstige Preisrisiken	1.457	1.630	64	67	62	95
Sicherungsgeber	41	61	-	-	-	3
Sicherungsnehmer	173	191	17	21	-	-
Kreditderivate	214	252	17	21	-	3
Strukturierte Produkte	3.690	4.170	288	294	164	134
Summe	286.811	360.577	10.846	10.423	9.158	9.765

Darstellung der Volumina und der Marktwerte
Nicht-Handelsbestand

in Mio. €	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Zinsswaps	12.835	18.664	636	688	1.741	1.137
FRA	-	-	-	-	-	-
Zinsoptionen	-	-	-	-	-	-
Swaption						
Käufe	-	-	-	-	-	-
Verkäufe	-	75	-	-	-	21
Caps, Floors	274	307	3	2	-	-
Börsenkontrakte	-	34	-	-	-	-
Sonstige Zinstermingeschäfte	2.890	6.431	-	151	-	150
Zinsrisiken	15.999	25.511	639	841	1.741	1.308
Zins-/Währungsswaps	1.779	3.379	133	192	220	258
Zins- und Währungsrisiken	1.779	3.379	133	192	220	258
Devisentermingeschäfte	8.027	10.472	121	36	13	377
Devisenoptionen						
Käufe	137	364	32	51	-	-
Verkäufe	188	394	-	-	58	165
Währungsrisiken	8.352	11.230	153	87	71	542
Aktienoptionen						
Käufe	11	222	-	2	-	-
Verkäufe	1	31	-	-	-	-
Aktien-/Indexbezogene Swaps	-	121	-	2	-	26
Rohwarenbezogene Geschäfte	-	-	-	-	-	-
Aktien und sonstige Preisrisiken	12	374	-	4	-	26
Sicherungsgeber	50	50	-	-	1	3
Sicherungsnehmer	435	616	9	6	-	-
Kreditderivate	485	666	9	6	1	3
Strukturierte Produkte	1.239	1.618	67	147	202	159
Summe	27.866	42.778	1.001	1.277	2.235	2.296

Fristengliederung

Handels- und Nicht-Handelsbestand Nominalwerte

Mio. Euro	Zinsrisiken		Bonitätsrisiko		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Strukturierte Produkte	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Restlaufzeit										
bis 3 Monate	19.209	56.668	26	-	10.466	11.794	225	387	107	59
bis 1 Jahr	39.005	61.899	10	533	1.782	5.297	720	846	275	1.198
bis 5 Jahre	156.751	147.681	396	197	842	1.027	503	519	1.969	1.738
über 5 Jahre	79.452	110.000	267	188	73	279	21	252	2.578	2.793
Summe	294.417	376.248	699	918	13.163	18.397	1.469	2.004	4.929	5.788

Kontrahentengliederung

Handels- und Nicht-Handelsbestand

in Mio. €	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Banken in der OECD	245.793	323.446	7.056	6.777	9.907	10.631
Banken außerhalb der OECD	341	151	27	17	-	-
Nichtbanken (inkl. Börsen)	62.655	77.137	4.546	4.770	1.072	1.222
Öffentliche Stellen	5.888	2.621	218	136	414	208
Summe	314.677	403.355	11.847	11.700	11.393	12.061

Buchwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Nicht-Handelsbestands

Derivate des Nicht-Handelsbestands werden als schwebende Geschäfte grundsätzlich nicht bilanziert. Ausnahmen ergeben sich dann, wenn die HSH Nordbank AG als Käufer Optionsprämien gezahlt oder als Verkäufer Optionsprämien erhalten hat. Diese werden unter den sonstigen Vermögensgegenständen aktiviert bzw. unter den sonstigen Verbindlichkeiten passiviert. Darüber hinaus

kann es zum Ansatz von Drohverlustrückstellungen kommen, wenn sich aus der Einzelbewertung von Derivaten negative Marktwerte ergeben. Weiterhin werden für Devisengeschäfte bilanzielle Ausgleichsposten erfasst. Per 31. Dezember 2012 beträgt der Nettobetrag der in den sonstigen Vermögensgegenständen erfassten Ausgleichsposten 279 Mio. Euro (Vorjahr 142 Mio. Euro) und der in den sonstigen Verbindlichkeiten erfassten Ausgleichsposten 391 Mio. Euro (Vorjahr 941 Mio. Euro).

in Mio. €	Gezahlte Optionsprämien		Erhaltene Optionsprämien	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Zinskontrakte	3	9	3	16
Währungskontrakte	12	23	34	54
Aktien- und sonstige Kontrakte	7	54	-	20
Summe	22	86	37	90

Für derivative Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands, bei denen eine effektive Sicherungsbeziehung nicht nachweisbar war, haben wir Drohverlust-

rückstellungen in Höhe von 6 Mio. Euro (Vorjahr: 82 Mio. Euro) gebildet.

71. Angaben gemäß § 28 Pfandbriefgesetz
Der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothek-pfandbriefe, Öffentlichen Pfandbriefe und Schiffspandbriefe sowie die entsprechenden Deckungsmassen stellen sich jeweils in Höhe des Nennwerts, des Barwerts

und des Risikobarwerts gemäß PfandBarwertV¹ wie folgt dar:

¹ Verordnung über die Sicherstellung der jederzeitigen Deckung von Hypothek-pfandbriefen, Öffentlichen Pfandbriefen und Schiffspandbriefen nach dem Barwert und dessen Berechnung bei Pfandbriefbanken vom 14. Juli 2005.

in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Hypothek-pfandbriefe	4.244	4.781	4.581	5.017	4.672	5.122
Deckungsmasse	5.189	6.038	5.576	6.422	5.585	6.445
davon Derivate	-	-	-	-	-	-
Überdeckung	945	1.257	995	1.405	913	1.323

in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Öffentliche Pfandbriefe	5.237	5.803	6.570	6.956	6.043	6.269
Deckungsmasse	7.042	6.989	8.221	7.908	7.559	7.112
davon Derivate	-	-	-	-	-	-
Überdeckung	1.805	1.186	1.651	952	1.516	843

in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Schiffspfandbriefe	2.528	1.923	2.550	1.942	2.539	1.945
Deckungsmasse	3.379	3.758	3.592	3.988	3.188	3.392
davon Derivate	-	-	-	-	-	-
Überdeckung	851	1.835	1.042	2.046	649	1.447

Weitere Deckungswerte

in Mio €	Nennwert	
	31.12.2012	31.12.2011
Hypothekenfandbriefe	368	503
Öffentliche Pfandbriefe	50	62
Schiffspfandbriefe	-	-

Die im Umlauf befindlichen Hypothekenfandbriefe, Öffentlichen Pfandbriefe und Schiffspfandbriefe sowie die entsprechenden Deckungsmassen weisen folgende Laufzeitstruktur auf:

Nennwert in Mio. €	Hypothekenfandbriefe		Deckungsmasse	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
bis 1 Jahr	605	1.048	819	1.093
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	1.155	1.236	830	772
mehr als 2 Jahr bis 3 Jahre	249	1.095	1.036	848
mehr als 3 Jahr bis 4 Jahre	704	368	519	1.060
mehr als 4 Jahr bis 5 Jahre	692	128	649	529
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	824	851	1.214	1.562
mehr als 10 Jahre	15	55	122	174
Summe	4.244	4.781	5.189	6.038

Nennwert in Mio. €	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungsmasse	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
bis 1 Jahr	704	489	814	358
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	139	605	620	539
mehr als 2 Jahr bis 3 Jahre	244	139	1.065	510
mehr als 3 Jahr bis 4 Jahre	234	254	536	983
mehr als 4 Jahr bis 5 Jahre	465	234	318	458
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	1.667	1.914	965	1.112
mehr als 10 Jahre	1.784	2.168	2.724	3.029
Summe	5.237	5.803	7.042	6.989

Nennwert in Mio. €	Schiffspfandbriefe		Deckungsmasse	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
bis 1 Jahr	715	670	894	1.263
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	905	715	636	567
mehr als 2 Jahr bis 3 Jahre	510	455	505	491
mehr als 3 Jahr bis 4 Jahre	300	5	373	398
mehr als 4 Jahr bis 5 Jahre	28	-	287	287
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	70	78	600	658
mehr als 10 Jahre	-	-	84	94
Summe	2.528	1.923	3.379	3.758

Die zur Deckung von Hypothekendarlehen und Schiffspfandbriefen verwendeten Forderungen gliedern sich nach Größenklassen wie folgt:

(a) Hypothekenregister

Nennwert in Mio €	Deckungshypotheken	
	31.12.2012	31.12.2011
bis 300 Tsd. Euro	35	37
mehr als 300 Tsd. Euro bis 5 Mio. Euro	1.194	1.303
mehr als 5 Mio. Euro	3.377	3.815
Summe	4.606	5.155

(b) Schiffsregister

Nennwert in Mio €	Deckungshypotheken	
	31.12.2012	31.12.2011
bis 500 Tsd. Euro	6	10
mehr als 500 Tsd. Euro bis 5 Mio. Euro	717	965
mehr als 5 Mio. Euro	2.576	2.723
Summe	3.299	3.698

Die Verteilung der zur ordentlichen Deckung von Hypothekendarlehen verwendeten Forderungen nach den Staaten, in denen die Grundstückssicherheiten liegen,

sowie nach der Nutzungsart der Objekte stellt sich wie folgt dar:

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Wohnwirtschaftlich genutzt	1.173	1.304
Gewerblich genutzt	3.433	3.851

in Mio €	Wohnungen	Einfamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	sonstige gewerblich genutzte Gebäude	unfertige noch nicht ertragsfähige Neubauten sowie Bauplätze	davon Bauplätze	31.12.2012
Bundesrepublik Deutschland	1	8	954	665	415	6	680	17	-	2.746
Finnland	-	-	-	72	-	-	21	-	-	93
Frankreich	-	-	-	686	5	-	-	-	-	691
Großbritannien/ Nordirland/ Brit. Kanal	-	-	-	87	-	-	-	-	-	87
Niederlande	-	-	40	361	52	-	92	-	-	545
Polen	-	-	-	52	-	-	-	-	-	52
Schweden	-	-	170	8	44	12	19	-	-	253
USA	-	-	-	127	-	-	-	-	-	127
Österreich	-	-	-	12	-	-	-	-	-	12
Summe	1	8	1.164	2.070	516	18	812	17	-	4.606

in Mio €	Wohnungen	Einfamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	sonstige gewerblich genutzte Gebäude	unfertige noch nicht ertragsfähige Neubauten sowie Bauplätze	davon Bauplätze	31.12.2011
Bundesrepublik Deutschland	1	8	1.092	610	540	2	691	64	-	3.008
Finnland	-	-	-	72	-	-	21	-	-	93
Frankreich	-	-	-	796	5	-	-	-	-	801
Großbritannien/ Nordirland/ Brit. Kanal	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	-	-	40	487	52	-	90	-	-	669
Polen	-	-	-	73	-	-	-	-	-	73
Schweden	-	-	163	8	44	12	8	-	-	235
USA	-	-	-	264	-	-	-	-	-	264
Österreich	-	-	-	12	-	-	-	-	-	12
Summe	1	8	1.295	2.322	641	14	810	64	-	5.155

in Mio €	31.12.2012	31.12.2011
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen	-	-

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung des Gesamtbetrags der zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendeten Forderungen nach den Schuldnern sowie

den Staaten, in denen die Schuldner ihren Sitz haben. Unter Rückstände ist der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen angegeben:

31.12.2012

in Mio. €		Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige	Summe
Deutschland	Nennwert	330	3.274	247	1.931	5.782
	Rückstände	-	-	-	-	-
Belgien	Nennwert	250	17	-	-	267
	Rückstände	-	-	-	-	-
Großbritannien / Nordirland / Britische Kanalinseln	Nennwert	-	-	-	10	10
	Rückstände	-	-	-	-	-
Italien	Nennwert	-	28	-	-	28
	Rückstände	-	-	-	-	-
Japan	Nennwert	-	-	50	-	50
	Rückstände	-	-	-	-	-
Kanada	Nennwert	-	26	-	-	26
	Rückstände	-	-	-	-	-
Luxemburg	Nennwert	-	-	-	13	13
	Rückstände	-	-	-	-	-
Polen	Nennwert	26	-	-	-	26
	Rückstände	-	-	-	-	-
Schweiz	Nennwert	-	211	-	-	211
	Rückstände	-	-	-	-	-
Slowenien	Nennwert	90	-	-	-	90
	Rückstände	-	-	-	-	-
Spanien	Nennwert	-	-	-	-	-
	Rückstände	-	-	-	-	-
Ungarn	Nennwert	-	-	-	-	-
	Rückstände	-	-	-	-	-
Österreich	Nennwert	449	20	1	69	539
	Rückstände	-	-	-	-	-
Summe	Nennwert	1.145	3.576	298	2.023	7.042
	Rückstände	-	-	-	-	-

31.12.2011

in Mio. €		Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige	Summe
Deutschland	Nennwert	320	3.373	278	1.485	5.456
	Rückstände	-	-	-	-	-
Belgien	Nennwert	250	18	-	-	268
	Rückstände	-	-	-	-	-
Großbritannien / Nordirland / Britische Kanalinseln	Nennwert	-	-	-	10	10
	Rückstände	-	-	-	-	-
Italien	Nennwert	-	30	9	-	39
	Rückstände	-	-	-	-	-
Japan	Nennwert	-	-	50	-	50
	Rückstände	-	-	-	-	-
Kanada	Nennwert	-	26	-	-	26
	Rückstände	-	-	-	-	-
Luxemburg	Nennwert	-	-	-	13	13
	Rückstände	-	-	-	-	-
Polen	Nennwert	30	-	-	-	30
	Rückstände	-	-	-	-	-
Schweiz	Nennwert	-	210	-	100	310
	Rückstände	-	-	-	-	-
Slowenien	Nennwert	90	-	-	-	90
	Rückstände	-	-	-	-	-
Spanien	Nennwert	-	126	-	-	126
	Rückstände	-	-	-	-	-
Ungarn	Nennwert	5	-	-	-	5
	Rückstände	-	-	-	-	-
Österreich	Nennwert	449	35	1	81	566
	Rückstände	-	-	-	-	-
Summe	Nennwert	1.144	3.818	338	1.689	6.989
	Rückstände	-	-	-	-	-

Die zur Deckung von Schiffspfandbriefen verwendeten Forderungen verteilen sich wie folgt auf die Staaten, in denen die beliebigen Schiffe registriert sind:

in Mio. €	31.12.2012		31.12.2011	
	Seeschiffe	Binnenschiffe	Seeschiffe	Binnenschiffe
Bahamas	7	-	14	-
Deutschland	2.234	-	2.803	-
Griechenland	71	-	28	-
Hongkong	37	-	33	-
Liberia	240	-	227	-
Malta	146	-	69	-
Marshall-Inseln	255	-	198	-
Norwegen	24	-	21	-
Panama	101	-	129	-
Singapur	15	-	-	-
Türkei	50	-	64	-
Zypern	119	-	112	-
Summe	3.299	-	3.698	-

Die Zahl der Zwangsversteigerungen, Zwangsverwaltungen und der zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke und Schiffe bezogen auf die zur Deckung verwendeten Forderungen zeigt folgende Tabelle:

Anzahl	2012				Summe
	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Seeschiffe	Binnenschiffe	
Anhängige Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen	-	-	-	-	-
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	-	-	-	-	-
Zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke/Schiffe	-	-	-	-	-

Anzahl	2011				Summe
	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Seeschiffe	Binnenschiffe	
Anhängige Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen	-	-	-	-	-
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	-	-	-	-	-
Zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke/Schiffe	-	-	-	-	-

Der Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen und der im Geschäftsjahr erfolgten Rückzahlungen stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €					2012
	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Seeschiffe	Binnenschiffe	Summe
Gesamtbetrag der Rückstände auf zu leistende Zinsen	-	-	-	-	-

in Mio. €					2011
	Gewerblich	Wohnwirtschaftlich	Seeschiffe	Binnenschiffe	Summe
Gesamtbetrag der Rückstände auf zu leistende Zinsen	-	-	-	-	-

Von den Forderungen an Kreditinstitute dienen 1.815 Mio. Euro (Vorjahr: 2.056 Mio. Euro) und von den Forderungen an Kunden dienen 18.539 Mio. Euro (Vor-

jahr: 19.441 Mio. Euro) der Deckung für begebene Schuldverschreibungen.

72. Finanzgeschäfte mit ausgewählten europäischen Staaten
Die nachfolgenden Übersichten zeigen unsere Engagements gegenüber europäischen Staaten, für die ein erhöhtes wirtschaftliches Risiko angenommen wird. Dabei wird das Risiko gezeigt, das direkt einem der aufgeführten europäischen Länder zuzuordnen ist. Die GuV-

wirksamen Effekte werden nur für die originären Positionen, d. h. ohne Berücksichtigung der Bewertungsergebnisse aus Sicherungsderivaten, dargestellt.

Die Engagements der HSH Nordbank AG gegenüber Banken, Unternehmen und Sonstigen Geschäftspartnern werden im Risikobericht ausgewiesen.

in Mio. €	31.12.2012					
	Nominalwerte	Anschaffungskosten	Bruttobuchwert finanzieller Vermögenswerte	Umfang der kumulierten GuV-wirksamen Wertberichtigung	Buchwert finanzieller Vermögenswerte nach Wertberichtigung	Fair Value der Vermögenswerte
Portugal	280	280	281	-	281	210
Irland	-	-	-	-	-	-
Italien	513	514	523	-	523	597
Griechenland	76	7	7	5	2	3
Spanien	178	178	180	3	177	122
Gesamt	1.047	979	991	8	983	932

in Mio. €							31.12.2011
	Nominalwerte	Anschaffungskosten	Bruttobuchwert finanzieller Vermögenswerte	Umfang der kumulierten GuV-wirksamen Wertberichtigung	Buchwert finanzieller Vermögenswerte nach Wertberichtigung	Fair Value der Vermögenswerte	
Portugal	321	322	323	-	323	187	
Irland	-	-	-	-	-	-	
Italien	535	536	546	-	546	546	
Griechenland	257	258	259	188	71	52	
Spanien	185	185	187	6	181	151	
Gesamt	1.298	1.301	1.315	194	1.121	936	

Das im Dezember 2012 unterbreitete Umtauschangebot der griechischen Regierung hat die HSH Nordbank AG

im Wesentlichen angenommen. Alle relevanten Effekte zu Griechenland sind damit weitestgehend realisiert.

73. Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter

Die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter haben wir auf der Grundlage der jeweiligen Stände zum Quartalsende und nach Köpfen berechnet:

	2012			2011		
	Männlich	Weiblich	Summe	Männlich	Weiblich	Summe
Vollzeitbeschäftigte	1.570	769	2.339	1.757	877	2.634
Teilzeitbeschäftigte	92	490	582	95	517	612
	1.662	1.259	2.921	1.852	1.394	3.246
Auszubildende	36	14	50	32	18	50
Summe	1.698	1.273	2.971	1.884	1.412	3.296

74. Corporate Governance

Die HSH Nordbank AG unterstützt die Ziele des Deutschen Corporate Governance Kodex und hat als nicht börsennotiertes Unternehmen auf freiwilliger Basis die Regeln des Kodex anerkannt. Vorstand und Aufsichtsrat der HSH Nordbank AG haben eine Entsprechenserklärung im Sinne des § 161 AktG abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der HSH Nordbank AG veröffentlicht und im Geschäftsbericht 2012 abgedruckt.

75. Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die Vergütung der Vorstände der HSH Nordbank AG berücksichtigt die Beschränkung der monetären Vergütung auf max. 500.000 Euro p. a. (Festgehalt) je Vorstand, solange die HSH Nordbank AG nicht dividendenfähig ist.

Die bisherige variable Erfolgsvergütung ist vom Erreichen bestimmter strategischer Ziele sowie dem finanziellen Erfolg der Bank unter Berücksichtigung der individuellen Leistung abhängig. Sie wird nur gezahlt,

wenn die Bank zum 31. Dezember 2015 oder spätestens zum 31. Dezember 2016 dividendenfähig ist und die Europäische Kommission kein Missbrauchsverfahren eröffnet hat. Erst dann können die bis 2015 bzw. 2016 erworbenen Ansprüche auf eine variable, erfolgsbezogene Vergütung in drei Jahrestanchen zur Auszahlung kommen. Die Möglichkeit einer nachträglichen Kürzung noch nicht geleisteter Zahlungen ist dabei ebenso Vertragsbestandteil wie die Begrenzung der Zahlungen bei Beendigung der Tätigkeit.

Hinzu kommen eine Altersvorsorge in Höhe von 20 Prozent des Festgehalts sowie angemessene Sachbezüge. Bezüge von im Interesse der Bank übernommenen Mandaten werden voll auf die Vergütung angerechnet.

Die Europäische Kommission hat mit Schreiben vom 23. August 2012 die HSH Nordbank AG über ihre Auslegung der im EU-Beihilfeverfahren festgesetzten Zusagen, die Vorstandsvergütung betreffend, in Kenntnis gesetzt. Danach umfasst die Vergütungs-Obergrenze von 500.000 Euro p.a. auch variable Vergütungsbestandteile soweit hierfür bereits Rückstellungen zu bilden sind. Das bisherige variable Vergütungssystem ist nach dieser Auslegung daher mit den EU-Bedingungen und Auflagen nicht vereinbar. Der Aufsichtsrat hat daher die Änderung des Vorstandsvergütungssystems und die Änderung der Vorstandsverträge eingeleitet. Für das Geschäftsjahr 2012 wurden keine Rückstellungen mehr gebildet. Die bis einschließlich des Geschäftsjahres 2011 gebildeten Rückstellungen für eine variable Erfolgsvergütung nach Erreichen der Dividendenfähigkeit bleiben bestehen.

Für Verträge, die ab dem 1. Dezember 2012 abgeschlossen wurden, wird die monetäre Vergütung eines jeden Vorstandsmitglieds auf insgesamt max. 500.000 Euro p. a. (Jahresfestgehalt) begrenzt. Vergütungen von Nebentätigkeiten, die auf Wunsch des Aufsichtsrats übernommen wurden, werden auf die Vergütungsansprüche gemäß Anstellungsvertrag angerechnet. Weiterhin erhält jedes Vorstandsmitglied eine Altersvorsorge in Höhe von 20% des Jahresfestgehalts sowie angemessene Sachbezüge.

Es ist vorgesehen, das Vorstandsvergütungssystem wieder um die Komponente einer variablen Vergütung zu ergänzen, sobald die Dividendenfähigkeit der Bank wiederhergestellt und die Umstrukturierungsphase gemäß Beschluss der EU-Kommission vom 20. September 2011 bezüglich der staatlichen Beihilfe an die HSH Nordbank AG erfolgreich beendet ist.

Weitere Instrumente mit langfristiger Anreizwirkung, wie Aktienoptionspläne, bestehen bei der Bank nicht.

Die Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich im Geschäftsjahr 2012 auf 2.364 Tsd. Euro (Vorjahr: 4.786 Tsd. Euro). Hierin enthalten sind die im Berichtszeitraum geleisteten Zahlungen an eine Versorgungseinrichtung i. H. v. 392 Tsd. Euro (Vorjahr: 383 Tsd. Euro). Die Reduzierung der Vorstandsbezüge im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus einer im Jahresdurchschnitt geringeren Anzahl von Vorstandsmitgliedern sowie dem Wegfall der variablen Erfolgsvergütungen.

Bei den Versorgungszusagen für aktive Vorstände handelt es sich ausschließlich um beitragsorientierte Pläne. Die im Vorjahr ausgewiesenen Zuführungen zu Pensionsverpflichtungen werden nun in den Angaben für ehemalige Vorstände berichtet.

Die an frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen geleisteten Zahlungen betragen 6.738 Tsd. Euro (Vorjahr: 8.575 Tsd. Euro). Den Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden im Geschäftsjahr 2.805 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.489 Tsd. Euro) zugeführt. Zum 31. Dezember 2012 wurden insgesamt 42.183 Tsd. Euro (Vorjahr: 38.461 Tsd. Euro) an Pensionsverpflichtungen zurückgestellt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit eine Vergütung, über deren Höhe die ordentliche Hauptversammlung beschließt. Für das Geschäftsjahr 2012 ist der erwartete Gesamtbetrag von 560 Tsd. Euro als Rückstellung passiviert worden. In der Berichtsperiode wurde von dem im Geschäftsjahr 2011 zurückgestellten Betrag (550 Tsd. Euro) 540 Tsd. Euro an die Aufsichtsratsmitglieder ausgezahlt. Darin sind

83 Tsd. Euro (Vorjahr: 69 Tsd. Euro) Umsatzsteuer enthalten.

Vorschüsse, Kredite und sonstige Haftungsverhältnisse bestanden zum 31. Dezember 2012 gegenüber Vorstandsmitgliedern wie auch im Vorjahr nicht. Gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern beliefen sich diese auf 264 Tsd. Euro (Vorjahr: 280 Tsd. Euro). Im Berichtsjahr 2012 wurden keine Neukredite an Mitglieder des Aufsichtsrats gewährt.

Bei den Krediten an Aufsichtsratsmitglieder handelt es sich um Immobilienfinanzierungen sowie Kontokorrentkredite. Kredite an Aufsichtsratsmitglieder wurden

mit Laufzeiten von b. a. w. und letzter Fälligkeit im Jahr 2038 gewährt. Die Gewährung von Krediten an Aufsichtsratsmitglieder erfolgte zu Konditionen wie unter Dritten üblich mit einem Zinssatz zwischen 4,72% und 4,83% sowie für Kontokorrentkredite mit einem Zinssatz zwischen 7,00% und 12,00%.

Die Besicherung von Krediten erfolgt bei Immobilienfinanzierungen unter Bestellung von Grundschulden sowie bei Kontokorrentkrediten blanko. Tilgungen für Darlehen durch Mitglieder des Aufsichtsrates belaufen sich in 2012 auf insgesamt 5 Tsd. Euro (Vorjahr: 1 Tsd. Euro).

76. Mandate in Aufsichtsgremien

Zum Abschlussstichtag bestanden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften bzw. Kreditinstituten:

(a) Mitglieder des Vorstands

Constantin von Oesterreich	HSH Nordbank Securities S.A., Luxemburg	Mitglied des Verwaltungsrats
----------------------------	---	------------------------------

(b) Mitarbeiter

Dr. Thorsten Ahrens	HSH Nordbank Securities S.A.,	Mitglied des Verwaltungsrats
Peter Axmann	Sprinkenhof AG, Hamburg	Mitglied des Aufsichtsrats
Torsten Heick	Nobis Asset Management S.A., Luxemburg	Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats
Ulf Hildebrandt	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	Stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrats
Boris Matuszcak	GEWOBAG Wohnungsbau-AG, Berlin	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. David Mbonimana	Hamborner Reit AG, Duisburg	Mitglied des Aufsichtsrats
Patrick Miljes	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein, Kiel Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	Mitglied des Aufsichtsrats Mitglied des Aufsichtsrats
Michael Otten	SAC Leasing A/S, Koge, Dänemark sowie deren Tochtergesellschaften	Mitglied des Aufsichtsrats
Markus Pfaffenholz	Dynamic Micro Systems GmbH, Radolfzell	Mitglied des Beirats
Siegward Knuth	BTG Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH, Hamburg	Mitglied des Verwaltungsrats
Wolfgang Topp	HSH Nordbank Securities S.A., Luxemburg	Mitglied des Verwaltungsrats

77. Der Aufsichtsrat der HSH Nordbank AG

Hilmar Kopper, Rothenbach (bis 28. Februar 2013) Vorsitzender	Ehem. Vorstandssprecher der Deutsche Bank AG
Dr. Thomas Mirow, Hamburg (ab 28. Februar 2013) Vorsitzender	Ehem. Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, London
Olaf Behm, Tangstedt Stellvertretender Vorsitzender	Mitarbeiter der HSH Nordbank AG
Stefanie Arp, Norderstedt (ab 1. März 2012)	Mitarbeiterin der HSH Nordbank AG
Sabine-Almut Auerbach, Neumünster	Bezirksgeschäftsführerin ver.di-Bezirk Südholstein
Astrid Balduin, Kiel (bis 31. Oktober 2012)	Mitarbeiterin der HSH Nordbank AG
Hans-Werner Blöcker, Helmstorf	Ehem. Geschäftsführer der Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG
Berthold Bose, Hamburg	Landesfachbereichsleiter Finanzdienstleistungen ver.di-Landesbezirk Hamburg
Detlev Bremkamp, München (bis 28. Februar 2013)	Ehem. Vorstandsmitglied Allianz AG Holding
Dr. Alexander Erdland, Stuttgart-Degerloch (bis 3. Dezember 2012)	Vorstandsvorsitzender der Wüstenrot & Württembergische AG
Jürgen Friedland, Kiel	Mitarbeiter der HSH Nordbank AG
Jens-Peter Gotthardt, Moorrege (bis 29. Februar 2012)	Mitarbeiter der HSH Nordbank AG
Torsten Heick, Rellingen	Mitarbeiter der HSH Nordbank AG
Oke Heuer, Kiel	Stellv. Revisionsdirektor Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein
Stefan Jütte, Bonn (ab 3. Dezember 2012)	Ehem. Vorstandsvorsitzender der Deutschen Postbank AG
Sabine Kittner-Schürmann, Kiel (ab 30. November 2012)	Mitarbeiterin der HSH Nordbank AG
Dr. Rainer Klemmt-Nissen, Hamburg	Geschäftsführer der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement GmbH
Lutz Koopmann, Altenholz	Ehem. Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank Schleswig-Holstein
Dr. Joachim Lemppenau, Korschenbroich	Ehem. Vorstandsvorsitzender der Volksfürsorge Versicherung
Manfred Lener, Kiel	Mitarbeiter der HSH Nordbank AG
Thomas Losse-Müller, Kiel (ab 28. Februar 2013)	Staatssekretär im Finanzministerium Schleswig-Holstein
Rieka Meetz-Schawaller, Kiel	Mitarbeiterin der HSH Nordbank AG
Dr. David Morgan, London	Geschäftsführer der J.C. Flowers & Co UK LLC
Edda Redeker, Kiel	ver.di-Landesbezirk Nord
Bernd Wrede, Hamburg	Ehem. Vorstandsvorsitzender Hapag-Lloyd AG

(a) Mitglieder des Risikoausschusses

Stefan Jütte
Vorsitzender
(ab 5. Dezember 2012)

Dr. Alexander Erdland
Vorsitzender
(bis 29. August 2012)

Dr. David Morgan
Stellvertretender Vorsitzender

Astrid Balduin
(bis 31. Oktober 2012)

Olaf Behm

Jürgen Friedland

Torsten Heick

Dr. Rainer Klemmt-Nissen

Hilmar Kopper
(bis 28. Februar 2013)

Manfred Lener

Rieka Meetz-Schawaller
(ab 5. Dezember 2012)

Dr. Thomas Mirow
(ab 28. Februar 2013)

Bernd Wrede

(b) Mitglieder des Prüfungsausschusses

Dr. Joachim Lemppenau
Vorsitzender

Lutz Koopmann
(bis 28. Februar 2013)
Stellvertretender Vorsitzender

Thomas Losse-Müller
(ab 28. Februar 2013)
Stellvertretender Vorsitzender

Stefanie Arp
(ab 22. März 2012)

Olaf Behm

Jürgen Friedland

Jens-Peter Gotthardt
(bis 29. Februar 2012)

Oke Heuer

Hilmar Kopper
(bis 28. Februar 2013)

Rieka Meetz-Schawaller

Dr. Thomas Mirow
(ab 28. Februar 2013)

(c) Mitglieder des Präsidialausschusses

Hilmar Kopper
(bis 28. Februar 2013)
Vorsitzender

Dr. Thomas Mirow
Vorsitzender
(ab 28. Februar 2013)

Olaf Behm

Oke Heuer

Dr. Rainer Klemmt-Nissen

Lutz Koopmann
(bis 28. Februar 2013)

Rieka Meetz-Schawaller

Thomas Losse-Müller
(ab 28. Februar 2013))

Dr. David Morgan

(d) Mitglieder des Vermittlungsausschusses

Hilmar Kopper
Vorsitzender
(bis 28. Februar 2013)

Dr. Thomas Mirow
Vorsitzender
(ab 28. Februar 2013)

Olaf Behm

Dr. Rainer Klemmt-Nissen

Manfred Lener

78. Die Mitglieder des Vorstands der HSH Nordbank AG

Constantin von Oesterreich
Jahrgang 1953
Vorstandsvorsitzender

Stefan Ermisch (seit 1. Dezember 2012)
Jahrgang 1966
Finanzvorstand

Torsten Temp
Jahrgang 1960
Unternehmens- und Privatkunden
Products and Capital Markets (kommissarisch)

Edwin Wartenweiler (seit 01. Juni 2012)
Jahrgang 1959
Risikovorstand

Dr. Paul Lerbinger (bis 31. Oktober 2012)
Jahrgang 1955
Vorstandsvorsitzender

Dr. Martin van Gemmeren (bis 10. Februar 2012)
Jahrgang 1970
Restructuring Unit

Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 12. Oktober 2012 wurde Herr Matthias Wittenburg (Jahrgang 1968) mit Wirkung zum 1. Januar 2013 als Mitglied des Vorstands bestellt.

Hamburg/Kiel, den 21. März 2013



von Oesterreich



Ermisch



Temp



Wartenweiler



Wittenburg

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der HSH Nordbank AG, Hamburg und Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Hamburg, den 21. März 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Madsen König
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht im Abschnitt „Ausblick“ hin. Dort ist dargelegt, dass die getroffene Annahme der Unternehmensfortführung darauf basiert, dass die erfolgte Zustimmung der Landesregierungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Garantierhöhung durch die Parlamente der beiden Länder bestätigt wird und die Europäische Kommission der Garantierhöhung zunächst bis zum Zeitpunkt einer abschließenden Entscheidung zustimmt. Darüber hinaus ist der Garantievertrag so anzupassen, dass die darin enthaltene Kapitalschutzklausel auch nach Umstellung der Kapitalermittlung auf IFRS uneingeschränkt wirksam bleibt. Sofern die EU-Kommission die Wiederaufstockung der kapitalentlastenden Garantie oder die Änderung des Garantievertrages als neuen zu genehmigenden Beihilfetatbestand einstuft, ist notwendig, dass eine abschließende EU-Genehmigung erteilt wird und nur mit solchen Auflagen verbunden wird, die im Rahmen einer betriebswirtschaftlich tragfähigen Unternehmensplanung umsetzbar sind. Weiterhin darf die aufsichtsrechtliche Wirksamkeit der durch die Garantierhöhung erreichten Stärkung der Kapitalquoten nicht gefährdet werden. Ferner ist erforderlich, dass die für die erfolgreiche Umsetzung des Geschäftsmodells der HSH Nordbank AG benötigte Akzeptanz durch Marktteilnehmer und sonstige relevante Stakeholder auch im Falle potenzieller Auflagen erhalten bleibt.

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HSH Nordbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des

Geschäftsergebnisses und die Lage der HSH Nordbank AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der HSH Nordbank AG beschrieben sind.

Hamburg/Kiel, den 21. März 2013



von Oesterreich



Ermisch



Temp



Wartenweiler



Wittenburg



HSB NORDBANK AG

HAMBURG: Gerhart-Hauptmann-Platz 50, 20095 Hamburg
Telefon 040 3333-0, Fax 040 3333-34001

KIEL: Martensdamm 6, 24103 Kiel
Telefon 0431 900-01, Fax 0431 900-34002

HSB-NORDBANK.DE